



# Verfassungsschutzbericht 2010

- Pressefassung -



### Hinweis

Der vorliegende Sächsische Verfassungsschutzbericht 2010 stellt kurz und prägnant die wesentlichen quantitativen wie qualitativen jahresaktuellen Entwicklungstendenzen und Veränderungen in den Beobachtungsfeldern des LfV Sachsen dar.

Darüber hinaus ist auch das „Sächsische Handbuch zum Extremismus und zu sicherheitsgefährdenden Bestrebungen“ verfügbar. Es ist im Vergleich zum Verfassungsschutzbericht inhaltlich umfangreicher. Es stellt extremistische und sicherheitsgefährdende Gruppen, Personen etc. in ihren Charakteristika (z. B. Ideologie) und ihren längerfristigen Entwicklungen dar. Dementsprechend enthält es im Vergleich zum Verfassungsschutzbericht zahlreiche weiterführende Angaben bzw. zusätzliche Informationen aus den Beobachtungsfeldern des LfV Sachsen.

Das Handbuch kann ebenso wie der Verfassungsschutzbericht kostenfrei beim LfV Sachsen bestellt werden.

# Inhaltsverzeichnis

## I. Extremistische Bestrebungen

### 1. Rechtsextremismus

1.1	Überblick in Zahlen .....	2
1.2	Entwicklungstendenzen im Rechtsextremismus .....	4
1.3	Rechtsextremistische Parteien	
1.3.1	NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) .....	8 15
1.3.2	DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU) .....	18
1.4	Rechtsextremistische Kameradschaftsszene, insbesondere die neonationalsozialistischen KAMERADSCHAFTEN und die FREIEN KRÄFTE .....	19
1.5	Rechtsextremistische Musik- und Vertriebszene .....	24
1.6	Sonstige rechtsextremistische Gruppierungen	
1.6.1	JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTDEUTSCHLAND e. V. (JLO) .....	30
1.6.2	HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE e. V. (HNG) .....	31

### 2. Linksextremismus

2.1	Überblick in Zahlen .....	33
2.2	Entwicklungstendenzen im Linksextremismus .....	34
2.3	Linksextremistische Parteien und innerparteiliche Zusammenschlüsse	
2.3.1	DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP) .....	37
2.3.2	MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD) .....	38
2.3.3	Linksextremistische Strömungen innerhalb der Partei „DIE LINKE.“ .....	38
2.4	AUTONOME .....	40
2.5	Sonstige linksextremistische Gruppierungen	
2.5.1	ROTE HILFE e. V. (RH) .....	47
2.5.2	Trotzkismus / SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE (SAV) .....	48
2.5.3	GEGENSTANDPUNKT .....	49

### 3. Ausländerextremismus und Islamismus bzw. islamistischer Terrorismus

3.1	Überblick in Zahlen .....	50
3.2	Internationaler islamistischer Terrorismus .....	51
3.3	Islamismus .....	53
3.4	Kurdischer Extremismus .....	57

## II. Spionageabwehr im Freistaat Sachsen .....

60

## III. Politisch motivierte Kriminalität – Straftaten mit extremistischem Hintergrund .....

61

## IV. Glossar des Verfassungsschutzes .....

66

# I. Extremistische Bestrebungen

## 1. Rechtsextremismus

### 1.1 Überblick in Zahlen<sup>1</sup>

Im Jahr 2010 waren im Freistaat ca. 2.670 Rechtsextremisten aktiv gegenüber ca. 2.700 im Vorjahr. Damit setzt sich – allerdings deutlich schwächer als in den früheren Jahren – der Trend fort, nach dem sich das Potenzial der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen stetig verringert. Seit 2006 ist es um ca. 16 % von ca. 3.180 auf ca. 2.670 gesunken.



Der leichte Verlust im Jahr 2010 resultiert vor allem aus dem Rückgang bei der rechtsextremistischen DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU). Die Partei hat im Berichtsjahr in Sachsen – wie schon 2009 – wiederum ungefähr die Hälfte ihrer Mitglieder verloren. Ihr gehörten nur noch etwa 20 Personen an. Dagegen blieb die Mitgliederzahl des sächsischen Landesverbandes der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) mit ca. 800 konstant. Das Personenpotenzial der neonationalsozialistischen KAMERADSCHAFTEN ist geringfügig angestiegen.<sup>2</sup>

Mit den aktuellen Entwicklungen setzt sich der bereits seit mehreren Jahren beobachtete Rückgang der Mitgliederzahlen im rechtsextremistischen Parteienbereich im Freistaat Sachsen fort. Während den rechtsextremistischen Parteien im Jahr 2001 noch ca. 1.850 Mitglieder angehörten, waren es 2010 lediglich ca. 820. Das sind nur noch etwas mehr als 30 % des gesamten rechtsextremistischen Personenpotenzials in Sachsen. Im Jahr 2001 hatte es noch 57 % betragen. Ausschlaggebend für diese Entwicklung waren im Wesentlichen folgende Faktoren:

1. die dramatisch gesunkene Bedeutung der DVU, die in Sachsen seit 2001 96 % ihrer Mitglieder verloren hat,
2. ein Attraktivitätsverlust der NPD in Teilen der übrigen rechtsextremistischen Szene nach dem Einzug der Partei in den Sächsischen Landtag 2004, in dessen Folge sie besonders von Teilen der neonationalsozialistischen FREIEN KRÄFTE als „Systempartei“ gesehen wurde,
3. der Umstand, dass parteiungebundene Strukturen im Vergleich zu den JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN, Jugendorganisation der NPD) eher in der Lage waren, Jugendliche und Jungerwachsene an sich zu binden und

<sup>1</sup> Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet. Den Verfassungsschutzbehörden liegen nicht zu allen in den Zahlenangaben erfassten Personen Einzelerkenntnisse vor. Grund hierfür ist der Auftrag der Strukturbeobachtung; umfassende personenbezogene Erkenntnisse zur gesamten Mitgliedschaft der beobachteten Organisationen sind dafür nicht immer zwingend erforderlich.

<sup>2</sup> Das ändert nichts an der gesunkenen Gesamtzahl sächsischer Rechtsextremisten. Die Zahl wurde um Doppelmitgliedschaften von Personen insbesondere in den Bereichen der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) und der FREIEN KRÄFTE bereinigt.

4. die fehlende Bereitschaft der Skinhead- und Kameradschaftsszene, sich einer Parteidisziplin zu unterwerfen.

Die Zahl der Rechtsextremisten im parteiungebundenen Spektrum ist 2010 leicht auf ca. 1.860 Personen angestiegen (2009: ca.1.840). Der Anstieg resultiert aus einem Mitgliederzuwachs bei den neonationalsozialistischen KAMERADSCHAFTEN auf ca. 240 Personen (2009: ca. 190).

Das Gesamtpotenzial der neonationalsozialistischen Szene<sup>3</sup>, die sich noch Mitte der 2000er Jahre rasant entwickelt hatte (von 2004 mit ca. 170 bis 2008 auf ca. 910 Personen), ist wie im Vorjahr erneut nur marginal um etwa 2 %, auf ca. 970 Personen angestiegen (2009: ca. 950). Innerhalb dieser Bestrebungen ist der im Vorjahr sichtbar gewordene Trend hin zu fester strukturierten Kameradschaften weiter zu beobachten gewesen. Dies wird auch durch die anhaltende Zunahme der Anzahl neonationalsozialistischer Kameradschaften unterstrichen. Dagegen stagnierte die Mitgliederentwicklung bei den lose strukturierten FREIEN KRÄFTEN. Hintergrund ist, dass Neonationalsozialisten zunehmend anstreben, Teil einer konkret bezeichneten Gruppierung mit klaren Hierarchiestrukturen zu sein. Damit wird eine Zunahme der eigenen Aktionsfähigkeiten erwartet. Auch wendet man sich mit der Bildung fester Strukturen gegen die Bemühungen der JN, parteiungebundene Rechtsextremisten zu vereinnahmen.

Die subkulturelle rechtsextremistische Szene<sup>4</sup> wies im Berichtsjahr mit ca. 890 Personen ein konstantes Potenzial auf. Hier stagniert offenbar der rückläufige Trend der Vorjahre.

Den sonstigen rechtsextremistischen Organisationen gehörten wie in den zurückliegenden Jahren nur wenige Personen an.

Das gewaltbereite rechtsextremistische Personenpotenzial<sup>5</sup> wird im Berichtsjahr auf ca. 830 Personen geschätzt.

---

<sup>3</sup> Personen, die ein politisches System nach dem Vorbild der NS-Diktatur anstreben und ideologischer sind, als das übrige parteiungebundene rechtsextremistische Potenzial. Zur neonationalsozialistischen Szene gehören Angehörige neonationalsozialistischer KAMERADSCHAFTEN sowie Angehörige der FREIEN KRÄFTE.

<sup>4</sup> Bestrebungen, die kein festgefügtes rechtsextremistisches Weltbild und somit keine starke Ideologisierung aufweisen. Hierzu zählen rechtsextremistische Skinheads, sonstige unorganisierte Rechtsextremisten sowie Angehörige subkultureller Kameradschaften.

<sup>5</sup> Hierzu zählen Tatverdächtige rechtsextremistischer Gewaltstraftaten und Personen, bei denen Anhaltspunkte für eine Gewaltbereitschaft vorliegen. Diese Zahl setzt sich aus Angehörigen der rechtsextremistischen Parteien, der neonationalsozialistischen und der subkulturellen Szenen zusammen.

**Anzahl der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen  
(insgesamt: ca. 2.670 [2009: ca. 2.700 / bundesweit 2009: ca. 26.600]<sup>6</sup>)**

<b>feste Strukturen</b>			<b>lose Strukturen</b>
<b>Rechtsextremistische Parteien</b>	<b>KAMERADSCHAFTEN</b>	<b>Sonstige Organisationen</b>	
2010: ca. 820 2009: ca. 840	2010: ca. 510 2009: ca. 460	2010: ca. 30 2009: ca. 30	2010: ca. 1.350 2009: ca. 1.380
davon u. a.:			
<b>NATIONAL-DEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)</b>	<b>Angehörige neonationalsozialistischer KAMERADSCHAFTEN</b>	<b>JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTDEUTSCHLAND e. V. (JLO)</b>	<b>Subkulturelle Szene sowie sonstige unorganisierte Rechtsextremisten<sup>7</sup></b>
2010: ca. 800 2009: ca. 800	2010: ca. 240 2009: ca. 190	2010: ca. 20 2009: ca. 20	2010: ca. 620 2009: ca. 620
<b>DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU)</b>	<b>Mitglieder subkultureller KAMERADSCHAFTEN</b>	<b>Angehörige sonstiger rechtsextremistischer Organisationen</b>	<b>FREIE KRÄFTE<sup>8</sup> außerhalb erkennbarer Organisationsstrukturen</b>
2010: ca. 20 2009: ca. 40	2010: ca. 270 2009: ca. 270	2010: ca. 10 2009: ca. 10	2010: ca. 730 2009: ca. 760

## 1.2 Entwicklungstendenzen im Rechtsextremismus

### Personenpotenzial der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen stagniert

Der seit Jahren zu beobachtende Rückgang des rechtsextremistischen Personenpotenzials im Freistaat Sachsen setzte sich auch im Berichtsjahr fort. Allerdings fiel er deutlich geringer als im Jahr 2009 aus. Betroffen waren insbesondere rechtsextremistische Parteien. Deshalb suchte die einzige bedeutende rechtsextremistische Partei in Sachsen, die NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD), nach erfolgreichen Strategien zur Mitgliedergewinnung und zur Vermeidung weiterer Mitgliederverluste.

Die Anzahl der Personen in anderen rechtsextremistischen Bestrebungen ist 2010 leicht gestiegen. Der seit 2003 zu verzeichnende Trend einer zunehmenden Ideologisierung der subkulturellen Szene und der seit 2005 verstärkte Anschluss des parteiungebundenen Personenpotenzials an die FREIEN KRÄFTE ist nicht weiter vorangeschritten. Es mehren sich die Anzeichen dafür, dass sich innerhalb der neonationalsozialistischen Szene zunehmend wieder feste Strukturen in Form von Kameradschaften bilden. Das ist bereits seit 2009 zu beobachten.

<sup>6</sup> Die angegebenen Werte sind teilweise geschätzt und gerundet. Den Verfassungsschutzbehörden liegen nicht zu allen in den Zahlenangaben erfassten Personen Einzelerkenntnisse vor. Die Gesamtzahl ergibt sich rechnerisch unter Abzug von hier bekannten Doppelmitgliedschaften insbesondere im Bereich der NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN – deren Mitgliederzahl in der der NPD enthalten ist – sowie bei den FREIEN KRÄFTEN.

<sup>7</sup> Bestrebungen, die kein festgefügtes rechtsextremistisches Weltbild und somit keine starke Ideologisierung aufweisen sowie Rechtsextremisten, die durch politisch motivierte Gewalttaten aufgefallen sind, ohne einer rechtsextremistischen Struktur anzugehören.

<sup>8</sup> Rechtsextremisten, die auch als so genannte FREIE KRÄFTE, FREIER WIDERSTAND, FREIE NATIONALISTEN oder AUTONOME NATIONALISTEN in Sachsen auftreten und ideologisch der neonationalsozialistischen Szene zuzurechnen sind.

## **NPD vereinnahmt rechtsextremistische Konkurrenz in Parteienlandschaft**

Im Dezember gab die NPD die Fusion mit der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) zur NPD – DIE VOLKSUNION bekannt. Vor allem die NPD hatte diese Strategie der Kräftekonzentration intensiv betrieben, um so vermeintlich strukturell gestärkt bei der Landtagswahl 2011 in Sachsen-Anhalt antreten zu können. Die Partei erhoffte sich hier den Einzug in den Landtag.

Für die sächsische NPD ist die Fusion weder ein personeller noch organisatorischer Gewinn. Die DVU spielte hier mit ihren wenigen und kaum aktiven Mitgliedern bereits in der Vergangenheit nur noch eine marginale Rolle.

## **NPD will Mitgliederzahlen stabilisieren**

Stand für die sächsische NPD im Wahljahr 2009 der „Kampf um die Parlamente“ im Mittelpunkt ihrer Strategie, fokussierte sie sich im Berichtsjahr wieder mehr auf den „Kampf um die Straße“ und den „Kampf um die Köpfe“.

Die NPD verfolgt dabei zwei Zielrichtungen: zum einen die Gewinnung bisher nicht rechtsextremistischer Personen als Mitglied oder als Wähler, zum anderen die Rekrutierung vor allem junger Rechtsextremisten, die sich bereits im Milieu bewegen, aber eher losen Strukturen angehören. Wirkliche Erfolge konnte sie bislang allerdings nicht verbuchen.

Die Partei versucht größere Bevölkerungsteile anzusprechen, ohne dabei den extremistischen Kern ihrer Parteiideologie offen erkennen zu lassen. Sie ist deshalb stärker denn je bemüht, den öffentlichen Raum zu besetzen und ringt um Anerkennung.

Zum Beispiel war der Partei die Flutkatastrophe in Ostsachsen ein willkommener Anlass, gemäß dieser Strategie zu agieren. Während der lokalen Verwaltung und der Landesregierung Versagen vorgeworfen wurde, präsentierte sie sich selbst als helfende Kraft. In anderen Regionen thematisierte die Partei geplante Schulschließungen und bediente sich dabei u. a. solcher Aktionen wie dem Verteilen von Zuckertüten.

Szeneintern bemühten sich die NPD und ihre Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN), ihre Anhängerschaft durch Veranstaltungen mit Event-Charakter zu binden und zu motivieren. Mit der Organisation eines „JN-Sachsentages“ und des Pressefestes der NPD-nahen DEUTSCHE STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH wollte man an Erfolge vergangener Veranstaltungen anknüpfen. Dies gelang angesichts der geringen Beteiligung nicht in dem erwarteten Maße.

Verluste in der Jungwählerschaft bei der Landtagswahl 2009 sollten durch gezielte Jugendarbeit aufgefangen werden. In diesem Zusammenhang fällt der JN als Jugendorganisation der NPD eine spezielle Rolle zu. Ihr Auftrag ist es, die FREIEN KRÄFTE an die Partei heranzuführen. Um dieses Vorhaben umzusetzen, wurden Ende 2009 im Landesdirektionsbezirk Leipzig Stützpunkte gegründet. Diese hatten aber keinen Einfluss auf die Entwicklung der Mitgliederzahl bei den JN. Die logistischen und organisatorischen Rahmenbedingungen der JN werden allerdings von den losen rechtsextremistischen Strukturen gern für eigene Aktivitäten genutzt.

Im Berichtsjahr hatte die NPD im Internet die Eröffnung von Schulungszentren in Eilenburg und Delitzsch (beide Landkreis Nordsachsen) angekündigt, die vor allem der Schulung junger Kader dienen sollten. Die Existenz dieser Zentren ist jedoch fraglich. Unabhängig von den angeblichen Schulungszentren verfolgt die JN schwerpunktmäßig das Ziel, Schulungen für Mitglieder und Interessenten durchzuführen, was jedoch nur selten realisiert wird.

## **FREIE KRÄFTE**

Die in losen Strukturen agierenden FREIEN KRÄFTE verfügten auch im Berichtsjahr über die Aktionshoheit in der rechtsextremistischen Szene in Sachsen. Mit einem im Verhältnis zur NPD nahezu gleich starken Personenpotenzial und bei einer ähnlichen regionalen Verteilung gelingt es den FREIEN KRÄFTEN im Gegensatz zur NPD häufiger, mit Aktionen öffentlichkeitswirksam in Erscheinung zu treten.

Zusammen mit den Mitgliedern neonationalsozialistischer KAMERADSCHAFTEN organisieren sie die immer zahlreicher werdenden unangemeldeten Demonstrationen. Die Szene verfolgt diese Strategie – Durchführung „spontaner“ Demonstrationen – nachdem am 17. Oktober 2009 ein Demonstrationsversuch in Leipzig gescheitert war. In Folge dessen überstieg 2010 der Anteil der Spontandemonstrationen deutlich den der angemeldeten. Diese Aktionen zielen darauf ab, die Medien zu einer Berichterstattung zu veranlassen und damit die rechtsextremistische Ideologie in die Öffentlichkeit zu transportieren. Aber auch die Förderung des Zusammengehörigkeitsgefühls innerhalb der lose strukturierten rechtsextremistischen Szene ist Intention dieser Strategie.

Wurden früher nur Linksextremisten als AUTONOME bezeichnet, so traten in den letzten Jahren auch in Sachsen Rechtsextremisten zunehmend als so genannte AUTONOME NATIONALISTEN (AN) in Erscheinung. Die Zahl der AN in Sachsen ist 2010 auf ca. 50 angestiegen (2009: ca. 20). Bei den AN handelt es sich in erster Linie um FREIE KRÄFTE, die sich bei verschiedenen öffentlichkeitswirksamen Aktionen als AN bezeichnen, ohne jedoch einer gleichnamigen Organisation anzugehören.

Nach wie vor ist das Verhältnis zwischen den FREIEN KRÄFTEN und der NPD von Spannungen geprägt. Dem steht nicht entgegen, dass auch 2010 anlassbezogen eine Zusammenarbeit beobachtet werden konnte. Beispielsweise wurden die beiden Demonstrationen am 1. Mai 2010 in Zwickau und in Hoyerswerda (Landkreis Bautzen) von beiden Lagern besucht. Offensichtlich ist das Bewusstsein dafür gestiegen, dass man im Zusammenhang mit Aktivitäten in der Öffentlichkeit aufeinander angewiesen ist. Die NPD kann auf eine gut ausgebaute Logistik zurückgreifen, benötigt aber die FREIEN KRÄFTE als Mobilisierungspotenzial, da die eigenen Mitglieder nicht über die gleiche Aktionsbereitschaft verfügen.

Die Differenzen zwischen beiden Lagern zeigen sich auch in den Bemühungen der sächsischen JN, die losen Strukturen der FREIEN KRÄFTE 2010 auf Veranlassung der NPD verstärkt in ihre Organisation einzubinden. Einzelne führende Angehörige der FREIEN KRÄFTE sind seit längerer Zeit in der NPD/JN integriert und sind dort u. a. auch Funktionsträger oder nehmen Kommunalmandate für die NPD wahr. Allerdings wollen die FREIEN KRÄFTE überwiegend eine parteiliche Bindung vermeiden. Erschwert werden die Integrationsbemühungen zudem von Teilen der JN selbst, die sich als elitäre Struktur sehen und die die FREIEN KRÄFTE nicht um jeden Preis an sich binden wollen. So ist der im Jahr 2010 zu beobachtende Trend hin zur vermehrten Bildung fester neonationalsozialistischer Strukturen als Versuch zu werten, den Rekrutierungsbemühungen der JN zu entgehen.

## **Neue Medien**

Moderne Kommunikationsmittel wie das Internet oder internetfähige Mobiltelefone werden von Rechtsextremisten zunehmend genutzt. Neben eigenen Onlinestrukturen mit Homepages und Diskussionsforen greift die rechtsextremistische Szene zwecks Selbstdarstellung, Vernetzung und Propaganda verstärkt auf unpolitische Communities wie Myspace, Facebook und Youtube zurück. Mittels des Kurznachrichtenportals Twitter mobilisieren Rechtsextremisten ihre Anhänger kurzfristig für die immer zahlreicher stattfindenden Spontanaktionen.

Im Internet finden sich zudem zunehmend Radioangebote, deren Programme rechtsextremistische Inhalte einschließlich Musik verbreiten. Die relative Anonymität des World Wide Web und das unkomplizierte Betreiben eines solchen Radios machen dieses Medium zur idealen Plattform für die Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts. Dabei sind die gesendeten Beiträge häufig straf- oder jugendschutzrechtlich relevant, so dass u. a. die Strafverfolgungsbehörden einschreiten.

Zu beobachten war auch, dass die Betreiber von Internetradios ihre Projekte immer häufiger mit gleichnamigen Online-Vertrieben koppeln, deren Angebote auf die rechtsextremistische Szene ausgerichtet sind. Mit dieser Verbindung wird ein gegenseitiger Nutzen angestrebt:



vom Radio die Werbung für den Vertrieb, vom Vertrieb die finanziellen Mittel für den Betrieb des Radios. Da es zwischen den Radioprojekten eine Zusammenarbeit gibt, hat sich ein regelrechtes Netzwerk etabliert. Durch dieses wird eine größere Zuhörerschaft angestrebt.

### **Rechtsextremismus im Umfeld des Sports**

Rechtsextremisten nutzten Großveranstaltungen des Sports weiterhin für ihre Zwecke. Sie versuchten anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2010 unter Fußballfans, Szenenachwuchs zu rekrutieren. Die NPD verbreitete dabei Propaganda-Material: z. B. einen Aufkleber „DEUTSCHLAND WELTMEISTER DER HERZEN“. Nach wie vor kann der Erfolg solcher Kampagnen nicht belegt werden.

Erfolgreich sind offenbar Bemühungen, Jugendliche mittels szenointerner Sportveranstaltungen an die rechtsextremistische Szene zu binden. Verschiedene rechtsextremistische Gruppierungen und Organisationen veranstalten z. B. Fußballturniere, um den Zusammenhalt der Szene zu stärken und sich ggf. gegenüber ausgewähltem potenziellem Nachwuchs als attraktiv zu präsentieren.

Neben dem Fußball gewinnt aber auch das Betätigungsfeld „Kampfsport“ an Bedeutung. Kampfsport ist in der rechtsextremistischen Szene populär und hat eine integrierende Funktion. Entsprechende Veranstaltungen können für Szeneangehörige Ansporn sein, Techniken zu erlernen, um diese bei gewalttätigen Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner anzuwenden. Ende November fand unter dem Motto „LEBEN HEIßT KAMPF“ eine von der JN Sachsen und von brandenburgischen Rechtsextremisten organisierte überregionale Kampfsportveranstaltung im Großraum Dresden statt. Dabei wurde deutlich, dass es den Veranstaltern um mehr geht als nur ein sportliches Kräfteressen und Körperertüchtigung. Vielmehr geht es um den Transport rechtsextremistischer Ideologie und um die Demonstration von Einigkeit im Kampf um eine neue Gesellschaftsordnung. Diese wird in der so genannten „Volksgemeinschaft“ gesehen, in der Schwäche und Krankheit keinen Platz haben. In elitärem Selbstverständnis betrachtet man sich selbst als „immun gegen körperliche Degeneration“<sup>9</sup> und „immun gegen genetische Zersetzung“. Stattdessen will man selbst „das Gesunde, das Starke, das Wehrhafte“ verkörpern und sieht sich als „die letzte Anhäufung gesunden deutschen Lebens.“

Wie bereits in den zurückliegenden Jahren kam es auch 2010 anlässlich von Fußballspielen zu rechtsextremistischen Parolen und zur Verwendung von Symbolen mit rechtsextremistischem Hintergrund. Zudem ist eine beachtliche Anzahl von Personen, die als Rechtsextremisten bekannt sind, durch ihre Gewaltbereitschaft im Zusammenhang mit Sportereignissen aufgefallen. Der Anteil von Rechtsextremisten am gewaltbereiten Fußballfanpotenzial betrug 2010 im Freistaat Sachsen etwa 13%.

### **Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund gesunken – Gewalttaten gestiegen**

Der rückläufige Trend des Vorjahres bei der Anzahl der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund setzte sich im Jahr 2010 fort. Demgegenüber stieg die Anzahl der Gewaltdelikte mit rechtsextremistischem Hintergrund an.

Die zunehmende Gewaltausübung war nicht nur quantitativ zu beobachten; auch die Intensität der Delikte nahm zu und es gab häufiger schwere Straftaten. Zudem war eine erhebliche Zunahme der von Rechtsextremisten ausgehenden konfrontativen Gewalt gegen den politischen Gegner zu verzeichnen. Dabei wurden sachsenweit brutale körperliche Angriffe verübt und – etwa bei Brandstiftungen – unkontrollierbare, gemeingefährliche Mittel eingesetzt.

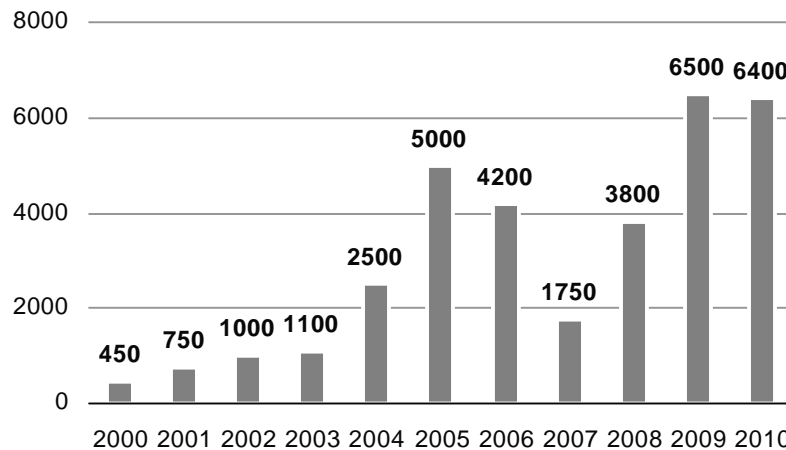
<sup>9</sup>

Eröffnungsrede der Veranstaltung. Abgerufen von der Internetseite SPREELICHTER.

## Demonstration am 13. Februar 2010 in Dresden

Der Trauermarsch anlässlich der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg hat sich zur größten bundesweiten Aktion von Rechtsextremisten etabliert. Ungefähr 6.400 Rechtsextremisten nahmen im Jahr 2010 teil. Die Demonstration am 13. Februar besitzt eine hohe identitätsstiftende Wirkung, da an ihr seit Jahren strömungsübergreifend Rechtsextremisten sowohl aus allen Gruppierungen als auch aus dem europäischen Ausland teilnehmen.

**Teilnehmer an den Demonstrationen der JLO anlässlich der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg**




Die Ereignisse im Berichtsjahr bildeten insoweit eine Zäsur, als den Rechtsextremisten erstmals kein Aufzug durch die Innenstadt von Dresden möglich war. Auf Grund von massiven Blockaden der Demonstrationsgegner direkt am Sammelplatz der rechtsextremistischen Demonstration war die Durchführung einer Versammlung nur noch als Standkundgebung möglich. Lediglich eine Kundgebung an Ort und Stelle durchführen zu können, konnte von den Rechtsextremisten nur als Niederlage empfunden werden. Vermutlich war dies auch ursächlich dafür, dass es zu mehreren Gewalttaten kam, an denen insgesamt mehr Personen beteiligt waren als in den Jahren zuvor.

Durch die Ereignisse am 13. Februar 2010 wurde eine Strategiediskussion zur Planung von demonstrativen Veranstaltungen ausgelöst.

## 1.3 Rechtsextremistische Parteien

### 1.3.1 NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)

Mitglieder 2010 in Sachsen:	ca. 800
Mitglieder 2009 in Sachsen:	ca. 800
Mitglieder 2009 bundesweit:	ca. 6.800
Kennzeichen:	
Publikation:	DEUTSCHE STIMME

### Charakterisierung und Bedeutung

Neben der NPD gibt es im Freistaat Sachsen keine andere rechtsextremistische Partei von Bedeutung. Der sächsische NPD-Landesverband ist zudem bundesweit nach wie vor einer der bedeutendsten. Im Vergleich zu anderen Bundesländern hat er eine sich aus der Anzahl der Kreis- und Ortsverbände ergebende hohe Organisationsdichte, ist in Fraktionsstärke im

Landtag und auf kommunalpolitischer Ebene mit über 90 Mandatsträgern in Kreistagen sowie in Stadt- und Gemeinderäten vertreten. Im Gefüge der rechtsextremistischen Szene im Freistaat Sachsen besitzt die Partei als „parlamentarischer Arm der Bewegung“ durch ihre organisatorischen, logistischen und finanziellen Ressourcen eine Schlüsselstellung.

Die verfassungsfeindliche NPD tritt in der Öffentlichkeit gern hinter der Maske einer „Kümmererpartei“ auf. Sie greift unter Verschleierung ihrer extremistischen Positionen Themen der Arbeits-, Familien-, Wirtschafts- oder Sozialpolitik auf. Insbesondere bei unzufriedenen Bürgern versucht sie damit den Eindruck zu erwecken, sie wäre die einzige „echte Opposition“, welche sich um die Belange der Bürger sorge.

Zur Umsetzung ihrer Ziele ist die sächsische NPD vor allem auf die Unterstützung der neonationalsozialistischen FREIEN KRÄFTE angewiesen. Die Partei hat deshalb, ungeachtet vorhandener Spannungen, die Zusammenarbeit mit den FREIEN KRÄFTEN intensiviert, was u. a. durch das Wirken von Aktivisten der FREIEN KRÄFTE als Führungsfunktionäre in der NPD und die gemeinsame Durchführung von Demonstrationen zum Ausdruck kam.

## **Ideologie**

Ziel der NPD ist die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte. Stattdessen will sie eine nach „immerwirkenden Naturgesetzen“ bestimmte „neue Ordnung“ in Form einer ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft“ errichten. Diese sei die „einzige Schutz- und Solidargemeinschaft im Zeitalter eines global entfesselten Kapitalismus“.<sup>10</sup> Entgegen der Wertorientierung des Grundgesetzes, in dem der einzelne Mensch mit seiner bedingungslosen, unantastbaren Menschenwürde im Mittelpunkt steht, soll sich nach dem auf dem NPD-Parteitag vom 4./5. Juni 2010 in Bamberg (Bayern) beschlossenen neuen Parteiprogramm die Würde des Menschen als soziales Wesen vor allem in der Volksgemeinschaft verwirklichen können. Nur diese Würde die persönliche Freiheit garantieren.

Dieses völkische Menschenbild beinhaltet den Vorrang der Gemeinschaft gegenüber dem Individuum. Es begrenzt die Freiheitsrechte des Einzelnen, betont die Unterschiede der Menschen und grenzt Menschengruppen aus. Teil der Volksgemeinschaft kann nur der sein, in dessen Adern „deutsches Blut“ fließt. Aus diesem Verständnis resultiert die rassistisch geprägte Fremdenfeindlichkeit, mit der ein übersteigerter Nationalismus der NPD einhergeht. Alles, was „fremden Blutes“ ist, wird als Bedrohung der „deutschen Volkssubstanz“ angesehen und darf nicht Bestandteil der „Volksgemeinschaft“ sein. Damit lehnt sich die NPD stark an der Ideologie der Nationalsozialisten an, welche in der ebenfalls propagierten „Volksgemeinschaft“ eine „Blut- und Schicksalsgemeinschaft“ sahen. Die Bestrebungen der Partei Ausländer auszugrenzen, sind im neuen NPD-Parteiprogramm verankert. Dort finden sich neben der bekannten Forderung nach einer „Ausländer-Rückführung“ eine Reihe weiterer Positionen, mit denen die Partei die konsequente Ausgrenzung von Ausländern anstrebt. Dazu zählt die Forderung, diese aus dem Sozialversicherungswesen auszuschließen, die Ablehnung des gemeinsamen Unterrichts von deutschen und ausländischen Schülern und die Forderung nach Streichung des Grundrechts auf Asyl.

Auf der Basis dieser fremdenfeindlichen Haltung konstruiert die NPD ein für Rechtsextremisten typisches Bedrohungs- und Verschwörungsszenario. Die Ausländerpolitik der Bundesregierung wird als Vernichtungsfeldzug „interessierter Kreise“ angesehen. Diese Politik sei darauf ausgerichtet, das deutsche Volk durch die Förderung des Zuzugs von Ausländern – laut NPD eine „massive Landnahme durch kultur- und rassefremde Menschen“ – „zu ver-

---

<sup>10</sup> Internetseite des NPD-Bundesvorstandes, Artikel „Der Abschied der Linken von der sozialen Frage“ vom 20. Oktober 2006.

nichten“<sup>11</sup>. Die Bundesregierung handle dabei im Interesse fremder Mächte, welche bestrebt seien, Deutschland wirtschaftlich und politisch schwach zu halten.

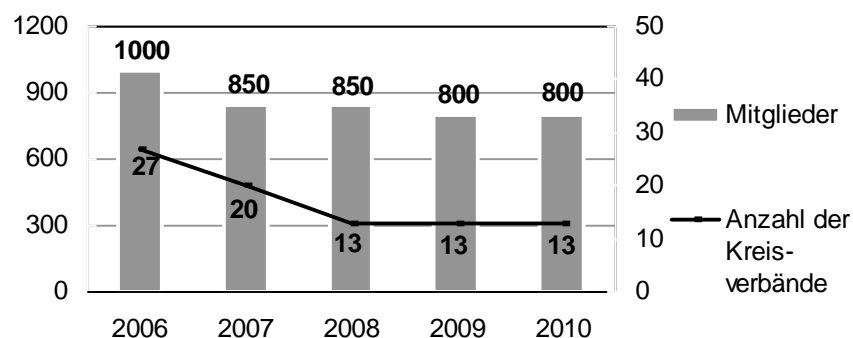
Ihr extremistisches politisches Selbstverständnis wird auch durch die positive Bezugnahme auf die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur zwischen 1933 und 1945 deutlich. Dies zeigt sich nicht nur in der positiven Bewertung führender Repräsentanten des NS-Systems, sondern auch in der engen Anlehnung an deren Sprache und Ideologie. Nach dem Vorbild des Dritten Reiches strebt die NPD die Wiederherstellung des deutschen Reiches als „Schutz- und Trutzbündnis des Deutschen Volkes“<sup>12</sup> an.

Ziel der NPD ist auch die Abschaffung des Mehrparteiensystems und der parlamentarischen Demokratie. Sie will „das liberale Parteienregime – ganz demokratisch ! - durch ein neues Gemeinwesen mit volksgewählten Präsidenten und Volksabstimmungen“ ablösen. Ein solches „plebiszitäres Präsidialsystem“ würde „die deutsche Politik aus dem Würgegriff der Blockparteien“ befreien. Es entstünde eine „wirkliche Volksherrschaft“ mit einer „Identität von Regierten und Regierenden“.<sup>13</sup>

## Strukturen

Die Mitgliederzahl des sächsischen Landesverbandes der NPD war in den vorangegangenen Jahren rückläufig. Seit 2009 stagnierte die Anzahl bei ca. 800 Mitgliedern. Der sächsischen NPD ist es trotz zahlreicher öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten nicht gelungen, ihre Strukturen nennenswert zu stärken. Die Parteimitglieder sind im Freistaat Sachsen in insgesamt 13 Kreisverbänden sowie in vereinzelt Ortsgruppen aktiv.

**Entwicklung der Anzahl der Kreisverbände und der Mitgliederzahlen der NPD im Freistaat Sachsen**



Die Reduzierung der Kreisverbände zwischen 2006 und 2008 erfolgte auf Grund der Anpassung der Parteistrukturen an die neuen Landkreise nach der Kreisreform.

Große und aktive Verbände sind in Leipzig und in den Regionen Erzgebirgskreis, Dresden und Meißen zu finden. Der ebenfalls große Kreisverband Sächsische Schweiz-Osterzgebirge hat in Folge geringer Aktivitäten in den letzten Jahren an Bedeutung verloren.

Ihre kommunalpolitische Präsenz konnte die Partei nach der Kommunalwahl 2009 auf mehr als 90 kommunale Mandatsträger weiter ausbauen. Sie ist derzeit in neun Kreistagen<sup>14</sup> und 63 Stadt- und Gemeinderäten vertreten.

<sup>11</sup> Internetseite des NPD-Landesverbandes Sachsen: Artikel „Zu Wesen und Wollen der Dresdner Schule“, Auszug vom 4. Mai 2005.

<sup>12</sup> Internetseite der NPD, Meldung über den „Präsidiumsbeschluss zur V-Mann-Hysterie – Jetzt erst recht!“ vom 17. Juli 2002.

<sup>13</sup> Aus ARGUMENTE FÜR KANDIDATEN & FUNKTIONSTRÄGER, 2. Auflage Juni 2006, S. 32.

<sup>14</sup> Nach Parteiaustritten ist die NPD im Kreistag des Vogtlandkreises nicht mehr vertreten.

Das politische Zentrum der NPD im Freistaat Sachsen liegt durch den Sitz des Landesverbandes und der Landtagsfraktion im Raum Dresden. Im unweit von Dresden gelegenen Riesa (Landkreis Meißen) ist der NPD-Verlag DEUTSCHE STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH angesiedelt. Er ist Herausgeber des monatlich erscheinenden Parteiorgans DEUTSCHE STIMME und bundesweit eines der größten Versandunternehmen der rechtsextremistischen Szene.

Die NPD-Frauenorganisation RING NATIONALER FRAUEN (RNF) verfügt in Sachsen über einen Landesverband sowie über Regionalgruppen in den Regionen Chemnitz-Erzgebirge, Meißen sowie Bautzen. Die Mitglieder sind bei verschiedenen rechtsextremistischen Veranstaltungen präsent und treten vereinzelt mit Verteilaktionen öffentlich in Erscheinung.

Unterstützung und Anleitung für die kommunalpolitische Arbeit erhalten Mandatsträger der NPD von der KOMMUNALPOLITISCHEN VEREINIGUNG (KPV), zu deren Führungsspitze auch sächsische NPD-Mitglieder gehören. Die Vereinigung versucht, mit Schulungen diejenigen NPD-Mitglieder zu unterstützen, die in Kommunalparlamenten vertreten sind. Ziel der KPV ist auch, neue Kader heranzuziehen.

Der 2005 gegründete NPD-nahe Verein BILDUNGSWERK FÜR HEIMAT UND NATIONALE IDENTITÄT e. V. erhebt den Anspruch, politische Bildungsarbeit zu leisten und dabei in seiner Wertorientierung dem Grundkonsens der NPD zu folgen. Der Verein organisierte im Berichtsjahr zwei so genannte „Jugendseminare“ und gab darüber hinaus zwei Exemplare der rechtsextremistischen Publikation HIER & JETZT heraus.

## **Aktivitäten**

### **Eine neue Strategie**

Wie bereits Ende 2009 durch den Bundesvorsitzenden angekündigt, waren die Aktivitäten der NPD am Anfang des Berichtsjahres geprägt von einer Diskussion um neue strategische und taktische Überlegungen. Nach dem schlechten Abschneiden bei der Bundestagswahl und den deutlichen Stimmenverlusten der NPD bei der Sächsischen Landtagswahl 2009 suchte man nach neuen Konzepten. Mit dem Ziel, Ideen und Impulse für die künftige politische Arbeit zu entwickeln, tagte Anfang 2010 eine Strategiekommision, der neben einfachen Parteimitgliedern und NPD-Funktionären auch „parteilose Experten“<sup>15</sup> angehörten. Im Ergebnis einer ersten Tagung sprach die Kommission dem Parteivorstand Empfehlungen über die zukünftige strategische Ausrichtung aus. Danach soll die Partei ihre strategische Ausrichtung hin zum so genannten „Sächsischen Weg“ verlagern. Im Vordergrund müsse der Ausbau des Stammwählerpotenzials stehen. Protestwähler seien keine verlässliche Größe und sollten deshalb künftig eher vernachlässigt werden.

Auch wenn sich die Partei „weiterhin als Systemalternative zum kapitalistischen System der BRD“ verstehe, müsse sie allerdings „in gewisser Weise eine seriöse Radikalität entwickeln“ und die „Sacharbeit in den Parlamenten“ verstärkt „in die Partei und Öffentlichkeit“<sup>16</sup> tragen. Vergangenheitsbezogene Themen sollen zurückgedrängt werden. „Für den Wähler unverständliche Thematiken“ wie zum Beispiel „Das Grundgesetz – die Verfassung der Alliierten“ sollte man zwar den Funktionären bei Schulungen vermitteln, jedoch nicht in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit stellen, da der „weiterhin umerzogene Bundesbürger dies als unverständliches ‚Parteichinesisch‘“ abtun würde. Eine Weltanschauung soll für den Wähler nicht in den Vordergrund gestellt werden, da dieser nur nach „persönlicher Absicherung, eigenem Nutzen“ sowie „persönlichen Vorteilen für sich und seine Familie“ streben würde. Statt Weltanschauung solle man lieber „einfache und klare Ziele“ formulieren – der Wähler wähle die NPD nicht wegen der Weltanschauung, sondern weil man „eine wirkliche Alternative zum bestehenden System“ entwickle.

<sup>15</sup>

Internetseite der Bundes-NPD: Artikel „Strategische Neuaufstellung“, Auszug vom 18. Januar 2010.

<sup>16</sup>

DEUTSCHE STIMME, Ausgabe April 2010, S. 17.

Darüber hinaus will die Partei auch ihr Erscheinungsbild ändern. Die Mitglieder sollen selbstbewusst auftreten, gegebenenfalls wolle man über „Vorfeldorganisationen“ und „nationale oder kulturelle Gesprächskreise“ Kontakte zu „rechtskonservativen Kreisen“ finden. Von der Kleidung bis zur Wortwahl ist man um ein öffentlich „seriöses Auftreten“ bemüht.<sup>17</sup>

Innerhalb der gesamten rechtsextremistischen Szene strebt die Partei eine führende Rolle an. Im Unterschied zur früheren Bündnispolitik, bei der sie mit anderen Organisationen wie z. B. der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) Wahlbündnisse schloss, arbeitet die Partei offenbar nunmehr daran, andere Organisationen an sich zu binden. So hat die Strategiekommission dem Parteivorstand empfohlen, „die vereinigte Rechte weitgehend in der NPD stattfinden zu lassen“, um sich in der Öffentlichkeit als die „vereinte starke Rechtspartei“<sup>18</sup> zu präsentieren. Dieser Strategie folgend setzte die NPD im Berichtsjahr zielgerichtet die Vereinnahmung der DVU um.

### **Bundesparteitag – ein neues Programm und eine Fusion mit der DVU**

Auf einem seit 2007 mehrfach verschobenen Programmparteitag beschlossen die Delegierten der NPD am 4./5. Juni in Bamberg (Bayern) ein neues Parteiprogramm<sup>19</sup>. Es löste das bis dahin bestehende Programm aus dem Jahr 1996 ab.

Dem sächsischen NPD-Landesvorsitzenden Holger APFEL zufolge haben sächsische Parteifunktionäre maßgeblich an der Gestaltung des neuen Parteiprogramms mitgewirkt. In einem Fazit bedauert er allerdings, dass die von der parteieigenen Strategiekommission vorgeschlagene Ergänzung des Parteinamens mit dem Zusatz „Die soziale Heimatpartei“ – einer bereits zuvor vom sächsischen Landesverband verwendeten Losung – auf dem Bundesparteitag keine Mehrheit fand. Gleichwohl sieht APFEL die NPD mit ihrem neuen Parteiprogramm auf dem Weg zu einer „sozialrevolutionären Schutzmacht der kleinen Leute“. Im Unterschied zu anderen Parteien fordere die NPD eine „strikte volksgemeinschaftliche Bindung“. Das bedeutet, dass es soziale Leistungen nach Vorstellungen der NPD nur für „deutsche Volksangehörige“ geben dürfe.<sup>20</sup>

Die Bundesvorsitzenden von NPD und DVU, Udo VOIGT und Matthias FAUST nutzten das mediale Interesse an dem Programmparteitag der NPD, um ihre Überlegungen zur Verschmelzung der beiden Parteien zu verkünden. VOIGT betonte, die „nationalen Wähler“ wollten „keine Wahlabsprachen oder Bündnisse, sondern endlich die starke ‚Rechtspartei‘ in Deutschland!“<sup>21</sup> Von einer Verschmelzung mit der DVU erhofft sich VOIGT einen Synergieeffekt, d. h. neue Wählerschichten für die NPD und eine Stärkung der Parteistruktur. Er sprach sogar von Mitgliederzahlen im „fünfstelligen Bereich“.<sup>22</sup> Angesichts der inaktiven Mitgliedschaft und der desolaten Zustände in der DVU war dies allerdings schon damals nicht realistisch. Auf die NPD im Freistaat Sachsen hat die Fusion kaum Auswirkungen, da hier nur wenige DVU-Mitglieder existieren (2010: ca. 20) und diese zudem kaum aktiv sind.

Den Fusionsankündigungen der Parteivorsitzenden folgten im Juli 2010 Mitgliederbefragungen bei NPD und DVU. In beiden Parteien sollen über 90 % der beteiligten Mitglieder einer Fusion zugestimmt haben.<sup>23</sup>

Auf einem anschließenden NPD-Bundesparteitag am 6. November 2010 in Hohenmölsen (Sachsen-Anhalt) sprachen sich die Delegierten der Partei für die Fusion und den Ver-

---

<sup>17</sup> Ebenda.

<sup>18</sup> Ebenda.

<sup>19</sup> „Arbeit. Familie. Vaterland. Das Parteiprogramm der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)“.

<sup>20</sup> Internet-Homepage des NPD-Landesverbandes Sachsen vom 7. Juni 2010.

<sup>21</sup> Internet-Homepage der NPD vom 2. Juni 2010: Rechenschaftsbericht und Bericht zur politischen Lage (...) von Udo VOIGT. Gehalten auf dem NPD-Bundesparteitag 2010 in Bamberg (Bayern).

<sup>22</sup> Ebenda.

<sup>23</sup> Nach Angaben der NPD beteiligten sich an dieser Befragung 2.000 von bundesweit ca. 6.800 Mitgliedern.

schmelzungsvertrag aus<sup>24</sup>. Gemäß dem Vertrag sollte die Übernahme der DVU durch die NPD im Innen- und im Außenverhältnis mit Wirkung zum 1. Januar 2011 erfolgen. Das setzte jedoch eine vorherige Auflösung der DVU voraus. Die DVU-Mitglieder sollten der NPD aktiv beitreten und so genannte nicht zahlende „DVU-Ehrenmitglieder“ nur übernommen werden, wenn sie während einer Übergangszeit einen ermäßigten Mitgliedsbeitrag in Höhe des parteieigenen Sozialbeitrages zahlen.

Im Verlaufe des NPD-Bundesparteitages wählten die Delegierten außerdem den DVU-Vorsitzenden Matthias FAUST zum dritten stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden und zwei weitere DVU-Funktionäre als Beisitzer in den NPD-Bundesvorstand.

Auf einem außerordentlichen Bundesparteitag der DVU am 12. Dezember in Kirchheim (Thüringen) wurde mehrheitlich für die Auflösung der DVU und das Zusammengehen mit der NPD gestimmt.

Nach Angaben der NPD stimmten bei einer parteieigenen Urabstimmung rund 95% ihrer Mitglieder (bei 2.375 abgegebenen Stimmen) für die Fusion mit der DVU. Dort hatten sich laut dem DVU-Bundesvorsitzenden Matthias FAUST zuvor rund 88 % bei einer Urabstimmung für eine Fusion ausgesprochen.

Am 29. Dezember 2010 verkündete die NPD, dass die beiden Parteivorsitzenden von NPD und DVU den so genannten Verschmelzungsvertrag unterzeichnet haben.

Nach einer Klage von Fusionsgegnern innerhalb der DVU gegen die Vertragsunterzeichnung erklärte das Landgericht München (Bayern) am 25. Januar 2011 im vorläufigen Rechtschutzverfahren die Fusion für ungültig.

### **Landesverband Sachsen – Strategie der Partei nach außen**

Die Aktivitäten des sächsischen NPD-Landesverbandes waren im Berichtsjahr von der Suche nach Strategien geprägt, um ein größeres Wählerpotenzial und Sympathisanten anzusprechen. Zugleich galt es aber auch, die vorhandene Wählerschaft und die gesamte rechtsextremistische Szene stärker an die Partei zu binden. Vor allem die Verluste bei der Wahl zum Sächsischen Landtag 2009 in der Jungwählerschaft sollen durch gezielte Jugendarbeit aufgefangen werden. Stand im Wahljahr 2009 strategisch der „Kampf um die Parlamente“ im Mittelpunkt, so waren es im Berichtsjahr wieder mehr der „Kampf um die Straße“ und der „Kampf um die Köpfe“. Die sächsische NPD hält dabei an ihrer bisherigen Strategie, dem „Sächsischen Weg“ fest, dem nun im Wesentlichen auch der Bundesverband mit seinen Vorstellungen folgt.

Zugleich bemühte sich die NPD um eine engere Anbindung der rechtsextremistischen Kameradschaftsszene und vor allem der FREIEN KRÄFTE, welche sich als „außerparlamentarischer Arm der Bewegung“ verstehen. Die Aktivitäten der Partei waren im Jahr 2010 darauf ausgerichtet, diese Bindung zu intensivieren. So hat die NPD Objekte für Treffen zur Verfügung gestellt, versuchte die Szene für Großveranstaltungen zu mobilisieren und verkündete den Aufbau von „Schulungszentren“.

Im März appellierte der sächsische Landesvorsitzende Holger APFEL mit einem Rundschreiben an die sächsischen Parteimitglieder, sich stärker an der Parteiarbeit zu beteiligen. Die Partei dürfe sich nun nicht mehr auf das oftmals „parlamentarische Klein-Kleinspiel“ beschränken. Sie müsse auch 2010 für alle Sachsen sichtbar sein und in der Öffentlichkeit „Gesicht und Flagge“ zeigen. Der öffentliche Raum – „die Straße“ – sei ein wichtiger Platz für die Partei, weil „der nationalen Opposition jegliche argumentative Debatte von den pseudodemokratischen Heuchlern“ verweigert werde und die „abgestandenen rhetorischen Scheingefechte in der ‚Quasselbude‘“ die Probleme des Freistaates weder lösen würde, noch „irgendeinen Menschen“ interessieren würde. APFEL kündigte zugleich eine Reihe ge-

---

<sup>24</sup> Nach Parteiangaben stimmten 193 Delegierte für den Verschmelzungsvertrag, 13 stimmten dagegen und ein Delegierter enthielt sich seiner Stimme. Für die Fusion stimmten 194 Delegierte, 11 stimmten dagegen und zwei Delegierte enthielten sich ihrer Stimmen.

planter Aktivitäten der sächsischen NPD an.<sup>25</sup> Dabei wird deutlich, dass die NPD in ihren Bemühungen um die eigene Wählerschaft vor allem auf die enge Zusammenarbeit mit den aktionsorientierten FREIEN KRÄFTE setzt, mit denen sie in der Folge auch öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen durchgeführt hat.

### **Aktivitäten mit den FREIEN KRÄFTEN**

Für den 5. März 2010 hatte die NPD einen Trauermarsch in Chemnitz organisiert, der anlässlich des Jahrestages der Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg stattfand. An dem Marsch unter dem Motto: „Die Opfer waren unsere Familien – 5. März Wider das Vergessen!“ nahmen etwa 800 Rechtsextremisten teil, darunter eine Vielzahl von FREIEN KRÄFTEN. Zahlreiche Angehörige der FREIEN KRÄFTE beteiligten sich auch an der von der NPD anlässlich des 1. Mai 2010 in Zwickau organisierten Demonstration unter dem Motto „Arbeit für Deutsche – Fremdarbeiter-Invasion stoppen“. Die Veranstaltung stand damit im Gegensatz zum Vorjahr, als die sächsische NPD in Dresden und die FREIEN KRÄFTE in Freiberg (Landkreis Mittelsachsen) noch getrennte Demonstrationen zum 1. Mai durchgeführt hatten. Zu dem Aufmarsch in Zwickau reisten insgesamt ca. 400 Teilnehmer aus ganz Sachsen und anderen Bundesländern an.

Einen weiteren Aufmarsch von Rechtsextremisten am 17. Juni 2010 in Dresden hatte die NPD in enger Kooperation mit den FREIEN KRÄFTEN DRESDEN organisiert. An der anlässlich des Arbeiteraufstandes 1953 in der DDR durchgeführten Veranstaltung blieb die Teilnehmerzahl jedoch mit ca. 120 Rechtsextremisten deutlich unter den Erwartungen der Organisatoren.

Die Partei setzte außerdem auf die Durchführung von Musikveranstaltungen mit rechtsextremistischen Bands und Liedermachern. Z. B. wurde nach einer Pause von vier Jahren wieder ein Pressefest des DEUTSCHEN STIMME VERLAGES veranstaltet, bei dem mehrere rechtsextremistische Liedermacher und Bands auftraten. Obwohl bundesweit für die Veranstaltung am 7. August 2010 in Waldhufen (Landkreis Görlitz) geworben worden war, konnte man mit diesem Pressefest jedoch nicht an die Erfolge der Vergangenheit anknüpfen. Im Gegensatz zur Veranstaltung im Jahr 2006 mit mehr als 7.000 Teilnehmern nahmen nur ca. 2.000 Personen am Pressefest teil, das vor allem eine Musikveranstaltung war. Darüber hinaus sprachen bekannte Rechtsextremisten zu den Teilnehmern. Verschiedene rechtsextremistische Organisationen präsentierten sich mit Info- und Verkaufsständen.

Wie schon zum Pressefest 2006 wurde innerhalb der rechtsextremistischen Szene Kritik am kommerziellen Charakter der Veranstaltung und den überzogenen Preisen geübt. Besucher beanstandeten insbesondere den übermäßigen Alkoholkonsum einiger Teilnehmer.

Deutliche Worte fanden Aktivisten der FREIEN KRÄFTE und der sächsischen JN in einer Stellungnahme. Es dürfe nicht sein, dass „der maximale finanzielle Gewinn eines Verlags- und Versandhauses an erster Stelle steht und es dabei hingenommen wird, primär die Zielgruppe szenetypischer Klischeeerscheinungen zu bedienen“. Die Aktivisten der FREIEN KRÄFTE und der JN-Sachsen wollen künftig nicht mehr als Ordnerdienst für solche Szeneveranstaltungen zur Verfügung stehen, falls sich die NPD und der Verlag nicht von „Kommerz und subkultureller Entartung“ distanzieren.<sup>26</sup>

Im Zusammenhang mit der Intensivierung der Zusammenarbeit mit den FREIEN KRÄFTEN und ihren Bemühungen um die eigene Wählerschaft setzte die Partei auch auf die Schaffung neuer regionaler Anlaufpunkte. Im Herbst 2010 verkündete die NPD im Internet, in Delitzsch und Eilenburg (beide Landkreis Nordsachsen) so genannte nationale Schulungs- und Begegnungszentren eröffnet zu haben und verbreitete zugleich, dass diesen weitere folgen sollen. Da die Partei bei ihren Anhängern politischen Schulungsbedarf in verschiedenen Regionen Sachsens sieht, gäbe es Vorbereitungen für nationale Schulungszentren im Leipziger Land, in Chemnitz und Ostsachsen, so die NPD.

<sup>25</sup> Rundschreiben des NPD-Landesverbandes Sachsen vom 30. März 2010.

<sup>26</sup> Internet-Homepage des so genannten AKTIONSBÜNDNIS AUS LEIPZIG vom 10. August 2010.




Die Berichterstattung der NPD in Nordsachsen über diese Aktivitäten zeigte deutlich, dass sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der rechtsextremistischen Szene der Eindruck einer starken und aktiven Organisation mit vermeintlich hoher Akzeptanz und Wahrnehmung vermittelt werden soll. So sei „das neue Objekt“ in Eilenburg, welches nach Darstellung der NPD angeblich das räumlich größte sei, vor fast 120 Gästen eröffnet worden. Tatsächlich fand die von der NPD beschriebene „Zentrumseröffnung“ jedoch nicht in Eilenburg, sondern in einer öffentlichen Gaststätte in einem Ortsteil der benachbarten Gemeinde Doberschütz (Landkreis Nordsachsen) statt und es nahmen auch nur etwa halb so viele Szeneanhänger teil.

Über Flugblattverteilung, Infostände und andere gezielte Aktionen versucht sie, möglichst breite Bevölkerungsteile anzusprechen, ohne dabei ihre extremistischen Zielsetzungen offen zu erkennen zu geben. Dieser Strategie folgend versucht die Partei auch weiterhin, sich als „Kümmerer“ zu präsentieren und insbesondere bei unzufriedenen Bürgern den Eindruck zu erwecken, sie wäre bürgernah und zugleich die einzige „echte Opposition“. Folgt man den Darstellungen der Partei, so will sie mit entsprechenden Propagandaaktionen angeblich nicht auf Stimmenfang gehen, sondern „Politik zum Wohle unserer Landsleute“ machen.<sup>27</sup>

Wie das Beispiel „nationales Schulungszentrum“ zeigt, ist die NPD in der Öffentlichkeit oft bemüht, mit übertriebenen Meldungen von sich das Bild einer aktiven Organisation zu vermitteln. Sie verfolgt mit solchen Mitteilungen auch das Ziel, in den Fokus des medialen Interesses zu gelangen. So war die Flutkatastrophe in Ostsachsen der Partei ein willkommener Anlass, dementsprechend zu agieren. Während man der lokalen Verwaltung und der Landesregierung Versagen vorwarf, präsentierte sich die NPD als helfende Kraft und suggerierte in Videobeiträgen sogar, dass die Partei eng mit einer staatlichen Hilfsorganisation zusammengearbeitet habe.

In anderen Regionen thematisierte sie geplante Schulschließungen und bediente sich dabei u. a. vordergründig harmloser Aktionen wie dem Verteilen von Zuckertüten.

### **JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)**

Mitglieder 2010 in Sachsen:	ca. 50
Mitglieder 2009 in Sachsen:	ca. 50
Mitglieder 2009 bundesweit:	ca. 430
Kennzeichen:	
Publikation:	keine

### **Charakterisierung und Bedeutung**

Die rechtsextremistischen JN – Jugendorganisation der NPD – sind in Sachsen Bindeglied zwischen der NPD und der parteiunabhängigen rechtsextremistischen Szene. Sie sehen sich als Teil einer Bewegung, die als große Gemeinschaft mit nationaler und sozialistischer Weltanschauung vernetzt und zusammengeführt werden soll.

Der sächsische JN-Landesverband verfügt innerhalb der rechtsextremistischen Szene in Sachsen über vergleichsweise wenige Mitglieder. Er organisierte aber im Berichtsjahr mehrere öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, für die er zahlreiche Mitglieder der rechtsextremistischen Skinhead- und Kameradschaftsszene sowie der FREIEN KRÄFTE mobilisieren konnte. Dazu zählen zwei Demonstrationen am 16. Oktober in Leipzig und am 14. November in Wurzen (Landkreis Leipzig).

<sup>27</sup>

Internet-Homepage des NPD-Kreisverbandes Nordsachsen vom 13. Juli 2010.

Im Vergleich zu anderen Landesverbänden verfügt der JN-Landesverband Sachsen über gut ausgebauten Strukturen.

## **Ideologie**

Die JN streben die „Überwindung“ der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland an. Wie die NPD haben sie sich die Schaffung einer „Volksgemeinschaft“ in einer neuen nationalistischen Ordnung zum Ziel gesetzt. Dabei sollen die im Grundgesetz manifestierten Freiheits- und Gleichheitsrechte außer Kraft gesetzt werden. Nach eigenen Aussagen soll die Grundlage dieser nationalistischen Weltanschauung „ein auf der Basis der Verschiedenartigkeit der Menschen erstelltes, realistisches und lebensrichtiges Welt- und Menschenbild“ sein.<sup>28</sup>

Die JN propagieren den Nationalsozialismus offensiver als ihre Mutterpartei. So werden Führungspersonen aus der NS-Zeit als Vorbilder dargestellt und geehrt. In diesem Zusammenhang wurde bedauert, dass „aus den Reihen der heutigen nationalen Bewegung der(n) Aufstieg eines neuen unübertroffenen Genies“<sup>29</sup> nicht zu erwarten sei. Dementsprechend sehen die JN ihre Aufgabe in der Ausbildung von Aktivisten zu ganzheitlichen Trägern dieser nationalistischen Idee sowie in der Formung und Herausbildung von Charakteren, die andere Menschen für diese Idee begeistern können. Die nationale Jugendarbeit soll zur „Kaderschmiede unseres Volkes“ werden, um gemeinsam das System zu überwinden.<sup>30</sup>

Nach Aussage des JN-Landesvorsitzenden sollten die Schwerpunkte nationaler Jugendarbeit „in der Formung und Herausbildung von Charakteren liegen.“ Damit sind Personen gemeint, „die fähig sind, andere Menschen für unsere Idee zu begeistern, die in der Lage sind, von sich aus etwas auf die Beine zu stellen, die körperlich und geistig belastbar sind und nur so Vorbild für andere sein können.“<sup>31</sup> Daraus wird deutlich, dass sich die JN Sachsen derzeit weniger als breite Massenorganisation verstehen, sondern vielmehr eine ideologische Vorreiterrolle, einer nach eigenen Angaben „führerlosen, zersplitterten und uneinigen ‚Bewegung‘“<sup>32</sup> einnehmen wollen.

Anlassbezogen grenzte sich die JN Sachsen sowohl von der NPD als auch von der subkulturellen rechtsextremistischen Szene ab. In einer Stellungnahme der FREIEN KRÄFTE und der JN-Sachsen zum Pressefest der DEUTSCHEN STIMME 2010 wurde die Distanzierung der NPD von der Kommerzialisierung und subkulturellen Entartung der Veranstaltung mit folgender Begründung gefordert: „Der subkulturelle und erlebnisorientierte Bodensatz der Szene ist schon seit Jahren eine Plage für jede konstruktiv arbeitende politische Gruppierung unserer Weltanschauung.“<sup>33</sup>

## **Strukturen**

Den JN Sachsen gehören ca. 50 Personen (2009: ca. 50) an, die in verschiedenen Stützpunkten organisiert sind.

Im Berichtsjahr waren mindestens sechs JN-Strukturen im Freistaat Sachsen aktiv. Dazu gehören die JN in Leipzig, Wurzen (Landkreis Leipzig), Landkreis Nordsachsen, Chemnitz, Kamenz (Landkreis Bautzen) und Riesa (Landkreis Meißen). Nach eigenen Angaben verfügen die JN im Landkreis Nordsachsen über die im November 2009 gegründeten Stützpunkte Delitzsch-Eilenburg, Torgau und Oschatz. Da zwischen diesen drei Stützpunkten enge Verbindungen bestehen, wurde in der szeneeigenen Berichterstattung mehrfach von der JN Nordsachsen gesprochen.

---

<sup>28</sup> Internetseite der JN Chemnitz, Auszug vom 30. Juli 2010.

<sup>29</sup> Internetseite des AKTIONSBÜNDNIS AUS LEIPZIG, Auszug vom 23. April 2010.

<sup>30</sup> Rede des sächsischen JN-Vorsitzenden am 5. Juni 2010 auf dem 3. JN-Sachsentag in Niesky (Landkreis Görlitz).

<sup>31</sup> Rede des sächsischen JN-Vorsitzenden am 5. Juni 2010 auf dem 3. JN-Sachsentag in Niesky (Landkreis Görlitz).

<sup>32</sup> Internetseite des AKTIONSBÜNDNIS AUS LEIPZIG, Auszug vom 23. April 2010.

<sup>33</sup> Internetseite des AKTIONSBÜNDNIS AUS LEIPZIG, Auszug vom 6. September 2010.

Darüber hinaus sind in Sachsen weitere JN-Strukturen bekannt, bei denen 2010 aber keine Aktivitäten beobachtet wurden.

Zum Bundesverband der JN gehören die Unterorganisationen:

- INTERESSENGEMEINSCHAFT FAMILIENKREIS. Deren Aufgabe ist es, Familien und deren Kindern als „Keimzelle für die Volksgemeinschaft“<sup>34</sup> die Ziele der JN näherzubringen.
- INTERESSENGEMEINSCHAFT FAHRT & LAGER (IG FAHRT UND LAGER). Primäre Aufgabe der IG FAHRT UND LAGER ist die bundesweite Ausrichtung von Lagern, Ausflügen und Wanderungen. Am 21. Dezember 2010 wurden in Baden-Württemberg, Brandenburg, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz mehrere Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern der JN durchgeführt. Anlass war der Verdacht, dass es sich bei der IG FAHRT UND LAGER um eine Nachfolgeorganisation der im März 2009 vom Bundesminister des Innern verbotenen HEIMATTREUEN DEUTSCHEN JUGEND (HDJ) handelt.

## Aktivitäten

Im Berichtsjahr stagnierte der im Vorjahr propagierte Strukturausbau der JN Sachsen. Das traf auf die Entwicklung der Mitgliederzahl und auch auf die Anzahl der JN-Stützpunkte zu. Noch im Zusammenhang mit vier Stützpunktgründungen in Nordsachsen und Wurzen (Landkreis Leipzig) im Vorjahr war verkündet worden, dass es 80 Mitgliedsinteressenten gäbe. Diese an sich zu binden, ist den JN allerdings nicht gelungen. Gründe dafür können das nach wie vor vorhandene Desinteresse von organisationsungebundenen Rechtsextremisten sein, die sich nicht parteinah binden wollen sowie das elitäre Selbstverständnis einiger JN-Aktivisten.

Gleichwohl traten vor allem die JN im Landkreis Nordsachsen seit Beginn 2010 verstärkt öffentlichkeitswirksam in Erscheinung. Dabei nahm man thematisch u. a. die geplanten Kürzungen der Staatsregierung im Bereich der Jugendarbeit zum Anlass für überwiegend „spontane“ Aktionen. Obwohl die JN anlässlich ihrer Versammlungen intensiv mobilisierten, blieb die tatsächliche Teilnehmerzahl meist hinter den Erwartungen zurück. So z. B. bei einer Demonstration am 24. April 2010 in Torgau (Landkreis Nordsachsen) gegen die Feierlichkeiten zum „Elbe-Day“, mit dem an das historische Aufeinandertreffen russischer und amerikanischer Truppen am Ende des Zweiten Weltkrieges erinnert wird. Statt der erwarteten 200 Teilnehmer waren nur 120 zu dem Aufzug der Rechtsextremisten erschienen.

Auch zu dem unter dem Motto „Jugend will Zukunft!“ stehenden „JN-Sachsentag“ am 5. Juni 2010 in Niesky (Landkreis Görlitz) waren statt der erwarteten 1.000 Teilnehmer nur ca. 400 angereist. Nicht alle der angekündigten Redner traten auf, so dass der Schwerpunkt der Veranstaltung schließlich auf dem Auftritt von rechtsextremistischen Bands lag.

Ungeachtet der Spannungen zwischen FREIEN KRÄFTEN und der NPD bestehen zwischen deren Jugendorganisation JN und den FREIEN KRÄFTEN personelle Überschneidungen auf Führungsebene. Es gibt dadurch insbesondere regional enge Verbindungen, die es den JN ermöglichen, die parteilose rechtsextremistische Szene für eigene Aktivitäten zu mobilisieren. Dazu gehörten die Demonstrationen am 16. Oktober 2010 in Leipzig sowie ein Trauermarsch am 14. November 2010 in Wurzen (Landkreis Leipzig). An beiden Ereignissen waren zahlreiche parteiungebundene Rechtsextremisten beteiligt. Im Gegenzug nahmen JN-Mitglieder an Aktivitäten der FREIEN KRÄFTE teil.

Zwischen den aktiven JN-Strukturen und den jeweiligen regionalen NPD-Kreisverbänden bestehen meist gute Verbindungen. Teilweise werden gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt bzw. Objekte gemeinsam genutzt wie beispielsweise ein Treffobjekt der rechtsextremistischen Szene in Leipzig. Dort ist auch die so genannte KAMPFSPORT UND SELBSTVERTEIDIGUNG AG der lokalen JN aktiv. Deren Ziel ist es nach eigener Angabe, „Kampfgeist, körperliche Leistungsfähigkeit, Kraft, Ausdauer und Selbstbewusstsein“<sup>35</sup> zu schulen. Die JN

<sup>34</sup> Internetseite des JN-Bundesverbandes, Auszug vom 17. Dezember 2010.

<sup>35</sup> Internetseite des AKTIONSBÜNDNIS AUS LEIPZIG, Auszug vom 24. März 2010.

Sachsen schreibt sich auch die Organisation und Durchführung des „2. Nationalistischen Kampfsportturniers in Sachsen“ zu, an dem nach einer Eigenangabe mehr als 350 Personen teilgenommen und über 30 Teilnehmer Kämpfe bestritten haben sollen.<sup>36</sup> Die JN stellen zudem Mitglieder für Ordnerdienste bei verschiedenen Veranstaltungen zur Verfügung.

### 1.3.2 DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU)

---

Mitglieder 2010 in Sachsen:	ca. 20
Mitglieder 2009 in Sachsen:	ca. 40
Mitglieder 2009 bundesweit:	ca. 4.500
Kennzeichen:	
Publikation:	NATIONAL-ZEITUNG / DEUTSCHE WOCHENZEITUNG

---

#### Charakterisierung und Bedeutung

Die DVU ist eine bundesweit organisierte rechtsextremistische Partei. Sie wurde 1987 auf Initiative des Münchner Verlegers Dr. Gerhard FREY gegründet.

Ihre Bedeutung in der rechtsextremistischen Parteienlandschaft ist seit Jahren stark rückläufig. In Sachsen spielte die DVU mit ihren wenigen und kaum aktiven Mitgliedern bereits in der Vergangenheit nur eine marginale Rolle.

Ende 2010 wurden DVU und die NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) zur neuen Partei NPD – DIE VOLKSUNION fusioniert. Nach einer Klage von Gegnern der Fusion erklärte das Landgericht München (Bayern) Anfang 2011 die Fusion jedoch für ungültig.

#### Ideologie

In ihrem Parteiprogramm gibt die DVU vor, der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und dem Grundgesetz verbunden zu sein. Tatsächlich werden jedoch von ihren Vertretern und in ihren Publikationen typische rechtsextremistische Positionen vertreten und Argumentationen verwendet.

So nehmen fremdenfeindliche und antisemitische Artikel und Agitationen in der parteinahen NATIONAL-ZEITUNG einen breiten Raum ein. Die direkte (strafbare) Leugnung des Holocausts wird von offizieller Seite der DVU zwar vermieden. Es wird jedoch behauptet, dass zeitgeschichtliche Dokumente und Zeugenaussagen von offizieller Seite gefälscht seien, um damit den Juden eine vorteilhafte Opferrolle zu verschaffen. Relativierende und bagatellisierende Äußerungen über den Völkermord der Nationalsozialisten an den Juden sind weitere Belege für eine antisemitische Grundhaltung der Partei. Die Zeit des Nationalsozialismus wird beschönigend und verharmlosend dargestellt. Die Gräueltaten des nationalsozialistischen Regimes finden – wie bei Rechtsextremisten typisch – keine Erwähnung.

#### Strukturen

Die Mitgliederzahl des sächsischen Landesverbandes der DVU ging im Berichtsjahr weiter zurück. Viele Mitglieder beziehen lediglich die NATIONAL-ZEITUNG oder gelten als so genannte Ehrenmitglieder. Die Anzahl der Beitragszahler und aktiven Parteimitglieder sinkt seit Jahren kontinuierlich. Funktionierende Strukturen sind in Sachsen nicht erkennbar.

---

<sup>36</sup>

Internetseite des JN-Bundesverbandes, Artikel vom 31. Dezember 2010.

## Aktivitäten

Im Berichtsjahr wurden von den sächsischen DVU-Strukturen keine öffentlichkeitswirksamen Aktionen festgestellt.

Bundesweit hatte die DVU im Berichtsjahr – wie schon in den Vorjahren – einen konstanten Bedeutungsverlust zu verzeichnen. Dem Ende 2009 ernannten „Strukturbeauftragten“ gelang es weder, Parteistrukturen auf- bzw. auszubauen, noch konnte der Mitgliederschwund der letzten Jahre aufgehalten werden. Nach den minimalen Stimmenanteilen im Wahljahr 2009 befand sich die Partei in einer anhaltenden Krise, gezeichnet von innerparteilichen Konkurrenzkämpfen in der Führungsebene. So wurden zwischen dem Parteivorsitzenden FAUST und seinen internen Gegnern Gerichtsprozesse angestrengt, welche die Machtverhältnisse innerhalb der DVU regeln sollten.

Die innerparteilichen Spannungen verschärfen sich Mitte des Jahres 2010. Auslöser war die sowohl von Seiten der NPD als auch dem DVU-Vorsitzenden FAUST vorangetriebene Fusion beider Parteien. Fusionshindernisse – wie die Schuldenlast der DVU – wurden durch den von Dr. FREY ausgesprochenen Erlass des Rückforderungsanspruchs in Höhe von 1.000.000 Euro aus dem Weg geräumt.

Den Fusionsankündigungen der Parteivorsitzenden folgten im Juli 2010 Mitgliederbefragungen bei DVU und NPD. In beiden Parteien sollen über 90 % der beteiligten Mitglieder einer Fusion zugestimmt haben.<sup>37</sup>

Fusionsgegner innerhalb der DVU kündigten jedoch innerparteilichen Widerstand gegen die Verschmelzung an. Sie konnten allerdings nicht verhindern, dass auf dem außerordentlichen Bundesparteitag am 12. Dezember in Kirchheim (Thüringen) mehrheitlich für die Auflösung der DVU und das Zusammengehen mit der NPD gestimmt wurde.

Laut dem DVU-Bundesvorsitzenden FAUST sollen sich bei einer Urabstimmung rund 88 % für eine Fusion mit der NPD ausgesprochen haben. Nach Angaben der NPD stimmten dort rund 95% ihrer Mitglieder für die Fusion mit der DVU.

Am 29. Dezember unterzeichneten die beiden Parteivorsitzenden der DVU und der NPD den Verschmelzungsvertrag zur neuen Partei NPD – DIE VOLKSUNION.

Nach einer Klage von Gegnern der Fusion gegen die Vertragsunterzeichnung erklärte das Landgericht München (Bayern) am 25. Januar 2011 im vorläufigen Rechtschutzverfahren die Fusion für ungültig.

Die tatsächlichen Beweggründe für die Verschmelzung sind darin zusehen, dass die NPD einen angeschlagenen und unliebsamen Konkurrenten im Kampf um Wählerstimmen aus dem Weg räumt. Sie will sich so als „stärkste nationale Kraft“ präsentieren. Der Bundesvorsitzenden der DVU FAUST wurde folgerichtig Ende 2010 in den Parteivorstand der NPD aufgenommen.

## 1.4 Rechtsextremistische Kameradschaftsszene, insbesondere die neonationalsozialistischen Kameradschaften und die FREIEN KRÄFTE

### 1.4.1 Erscheinungsformen der Kameradschaftsszene

Zur rechtsextremistischen Kameradschaftsszene im Freistaat Sachsen gehören

- Subkulturelle KAMERADSCHAFTEN,
- Neonationalsozialistische KAMERADSCHAFTEN und die
- FREIEN KRÄFTE.

<sup>37</sup>

Vgl. Angaben im Beitrag „1.3.1 NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)“.

## **Subkulturelle KAMERADSCHAFTEN**

Subkulturelle KAMERADSCHAFTEN besitzen keine festen hierarchischen Führungsstrukturen und sind von Spontaneität und Aktionismus geprägt. Ihre Aktivitäten sind hauptsächlich auf regionale Bereiche begrenzt. Darüber hinaus beteiligen sie sich an rechtsextremistischen Konzerten und teilweise an rechtsextremistischen Demonstrationen.

Mitglieder der subkulturellen rechtsextremistischen Kameradschaften haben – wie die übrigen unorganisierten rechtsextremistischen Skinheads, deren Anteil inzwischen stark zurückgegangen ist – ein eher diffuses Weltbild, das von fremdenfeindlichen, rassistischen und antisemitischen Versatzstücken bestimmt wird.

## **Neonationalsozialistische KAMERADSCHAFTEN**

Neonationalsozialistische Kameradschaften besitzen im Gegensatz zu den subkulturellen deutlich erkennbare Führungsstrukturen. Ihre Aktivitäten sind stark politisch ausgerichtet.

Neonationalsozialisten streben ein politisches System nach dem Vorbild der NS-Diktatur an, also eine Volksgemeinschaft auf rassistischer Grundlage mit einer starken Führerpersönlichkeit an der Spitze. Sie propagieren eine notwendige „Rehabilitierung des Massenmenschen zum deutschen Menschentypus“<sup>38</sup>. Dieser „demokratische Massenmensch“ sei der Deutsche (durch Staatsbürgerschaft), der „nicht mehr an das Erbe unserer Geschichte anknüpft“.<sup>39</sup> Der „Massenmensch“ kenne weder Führer noch Gefolgschaft sondern lediglich unpersönliche Mehrheiten, er unterliege dem körperlichen Verfall, sei kulturlos und materialistisch. Erst in einer Volksgemeinschaft unter nationaler und sozialistischer Regie werde der „deutsche Mensch“ wieder seinen Platz in der natürlichen Ordnung einnehmen.

## **FREIE KRÄFTE**

Neonationalsozialisten treten infolge der Auflösung von formalen Kameradschaftsstrukturen seit etwa 2004 bevorzugt unter der Bezeichnung FREIE KRÄFTE in Erscheinung. Man wollte nicht mehr als Mitglied einer konkreten KAMERADSCHAFT erkennbar sein, um dem Staat weniger Angriffsfläche zu bieten und agiert seitdem vorzugsweise nicht nur unter der Bezeichnung FREIE KRÄFTE sondern auch unter solchen wie NATIONALE SOZIALISTEN, FREIER WIDERSTAND und NATIONALER WIDERSTAND.

Die FREIEN KRÄFTE stellen ideologisch eine Einheit mit den neonationalsozialistischen KAMERADSCHAFTEN dar, mit denen sie wie im Vorjahr das Demonstrationsgeschehen der rechtsextremistischen Szene im Freistaat Sachsen maßgeblich mitbestimmt haben.

Sie bilden in Sachsen nach wie vor die bedeutendste Struktur unter den parteiungebundenen sächsischen Rechtsextremisten und sind vor allem in den Großstädten Leipzig, Dresden und Chemnitz sowie in den Regionen Nordwest- und Südwestsachsen angesiedelt. In Ostsachsen ist ihr Potenzial geringer.

FREIE KRÄFTE unterhalten das Internetportal FREIES NETZ, in dem Webpräsenzen für die Regionen Nordsachsen, Leipzig, Chemnitz, Borna-Geithain (Landkreis Leipzig), Zwickau sowie aus dem Erzgebirge betrieben werden. Dort werden Aktionsberichte aber auch weltanschauliche Aufsätze veröffentlicht. Außer angemeldete Demonstrationen werden auf diesen Seiten in der Regel jedoch keine anderen Veranstaltungstermine (z. B. für Vorträge oder Schulungen) bekannt gegeben. Das FREIE NETZ fungiert im Wesentlichen als Schaufenster in die Szene, die aktionsbezogene Vernetzung der FREIEN KRÄFTE fußt vor allem auf den persönlichen Kontakten der Führungspersonen.

---

<sup>38</sup> Internetseite des AKTIONSBÜNDNIS AUS LEIPZIG vom 19. Februar 2010: „Der Volkstod der Deutschen: Gesellschaftliche Ursachen und Auswege (Teil 1): Das deutsche Volk in seiner Wandlung zum demokratischen Massenmenschen“.

<sup>39</sup> Ebenda.

Als Sonderform der FREIEN KRÄFTE haben sich die AUTONOMEN NATIONALISTEN (AN) etabliert. Bei diesen handelt es sich vorwiegend um eine Strömung, die im Freistaat Sachsen hauptsächlich als Aktionsform von lokalen Strukturen der FREIEN KRÄFTE in Erscheinung tritt. Nur vereinzelt bilden sie eigene Strukturen. Die Anzahl der AN ist 2010 in Sachsen gegenüber dem Vorjahr deutlich von ca. 20 auf ca. 50 Personen angestiegen (bundesweit 2009: ca. 800). Sie favorisieren bei ihren Aktivitäten vor allem solche, die als aktionsorientierte Gemeinschaftserlebnisse wahrgenommen werden (z. B. die Teilnahme an Demonstrationen). Sie zeichnet zudem ein hohes Maß an Gewaltbereitschaft aus.

In der Aktions- und Erscheinungsform als AUTONOME NATIONALISTEN öffnen sie sich neuen Zeitgeistformen und werden so für Jugendliche attraktiv und bieten diesen einen unkomplizierten Einstieg in das neonationalsozialistische Gedankengut.

Das Erscheinungsbild der AN ist stark an das der linksextremistischen AUTONOMEN angelehnt. Für Außenstehende sind die AN nicht mehr ohne Weiteres von linksextremistischen AUTONOMEN zu unterscheiden. Es werden schwarze Kapuzenpullover, Sonnenbrillen, Baseball-Mützen aber auch „Palästinensertücher“ getragen. Diese Art des Auftretens wird mittlerweile von weiten Teilen der Szene adaptiert.

Exemplarisch für die KAMERADSCHAFTEN sind zu nennen:

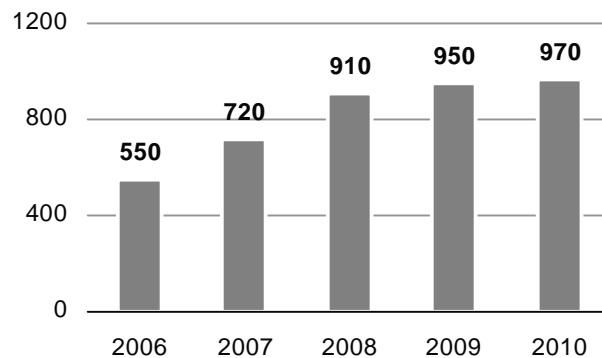
<b>KAMERADSCHAFT</b>	<b>Herkunft</b>	<b>KAMERADSCHAFT</b>	<b>Herkunft</b>
BOOT BOYS GÖRLITZ	Görlitz / Landkreis Görlitz	NATIONALER JUGENDBLOCK ZITTAU e. V (NJB ZITTAU)	Zittau (Landkreis Görlitz)
NATIONALE SOZIALISTEN CHEMNITZ (NSC)	Chemnitz	TERRORCREW MULTIDENTAL	Bennewitz (Landkreis Leipzig)
NATIONALE SOZIALISTEN DÖBELN	Döbeln (Landkreis Mittelsachsen)		

#### **1.4.2 Stagnation des Personenpotenzials der Neonationalsozialisten**

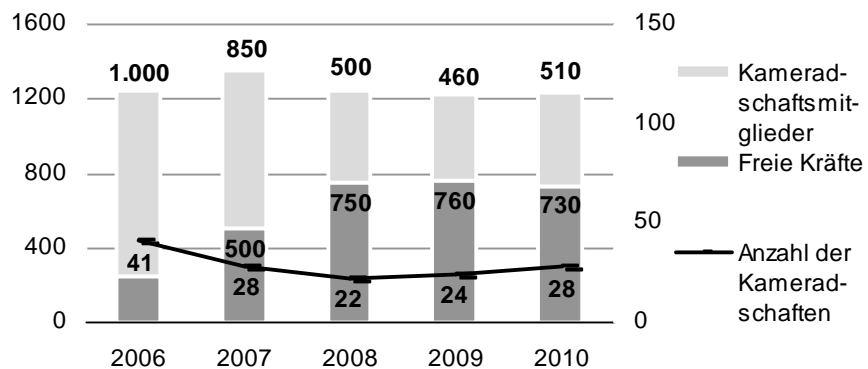
Die Anzahl der parteiungebundenen Rechtsextremisten ist gegenüber 2009 marginal um etwa 1 % angestiegen

Die neonationalsozialistische Szene hat nicht an Bedeutung verloren. Ihr Personenpotenzial hat sich im Berichtsjahr geringfügig erhöht (um ca. 2 %). Der Anteil der FREIEN KRÄFTE ging jedoch leicht zurück. Bei diesen gibt es eine hohe Fluktuation. Öffentlich treten sie häufig unter wechselnden Bezeichnungen auf.

### Personenpotenzial der Neonationalsozialisten im Freistaat Sachsen



### Personenpotenzial der rechtsextremistischen Kameradschaftsszene<sup>40</sup> und der FREIEN KRÄFTE sowie die Anzahl der KAMERADSCHAFTEN



## 1.4.3 Entwicklungen in der neonationalsozialistischen Kameradschaftsszene/ bei den FREIEN KRÄFTEN

### Bildung neonationalsozialistischer KAMERADSCHAFTEN hält an

Etwa seit 2004 war in der rechtsextremistischen Kameradschaftsszene eine Auflösung fester Strukturen zu beobachten. Dagegen wuchs das Potenzial der lose strukturierten FREIEN KRÄFTE stark an. 2009 stagnierte dieser Prozess. Im Berichtsjahr ist wieder ein Zuwachs an neonationalsozialistischen KAMERADSCHAFTEN erkennbar. Hintergrund dafür ist, dass für einen Teil der Neonationalsozialisten die Mitgliedschaft in einer Gruppe mit einer konkreten Bezeichnung und einer klaren Hierarchie wieder attraktiver geworden ist. Obwohl damit möglicherweise ein Mobilitätsverlust und eine Verringerung des Aktionsradius verbunden ist, ist einem Teil der Neonationalsozialisten die diffuse Zugehörigkeit zu einer regionalen FREIE KRÄFTE-Struktur zu wenig identitätsstiftend.

Die Szene begegnet mit der Bildung von neuen KAMERADSCHAFTEN auch den Rekrutierungsbemühungen der JN, die seit Jahren eine Anbindung der losen Strukturen an ihre Organisation anstrebt.

### Aktivitäten – Strategiesuche

Neonationalsozialisten diskutieren seit der Verhinderung einer Demonstration am 17. Oktober 2009 in Leipzig über die Strategie und Taktik bei öffentlichen Aktionen. Es werden seitdem vor allem dezentrale Aktionen oder unangemeldete „Spontandemonstrationen“ favori-

<sup>40</sup> Die für Kameradschaftsmitglieder ausgewiesene Zahl umfasst das Potenzial neonationalsozialistischer und anderer rechtsextremistischer KAMERADSCHAFTEN.



sirt und umgesetzt. Solche Aktionen richteten sich hauptsächlich gegen eine vermeintliche staatliche Repression. Daran beteiligten sich bis zu 100 Personen. Mit diesen Demonstrationen erzielt die Szene allerdings nicht die von ihr angestrebte Öffentlichkeitswirksamkeit. Deshalb mobilisiert sie auch weiterhin zu Großveranstaltungen, wie z. B. der jährlichen Großdemonstration anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945.

Die Strategiediskussion wurde noch intensiver geführt, nachdem auf Grund massiver Gegenaktivitäten die Demonstration am 13. Februar 2010 verhindert wurde und nur eine Standkundgebung möglich war. Der bekannte Rechtsextremist Christian WORCH propagierte im Internet für künftige Großdemonstrationen das Konzept so genannter Sternmärsche. Doch auch dieses Konzept hatte nicht den gewünschten Erfolg. Dies zeigt die am 16. Oktober 2010 in Leipzig verhinderte Veranstaltung, die die Rechtsextremisten in Form von vier Demonstrationen als Sternmarsch geplant hatten. Nachdem das Ordnungsamt Leipzig einen der vier angemeldeten Aufzüge verboten und die übrigen drei zusammengefasst nur als eine Standkundgebung genehmigt hatte, verlor diese Veranstaltung für die Teilnehmer erheblich an Attraktivität. Lediglich ca. 380 der etwa 1.000 bis 1.500 potenziellen Teilnehmer beteiligten sich daran. Die anderen Rechtsextremisten führten in Leipzig und im Umland der Stadt mehrere „Spontandemonstrationen“ durch. So z. B. ca. 150 Personen in unmittelbarer Nähe der in Leipzig genehmigten Standkundgebung.

Dieser Strategiewechsel ließ im Berichtsjahr die Anzahl der „Spontandemonstrationen“ im Freistaat Sachsen sprunghaft ansteigen. Betrug der Anteil der „Spontandemonstrationen“ 2009 ca. 56 % am gesamten rechtsextremistischen Demonstrationsaufkommen, so lag er im Berichtsjahr bei ca. 72 %.

Zu einer Häufung solcher Veranstaltungen kommt es regelmäßig im Umfeld von angemeldeten und nur als Standkundgebungen genehmigten Demonstrationen, wie beispielsweise am 6. November 2010 in Döbeln.

In „Spontandemonstrationen“ sieht die Szene eine Möglichkeit zu beweisen, dass man trotz behördlicher Einschränkungen selbstbestimmt handele. Auch wenn die ursprünglich geplante Demonstration nicht stattfinden konnte, wird das Ausweichen auf Spontandemonstrationen von der Szene als „kreative und flexible“ Reaktion dargestellt.

Außerdem werden Demonstrationen als „spontane“ Kundgebungen durchgeführt, gerade um offizielle Anmeldungen zu umgehen. Anmeldungen fehlen häufig bei in den Abendstunden stattfindenden Veranstaltungen, deren Teilnehmerkreis sich in der Regel auf Rechtsextremisten aus der Region beschränkt. Um trotz der fehlenden öffentlichen Mobilisierung und Werbung eine bessere Wahrnehmung in der Öffentlichkeit zu erreichen, behilft man sich mit Fackeln und pyrotechnischen Erzeugnissen. Diese Aktionen werden auch in Form von Videoclips ins Internet eingestellt.

Darüber hinaus missbrauchten Rechtsextremisten 2010 zweimal unpolitische Veranstaltungen, um ihre Ideologie öffentlichkeitswirksam zu verbreiten. Am 14. Februar 2010 reihten sich beispielsweise in Leipzig Rechtsextremisten im Rahmen ihrer „Volkstodkampagne“<sup>41</sup> in den jährlichen Faschingsumzug ein. Sie hatten sich als „Verkünder des Todes“ in schwarze Kapuzenmäntel gekleidet, trugen Masken und entrollten ein Transparent mit der Aufschrift: „Die Demokraten bringen uns den Volkstod“.

In Radeberg (Landkreis Bautzen) wurde am 8. August 2010 der Festumzug anlässlich des Stadtfestes gestört. Ca. zehn Rechtsextremisten in schwarzen Kapuzenmänteln mischten sich unter die Teilnehmer. Sie führten ebenfalls ein Transparent mit der Aufschrift „Die Demokraten bringen uns den Volkstod!“ mit. Weitere vier Personen trugen einen Sarg mit der Aufschrift „VOLKSTOD“.

---

<sup>41</sup>

Der drohende „Volkstod der Deutschen“ wird innerhalb der Neonationalsozialisten in der Bundesrepublik Deutschland und auch im Freistaat Sachsen bereits seit mehreren Jahren thematisiert.

## Entwicklung des Verhältnisses zur NPD und zu den JN

Wie in den vergangenen Jahren ist das Verhältnis zwischen den FREIEN KRÄFTEN und der NPD nicht einheitlich. Einflussreiche Personen der FREIEN KRÄFTE sind auch Funktionsträger in der NPD/JN. Dennoch wollen sich Teile der Basis der FREIEN KRÄFTE nicht von der NPD/JN vereinnahmen zu lassen. So äußerten Vertreter der FREIEN KRÄFTE im Zusammenhang mit den vier geplanten Demonstrationen am 16. Oktober in Leipzig im Internet auf die Frage „Wer veranstaltet die Demonstrationen?“: „Zwar sind alle Anmelder Mitglieder der NPD und/oder der JN, dennoch sind alle Demonstrationen ohne parteipolitischen Hintergrund anzusehen. Das Mitbringen sämtlicher Parteifahren wird also nicht gestattet sein, einer begrenzten Anzahl von JN-Fahren stimmen wir jedoch gerne zu.“<sup>42</sup>

Die NPD kündigte an, nationale Schulungs- und Begegnungszentren zu gründen und stellte den FREIEN KRÄFTEN auch Objekte für Treffen zur Verfügung, um sie näher zu integrieren. Dies führte jedoch – zumindest bisher – nicht zu dem gewünschten Erfolg. Die Distanz eines großen Teils der FREIEN KRÄFTE zu einer Parteiorganisation ist dafür zu groß. Auch der elitäre Anspruch der JN wirkt einer solchen Integration entgegen.

Die FREIEN KRÄFTE agieren insbesondere anlassbezogen gemeinsam mit den JN. Für solche, in enger Kooperation geplante und durchgeführte Aktionen, ist offensichtlich keine strukturelle Anbindung notwendig. Hier zeigt sich auch, dass die Zusammenarbeit der FREIEN KRÄFTE mit der Jugendorganisation der NPD wesentlich unkomplizierter erfolgt als mit der Mutterpartei.

Das Bild ist jedoch nicht einheitlich: Ungeachtet der Differenzen waren auch Anzeichen für eine Annäherung der FREIEN KRÄFTE an die NPD zu beobachten. Beispielsweise nutzen die FREIEN KRÄFTE gern die organisatorischen Möglichkeiten der JN (und der NPD). So gab es zahlreiche Aktionen der NPD/JN, an denen sich die FREIEN KRÄFTE beteiligt haben. Das verdeutlichen u. a. zwei Veranstaltungen am 1. Mai in Zwickau (NPD) und in Hoyerswerda (FREIE KRÄFTE), bei denen Vertreter beider Szenen gemeinsam demonstrierten. Anlässlich des 1. Mai 2009 hatten beide Lager noch getrennte Veranstaltungen in Dresden und Freiberg durchgeführt.

Auch am 17. Juni 2010 nutzten Anhänger der NPD und der FREIEN KRÄFTE DRESDEN den Gedenktag an den Arbeiteraufstand in der DDR 1953 für eine weitere gemeinsame Aktion in Dresden.

## 1.5 Rechtsextremistische Musik- und Vertriebszene

### 1.5.1 Rechtsextremistische Musikgruppen / Bandprojekte

Im Jahr 2010 waren mindestens 29<sup>43</sup> (2009: 30) sächsische rechtsextremistische Musikgruppen / Bandprojekte aktiv<sup>44</sup>. Einige Gruppen, wie beispielsweise BLITZKRIEG, SELBSTSTELLER, SACHSONIA und WHITE RESISTANCE, spielen schon seit vielen Jahren eine wichtige Rolle in der sächsischen rechtsextremistischen Musikszene. Andere Bands erreichen nur regionale Bedeutung oder lösen sich relativ schnell wieder auf.

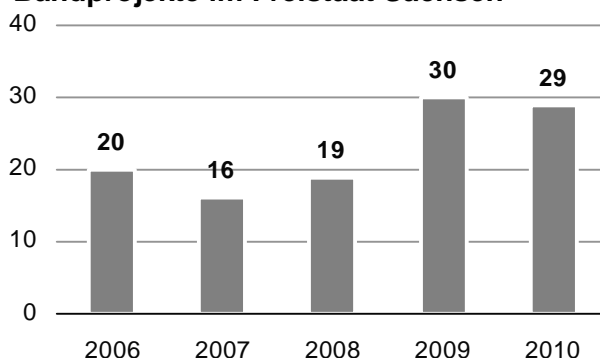
---

<sup>42</sup> Internetseite der Kampagne RECHT AUF ZUKUNFT, Beitrag vom 11. Oktober 2010.

<sup>43</sup> Einschließlich der thüringisch-sächsischen Bands BRAINWASH und MOSHPIT.

<sup>44</sup> Diese Bands traten bei rechtsextremistischen Konzerten auf und/oder veröffentlichten Tonträger mit rechtsextremistischen Inhalten.

### Anzahl der rechtsextremistischen Bands / Bandprojekte im Freistaat Sachsen



Für das Jahr 2010 werden exemplarisch die folgenden sächsischen rechtsextremistischen Musikgruppen genannt:

Bandname	Herkunft	Bandname	Herkunft
ARYAN HOPE	Wurzen / Landkreis Leipzig	BLITZKRIEG	Chemnitz
DONARS GROLL	Oberlausitz / Landkreis Bautzen	IF WE DIE TOMORROW	Ostsachsen
INKUBATION	Region Döbeln / Landkreis Mittelsachsen	LAST PRIDE	Erzgebirgskreis
LEICHENZUG	Landkreis Zwickau	PRIORITÄT 18	Dresden
RACIAL PURITY	Dresden	SACHSONIA	Dresden
SARIN	Landkreis Leipzig	SELBSTSTELLER	Riesa / Landkreis Meißen
STORM OF MIND	Landkreis Leipzig	STURMKRIEGER	Chemnitz
WHITE RESISTANCE	Erzgebirgskreis / Landkreis Zwickau		

Das musikalische Spektrum der rechtsextremistischen Musikgruppen in Sachsen umfasst im Wesentlichen die Stilarten R.A.C.<sup>45</sup> und Hardcore<sup>46</sup> einschließlich verschiedener Mischformen. Einzelne rechtsextremistische sächsische Bands, so zum Beispiel LEICHENZUG, rechnen sich selbst dem so genannten NS Black Metal<sup>47</sup> zu.

Die rechtsextremistische Einstellung der Musikgruppen zeigt sich zum Teil schon in ihrer Namensgebung. Die Bands ARYAN HOPE (Arische Hoffnung), RACIAL PURITY (Rassische Reinheit) und WHITE RESISTANCE (Weißer Widerstand) bekennen bereits mit ihren Namen die in der rechtsextremistischen Szene vielbeschworene Zugehörigkeit zur „Weißen / Arischen Rasse“ und machen damit kein Hehl aus ihrer rassistischen Grundeinstellung.

<sup>45</sup> „Rock against Communism“ – Rock gegen Kommunismus. Szeneeigene Bezeichnung für Rockmusik mit rechtsextremistischen Texten.

<sup>46</sup> US-amerikanische Weiterentwicklung der Punk-Musik. Schnell und hart. Zu beachten: Die große Mehrheit der Hardcore-Bands ist nicht rechtsextremistisch eingestellt.

<sup>47</sup> NS steht hierbei für National Socialist. Black Metal ist gekennzeichnet durch: eine inhaltliche Befassung mit zum Teil okkulten Themen, eine heidnische Ausrichtung und eine positive Haltung zur Gewalt. Der typische Kreisch- und Grunz-„Gesang“ ist nur schwer zu verstehen.

Die rechtsextremistische Ideologie tritt auch in den Texten der Tonträger zutage – mehr oder weniger deutlich formuliert. So drückt die Band SARIN ihre neonationalsozialistisch geprägte Einstellung wie folgt aus:

„Wir sind wieder da und haben Rache geschworen.  
Großdeutsches Reich du wirst neu geboren.  
Die alten Zeiten werden neu entstehen  
und euer System wird endlich untergehen.“<sup>48</sup>

LEICHENZUG hingegen beschränkt sich im „Totenkopflied“ auf Andeutungen wie „schwarz gewandt – der Ritterorden im Feindesland“ sowie „Treue, Stolz, Ehre und Blut“. Diese zeigen jedoch deutlich, dass sie als Hommage an die SS gemeint sind.

„Stolz marschieren sie in schwarz gewandt – der Ritterorden im Feindesland  
Todbringend für den ewigen Feind, dessen Wesen Lügen und Neid vereint  
(...)  
Sie haben nur ein Ziel vor Augen, Ausrottung des unreinen Glauben  
Der ihrer Art widerstrebt, da er von Angst und Schwäche lebt  
(...)  
Der Sturm bricht los, die Erde bebt wenn sich der Totenkopf erhebt  
So kämpfen sie fürs höchste Gut – Treue, Stolz, Ehre und Blut“<sup>49</sup>

Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) hat beide Tonträger im Berichtsjahr als jugendgefährdend eingestuft und indiziert.

Die wichtigste Aktionsform der Musikgruppen bilden die Auftritte bei rechtsextremistischen Konzerten. Hier spielen ausschließlich rechtsextremistische Bands vor entsprechendem Szene-Publikum. Nicht selten kommt es bei diesen Konzerten zu strafrechtlich relevanten Handlungen durch Besucher und Interpreten. So wurde beim Konzert am 29. Mai 2010 in Rothenburg (Landkreis Görlitz) durch das Publikum der „Hitlergruß“ gezeigt, „Sieg Heil“-Rufe skandiert und das strafbare „Hakenkreuzlied“ („Hängt dem Adolf Hitler den Nobelpreis um, hisst die rote Fahne mit dem Hakenkreuz“) angestimmt. Bei der Veranstaltung traten unter anderem die sächsischen Gruppen PRIORITÄT 18 und SACHSONIA auf.

---

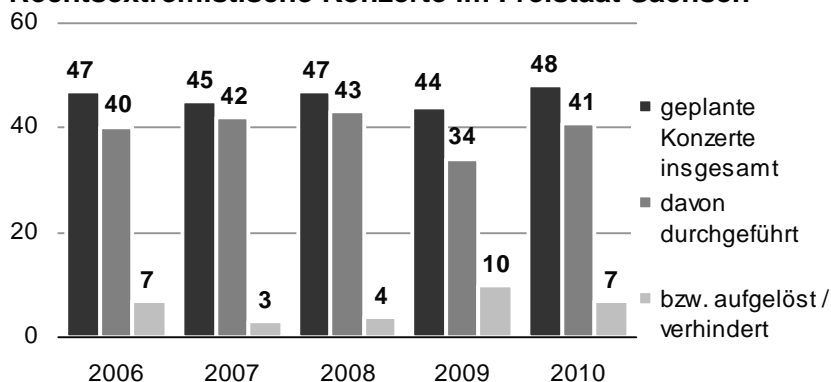
<sup>48</sup> SARIN, Demo-CD „Goldener Thron“ 2010, Titel 4 „Woh Who Who“.

<sup>49</sup> LEICHENZUG, CD „Das letzte Gebet“ 2010, Titel 8 „Totenkopflied“. Schreibweise wie im Original.

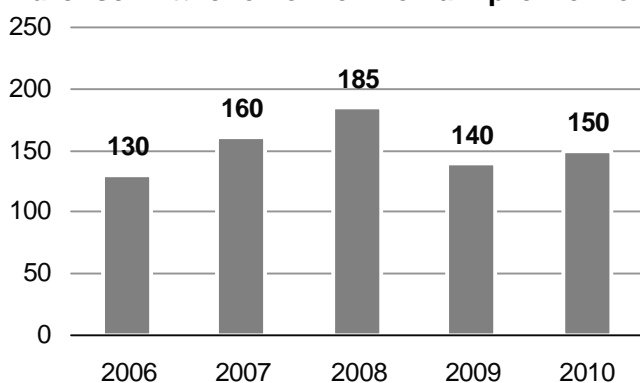
## 1.5.2 Rechtsextremistische Konzerte

Die Anzahl rechtsextremistischer Konzerte bewegt sich im Freistaat Sachsen weiterhin auf einem hohen Niveau. Im Berichtsjahr wurde mit 48 geplanten und bekannt gewordenen rechtsextremistischen Konzerten der höchste Stand der letzten fünf Jahre verzeichnet. Von diesen 48 wurden 41 Veranstaltungen durchgeführt. Ein Konzert wurde nach Beginn von der Polizei aufgelöst, sechs weitere geplante Konzerte wurden verhindert. Die durchschnittliche Teilnehmerzahl lag bei ca. 150 Personen pro Konzert.

**Rechtsextremistische Konzerte im Freistaat Sachsen**



**Durchschnittliche Teilnehmerzahl pro Konzert**



Wie bereits in den vergangenen Jahren ist der Zugang zu so genannte Szene-Objekte entscheidend für die Durchführbarkeit rechtsextremistischer Konzerte im Freistaat Sachsen. So wurden 2010 erneut die Mehrzahl der Veranstaltungen (77 %) in Szene-Objekten geplant. Das bereits im Vorjahr entsprechend genutzte Szene-Lokal in Rothenburg (Landkreis Görlitz) nimmt dabei mit 15 geplanten rechtsextremistischen Konzerten (eine vorzeitig aufgelöste und 14 durchgeführte Veranstaltungen) eine zentrale Position ein.

## 1.5.3 Von Rechtsextremisten betriebene Internetradios

Der bereits in den vergangenen Jahren zu beobachtende Trend der Zunahme der von sächsischen Rechtsextremisten betriebenen und genutzten Internetradios hat sich im Berichtsjahr noch einmal erheblich verstärkt. So hat sich die Anzahl der Internetradios, die von Rechtsextremisten aus Sachsen betrieben werden, mehr als verdoppelt: auf nunmehr zwölf gegenüber fünf im Jahr 2009. Darüber hinaus beteiligten sich sächsische Administratoren und Moderatoren zunehmend an einer Vielzahl von bundesweit betriebenen Internetradios. Die Internetradios haben wichtige Funktionen. Zum einen wird durch sie die Vernetzung der rechtsextremistischen Szene gestärkt und die Kontaktaufnahme zu Gleichgesinnten z. B. über Foren erheblich vereinfacht. Zum anderen soll durch die Nutzung dieser zeitgemäßen Technologie vorwiegend jungen Menschen rechtsextremistisches Gedankengut vermittelt werden.

Ziel der Betreiber ist es, die Zuhörerzahlen zu steigern. Hierzu sollen die verbesserten Präsentationen der Radios beitragen. Aber auch die im Berichtsjahr zu beobachtende Zusammenarbeit einzelner rechtsextremistischer Internetradios verfolgt das Ziel, den Bekanntheitsgrad zu erhöhen und damit eine Steigerung der Zuhörerzahl zu erreichen. Der Zuhörerkreis jedes einzelnen Internetradios ist aus technischen Gründen jedoch auf wenige hundert Nutzer beschränkt. Die tatsächliche Zuhörerzahl der Radios bewegt sich im zweistelligen Bereich.

Über die Internetradios werden vielfach straf- und jugendschutzrechtlich relevante Musiktitel und Moderationsbeiträge verbreitet. So ermittelte im Berichtsjahr beispielsweise die Staatsanwaltschaft Koblenz gegen die Betreiber des rechtsextremistischen WIDERSTAND RADIO wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung, Volksverhetzung und weiterer Straftaten. In diesem Zusammenhang erfolgten bundesweite Durchsuchungsmaßnahmen.

Erkenntnisse des LfV Sachsen über Verstöße der Internetradios gegen straf- oder jugendschutzrechtliche Bestimmungen werden regelmäßig den Strafverfolgungsbehörden übermittelt.

#### **1.5.4 Rechtsextremistische Vertriebszene**

Subkulturell geprägte und andere Rechtsextremisten sind bestrebt, ihren Lebensstil auszuleben und nach außen zu dokumentieren. Daher erzeugen sie eine starke Nachfrage nach einschlägigen Tonträgern, Bekleidung, Druckerzeugnissen, Schmuck und weiterem Material. Speziell Textilien mit szenetypischen Aufdrucken und entsprechender Gestaltung sollen die eigene Weltanschauung nach außen kommunizieren.

Diese Nachfrage wird durch rechtsextremistische Vertriebsunternehmen bedient, die ihr stetig wachsendes Sortiment einseitig auf die Bedürfnisse der rechtsextremistischen Szene ausgerichtet haben.

Die rechtsextremistische Vertriebszene hat sich im Freistaat Sachsen weiter etablieren können. Nach wie vor ist die hiesige Vertriebszene im Bundesvergleich überdurchschnittlich stark ausgeprägt.

Zwar ging die Zahl der hier ansässigen rechtsextremistischen Vertriebsunternehmen im Jahr 2010 leicht zurück: auf nunmehr 17 gegenüber 21 im Jahr 2009. Jedoch gründeten zumeist bestehende Vertriebe neue Online-Versandgeschäfte, so dass sich die Angebotsvielfalt insgesamt erhöht hat.

Neben wenig bekannten Online-Vertrieben und Szene-Läden mit nur regionalem Einzugskreis existieren in Sachsen auch mehrere bundesweit bedeutende Vertriebsunternehmen. Diese verfügen über einen großen Kundenkreis im In- und Ausland sowie sechsstelligen Umsätze und hohe Gewinne.

Teile der Gewinne fließen in die rechtsextremistische Szene zurück und werden zur Finanzierung verschiedener Aktivitäten verwandt. Dadurch entwickeln sich die rechtsextremistischen Vertriebe zu einem der wichtigsten Knotenpunkte szenointerner Geldströme. Nahezu jede größere Aktion, Initiative oder Veranstaltung der rechtsextremistischen Szene – etwa die „Aktionswoche 13. Februar“ oder der „Sachsentag“ der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) – findet mit Unterstützung durch die Vertriebe statt. Auch die HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE UND POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE e. V. (HNG) wird von mehreren Vertrieben unterstützt.

Steigende Gewinne der Vertriebe ermöglichen darüber hinaus auch den Kauf von Immobilien, die der rechtsextremistischen Szene zur Verfügung gestellt werden. Diese kann dadurch ihre Strukturen festigen und ihre Aktivitäten ausweiten. So erwarb im Berichtsjahr der Inhaber eines bedeutenden rechtsextremistischen Vertriebs ein Objekt in Chemnitz, das offenbar zum Treff- und Veranstaltungsobjekt der rechtsextremistischen Szene ausgebaut werden soll.

Die bereits in den vergangenen Jahren zu beobachtende starke Fluktuation bei der sächsischen rechtsextremistischen Vertriebszene hat sich auch im Jahr 2010 fortgesetzt. So wur-

den zwei hiesige Unternehmen von bayerischen Betreibern übernommen. Im Gegenzug wurde ein bayerischer Online-Handel in ein sächsisches Vertriebsgewerbe eingegliedert. Die Neugründungen von fünf Online-Vertrieben und einem Ladengeschäft erfolgten zumeist durch bestehende Vertriebsunternehmen.

Drei rechtsextremistische Vertriebe aus Sachsen treten zugleich als Produzenten von rechtsextremistischer Szene-Musik auf. Diese sächsischen Labels zählen zu den bundesweit bedeutendsten. So veröffentlichten sie im Jahr 2010 – wie schon im Vorjahr – knapp 40 Tonträger. Die Tonträger enthielten Beiträge von zumeist rechtsextremistischen Bands und Liedermachern. Die einzelnen Auflagen schwankten zwischen mehreren hundert bis wenigen tausend Stück.

Mehrere Inhaber rechtsextremistischer Vertriebsunternehmen gründeten weitere Gewerbebetriebe ohne Extremismusbezug. Mit diesen erschließen sie sich entweder ein ähnliches Geschäftsfeld – etwa den Textildruck – oder auch neue Branchen, etwa bei der Eröffnung eines Tattoo-Studios.

Neben der wirtschaftlichen Absicherung des rechtsextremistischen Vertriebs werden durch unverfängliche Werbeauftritte oder Homepages neue Kundenpotenziale außerhalb der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene erschlossen. Ferner bietet man Szeneangehörigen die Möglichkeit zum „ideologisch korrekten Einkauf“. Als zusätzlicher Nebeneffekt können Beschäftigungsverhältnisse speziell für Rechtsextremisten entstehen. So verfügt allein die hiesige rechtsextremistische Vertriebsszene über etwa drei bis vier Dutzend Mitarbeiter, die sie bevorzugt aus der rechtsextremistischen Szene rekrutiert hat.

Auch im Jahr 2010 fielen wieder Hinweise auf konspirative Vertriebsstrukturen an. Diese handeln erfahrungsgemäß mit Tonträgern in kleinerer Stückzahl und offerieren ihr Material im persönlichen Kontakt, so etwa bei Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene wie Konzerten oder über Internet-Tauschbörsen. Die dabei angebotene Produktpalette erfüllt hinsichtlich ihrer Gestaltung und der Textinhalte vielfach Straftatbestände. Unverhohlen werden verbotene Symbole wie Hakenkreuze auf Covers und in Booklets dargestellt, die Texte enthalten häufig rassistische und volksverhetzende Aussagen.

Darüber hinaus nutzen sächsische Rechtsextremisten auch Angebote ausländischer Vertriebsunternehmen. Deren teilweise gezielt auf den deutschen Markt ausgerichtete Sortimente können über das Internet erworben werden. Häufig finden sich darin auch Artikel, die nach deutschem Recht verboten sind, aber im Ausland hergestellt und angeboten werden dürfen. Darüber hinaus können Tonträger und weiteres szenerelevantes Material auch im benachbarten Ausland vor Ort erworben werden.

### **1.5.5 Fanzines der rechtsextremistischen Szene**

Fanzines sind Printmedien der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene. Vor allem in der Skinheadszenen waren sie in der Vergangenheit ein wichtiges Kommunikationsmittel. Mit der verstärkten Nutzung des Internets nahm die Bedeutung der Fanzines in den letzten Jahren jedoch ab. Ehemals etablierte Publikationen wurden eingestellt, neuere erschienen nur über einen begrenzten Zeitraum und mit wenigen Ausgaben. Trotzdem sind die Fanzines auch heute noch ein Medium, das auch rechtsextremistische Inhalte transportiert.


Nachdem im Jahr 2008 erstmals kein einziges Fanzine sächsischer Rechtsextremisten veröffentlicht worden war, kamen 2009 erste Ausgaben der neuen Publikationen FÜR IMMER UND EWIG und FREIES CHEMNITZ heraus. Auch im Berichtsjahr wurde je eine weitere Ausgabe dieser Fanzines herausgegeben.

Die inhaltlichen Schwerpunkte beider Publikationen liegen in der Berichterstattung zur rechtsextremistischen Musikszene. Dabei werden auch Versatzstücke rechtsextremistischer Ideologie transportiert. So erklärt die rechtsextremistische Band SACHSONIA aus Dresden im Fanzine FÜR IMMER UND EWIG: „Sicherlich bezeichnen wir uns in gewisser Weise als Skinheads, sind in aller erster Linie aber freiheitsliebende, für nationalen Sozialismus einste-

hende Deutsche.“<sup>50</sup> In der aktuellen Ausgabe des Fanzines Das FREIE CHEMNITZ heißt es z. B. „Und wenn es unbequem ist, wir müssen treu und konsequent zum Nationalen Sozialismus stehen“<sup>51</sup>.

## 1.6 Sonstige rechtsextremistische Gruppierungen

### 1.6.1 JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTDEUTSCHLAND e. V. (JLO) Landesverband Sachsen/Niederschlesien

Mitglieder 2010 in Sachsen:	ca. 20
Mitglieder 2009 in Sachsen:	ca. 20
Kennzeichen:	
Publikation:	keine

#### Charakterisierung und Bedeutung

Der rechtsextremistische Landesverband Sachsen/Niederschlesien der JUNGEN LANDSMANNSCHAFT OSTDEUTSCHLAND e. V. (JLO) hat unverändert nur wenige Mitglieder.

Allerdings fungiert er seit Jahren als Anmelder und Mitorganisator des jährlichen „Trauermarsches“ von Rechtsextremisten anlässlich des Jahrestages der Bombardierung der Stadt Dresden am 13. Februar 1945. Die Veranstaltung hat sich mittlerweile zur größten öffentlichkeitswirksamen Demonstration von Rechtsextremisten in Deutschland entwickelt. Sie besitzt innerhalb der rechtsextremistischen Szene einen hohen Stellenwert. Im Jahr 2009 erreichte sie mit etwa 6.500 Teilnehmern die bislang höchste Beteiligung.

Darüber hinaus führt der Landesverband einzelne Vortragsveranstaltungen durch. Weiterhin zählt er Reisen ins „besetzte Ostpreußen“, Sonnenwendfeiern, Wanderungen, Grill- und Volksliedabende zu seinen Aktivitäten.

Die Organisation will insbesondere jüngere Menschen zwischen 14 und 35 Jahren erreichen.

#### Ideologie

Programmatisch gibt der Landesverband der JLO seine extremistische Zielsetzung nicht offensichtlich zu erkennen, deutet allerdings revisionistische Gebietsansprüche an. Seinen Grundsätzen zufolge will er die „nationale Einheit aller Deutschen wahren und vollenden“. Er sieht sich dabei zu besonderer Solidarität gegenüber der „deutschen Volksgruppe östlich von Oder und Neiße“ verpflichtet.

Im politischen Verhalten des JLO-Landesverbandes ist jedoch eine enge und mit deutlichen Übereinstimmungen verbundene Zusammenarbeit mit rechtsextremistischen Organisationen und Parteien erkennbar. Dies zeigt sich insbesondere bei der Organisation des jährlichen „Trauermarsches“. Daran sind u. a. auch Mitglieder der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD), deren Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) und Angehörige der FREIEN KRÄFTE beteiligt.

Die enge Verflechtung und Verbundenheit mit der rechtsextremistischen Szene wird auch bei anderen Aktivitäten deutlich. So wurde bei einer Vortragsveranstaltung der JLO im August 2010 u. a. über die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine „neue deutsche Volksgemeinschaft“ referiert.

<sup>50</sup> FÜR IMMER UND EWIG, Ausgabe 3 / Juni 2010, Seite 32. Schreibweise wie im Original.

<sup>51</sup> FREIES CHEMNITZ, Ausgabe Nr. 3 / Februar 2010, Seite 22. Schreibweise wie im Original.



## Strukturen

Kontaktadresse des Landesverbandes Sachsen/Niederschlesien der JLO ist ein Postfach in Dresden.

## Aktivitäten

Der JLO Landesverband Sachsen/Niederschlesien meldete auch zum 65. Jahrestag der Bombardierung der Stadt am 13. Februar seinen alljährlichen „Trauermarsch“ an. Erstmals konnte die Veranstaltung allerdings nur als Kundgebung durchgeführt werden. Ursache waren zahlreiche Blockaden von Gegnern des Aufmarsches. Dennoch beteiligten sich mit ca. 6.400 Rechtsextremisten etwa so viele Personen wie im vergangenen Jahr an der Veranstaltung.

Unter den Teilnehmern befanden sich – wie in den Vorjahren – Rechtsextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet sowie aus dem europäischen Ausland. Darunter waren zahlreiche bekannte Funktionäre wie der Bundesvorsitzende der NPD Udo VOIGT und der Neonationalsozialist Thomas WULFF.


Während die Veranstaltung in den vergangenen Jahren sowohl von den Organisatoren als auch den Teilnehmern überwiegend als Erfolg bewertet wurde, überwog im Berichtsjahr die Enttäuschung darüber, dass der Marsch nicht durchgeführt werden konnte. Veranstalter und Teilnehmer gaben sich mit der Durchführung nur einer stationären Kundgebung größtenteils nicht zufrieden. Die Reaktionen reichten von Resignation bis zur Gewaltanwendung. Bereits im Verlauf der Kundgebung wurden von einzelnen Teilnehmern Flaschen und Feuerwerkskörper geworfen und Reizgas gegen die polizeilichen Einsatzkräfte gesprüht. Im Anschluss an die Veranstaltung in Dresden führten zurückreisende Rechtsextremisten in einigen Städten spontane Kundgebungen durch. Bei einer Demonstration in Pirna (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) kam es zu Ausschreitungen. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts des Landfriedensbruchs gem. § 125 Strafgesetzbuch.

Nach dieser empfundenen „Niederlage“ sucht der Landesverband der JLO gemeinsam mit anderen Rechtsextremisten nach einer neuen Strategie, um den „Trauermarsch“ wieder – aus Sicht der Rechtsextremisten – erfolgreich durchführen zu können.

Auch bei einer weiteren im Berichtszeitraum bekannt gewordenen Veranstaltung der JLO wurde der „13. Februar“ thematisiert. Sie führte am 3. Dezember in Dresden eine Vortragsveranstaltung unter dem Motto „Dresden 1945-Daten-Fakten-Opfer“ durch. Dabei wurden u. a. die Rechercheergebnisse der Dresdner Historikerkommission zu den Ereignissen um den 13. Februar 1945 in Frage gestellt.

### 1.6.2 HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE e. V. (HNG)

---

Mitglieder 2010 in Sachsen:	einzelne
Mitglieder 2009 in Sachsen:	einzelne
Mitglieder 2009 bundesweit:	ca. 600
Kennzeichen:	
Publikation:	NACHRICHTEN DER HNG (monatlich)

---

### Charakterisierung und Bedeutung

Die 1979 gegründete HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE e. V. (HNG) ist eine der deutschlandweit größten neonationalsozialistischen Vereinigungen.

Zweck der HNG ist die Unterstützung von inhaftierten Rechtsextremisten, unter denen sich auch zahlreiche Gewalttäter befinden. Dies geschieht, um die Bindung der inhaftierten Rechtsextremisten an die Szene aufrechtzuerhalten, sie in ihrer extremistischen Ideologie zu bestärken und um sie nach Haftentlassung wieder nahtlos in die eigenen Reihen integrieren zu können. Den Inhaftierten soll vermittelt werden, eine Märtyrerrolle auszufüllen, die innerhalb des gesamten rechtsextremistischen Spektrums Beachtung fände.

### **Ideologie**

Ideologisch orientiert sich die HNG – wie das bundesweite neonationalsozialistische Spektrum – am Nationalsozialismus in der Zeit des Dritten Reiches. HNG-Mitglieder lehnen dementsprechend die freiheitliche demokratische Grundordnung ab und streben einen ethnisch homogenen und autoritären „Führerstaat“ an.

Auch gebietsrevisionistische und sozialdarwinistische Auffassungen spielen innerhalb der HNG eine bedeutsame Rolle.

### **Strukturen**

Mit ca. 600 Mitgliedern (2009) verfügt die HNG bundesweit über ein seit Jahren stabiles Potenzial, dem Angehörige aus allen rechtsextremistischen Lagern zuzurechnen sind. Dazu zählen auch vereinzelte Rechtsextremisten aus dem Freistaat Sachsen.

### **Aktivitäten**

Schwerpunkt der Vereinstätigkeit ist die monatliche Herausgabe der Publikation NACHRICHTEN DER HNG. Darin wird u. a. über bedeutsame Szeneereignisse und Veranstaltungen berichtet, Leserbriefe werden veröffentlicht und Rechtsberatungen vorgenommen. Die HNG führt jährlich eine Jahreshauptversammlung durch.

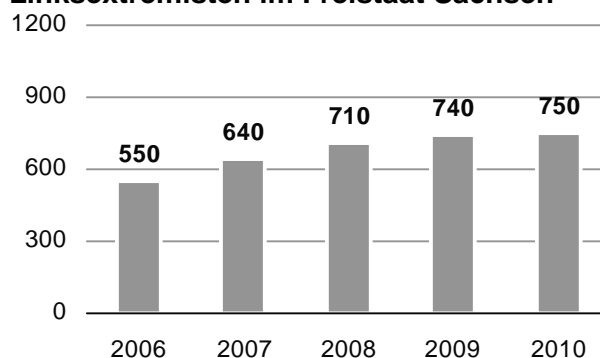
Auf Grund eines vereinsrechtlichen Ermittlungsverfahrens gegen die HNG führte das Bundesministerium des Innern (BMI) im Jahr 2010 in mehreren Bundesländern Durchsuchungsmaßnahmen durch. Im Freistaat Sachsen kam es in diesem Zusammenhang zu keinen Durchsuchungen.

## 2. Linksextremismus

### 2.1 Überblick in Zahlen<sup>52</sup>

Die Anzahl der Personen, die im Freistaat Sachsen linksextremistischen Bestrebungen zugerechnet werden, ist von ca. 740 im Jahr 2009 auf ca. 750 Personen im Berichtsjahr nur leicht gestiegen. Der Aufwärtstrend der vergangenen Jahre setzte sich damit auch im Berichtsjahr fort. Er verlangsamte sich jedoch im Vergleich zu den Vorjahren weiter.

**Linksextremisten im Freistaat Sachsen**



Das größte Potenzial innerhalb der linksextremistischen Bestrebungen im Freistaat Sachsen bilden unverändert die AUTONOMEN. Bei der autonomen Szene ist seit 2004 ein stetiger Anstieg des Potenzials zu verzeichnen. Im Berichtsjahr konnten der sächsischen autonomen Szene ca. 370 Personen zugerechnet werden (2009: ca. 360). Der aktuelle Zuwachs resultiert aus einer leichten Zunahme des Personenpotenzials in Dresden. Im Gegensatz dazu verlor die autonome Szene in Leipzig an Anhängerschaft. Grund dafür dürften insbesondere das Fehlen mobilisierungsstarker Gruppierungen sowie die im Berichtsjahr weitgehend ausgebliebenen größeren öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten sein. Anders als im Jahr 2009 konnte ein weiteres Anwachsen der autonomen Szene außerhalb der Großstädte 2010 nicht festgestellt werden.

Die Gesamtzahl der Mitglieder bei den linksextremistischen Parteien und innerparteilichen Zusammenschlüssen sank im Berichtsjahr erneut um ca. 4 % auf 250 Personen (2009: ca. 260). Ursache ist ein weiterer Mitgliederrückgang bei der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD-Ost). Diese verliert in Sachsen weiter an Bedeutung. Die zahlenmäßig stärkste Gruppierung in diesem Bereich, die KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE (KPF), konnte ihr Mitgliederpotenzial dagegen stabil halten.

Die den „Sonstigen linksextremistischen Gruppierungen“ zuzurechnende Anhängerschaft stieg um ca. 8 % auf ca. 130 Personen<sup>53</sup> (2009: ca. 120).

<sup>52</sup> Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet. Den Verfassungsschutzbehörden liegen nicht zu allen in den Zahlenangaben erfassten Personen Einzelerkenntnisse vor. Grund hierfür ist der Auftrag der Strukturbeobachtung; umfassende personenbezogene Erkenntnisse zur gesamten Mitgliedschaft der beobachteten Organisationen sind dafür nicht immer zwingend erforderlich.

<sup>53</sup> Die Gesamtsumme berücksichtigt die vor allem beim ROTEN HILFE e. V. anzutreffenden Mehrfachmitgliedschaften.

**Anzahl der Linksextremisten im Freistaat Sachsen  
(insgesamt: ca. 750<sup>54</sup> [2009: ca. 740 / bundesweit 2009: ca. 31.600])**

<b>Linksextremistische Parteien und innerparteiliche Zusammenschlüsse</b>	<b>Gewaltbereite Linksextremisten / AUTONOME</b>	<b>Sonstige linksextremistische Gruppierungen</b>
2010: ca. 250 2009: ca. 260	2010: ca. 370 2009: ca. 360	2010: ca. 130 <sup>55</sup> 2009: ca. 120

davon u. a.:

davon u. a.:

<b>KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD-Ost)</b> 2010: ca. 20 2009: ca. 30	<b>ROTE HILFE e. V.</b> 2010: ca. 140 <sup>56</sup> 2009: ca. 140 <sup>56</sup>
<b>DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP)</b> 2010: ca. 40 2009: ca. 40	<b>Andere trotzkistische, marxistische und anarchistische Gruppierungen</b> 2010: ca. 60 2009: ca. 50
<b>KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE (KPF)</b> 2010: ca. 160 2009: ca. 160	
<b>MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD)</b> 2010: ca. 30 2009: ca. 30	

## 2.2 Entwicklungstendenzen im Linksextremismus

Die AUTONOMEN prägten auch im Jahr 2010 das Erscheinungsbild des Linksextremismus im Freistaat Sachsen.

### Anstieg von Gewalttaten durch die autonome Szene

Die auffälligste Entwicklung zeigte sich bei den der autonomen Szene zuzurechnenden Gewalttaten. 2010 wurden im Freistaat Sachsen deutlich mehr linksextremistische Gewaltstraftaten festgestellt als 2009. Bereits im August des Jahres wurde der Vorjahresstand eingeholt. Insgesamt beläuft sich die Zahl der polizeilich registrierten diesbezüglichen Gewaltstraftaten auf 128. Dies ist der höchste Stand seit 2005. Die Zunahme der Gewalttaten ist Folge einer immer schärfer geführten Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und einer stärkeren Mobilisierung gewaltbereiter Linksextremisten zu Ereignissen, die Gelegenheit zu solchen Taten geben.

Damit unterscheidet sich die Entwicklung im Berichtszeitraum von der in den Vorjahren. Bei den Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund war eine kontinuierliche Steigerung in

<sup>54</sup> Ohne Mehrfachmitgliedschaften.

<sup>55</sup> Ohne Mehrfachmitgliedschaften.

<sup>56</sup> Dabei handelt es sich zum großen Teil um Mehrfachmitgliedschaften in verschiedenen linksextremistischen Bereichen.

den vergangenen Jahren zu verzeichnen, wohingegen es bei den Gewalttaten keine signifikanten Veränderungen gab. 2010 ging die Anzahl der polizeilich registrierten Straftaten zurück auf 480, während die der linksextremistisch motivierten Gewalttaten auf 128 angestiegen ist. Der Anteil der linksextremistischen Gewalttaten an den linksextremistischen Straftaten lag im Jahr 2010 bei ca. 27 % und damit höher als in den Vorjahren (2008 und 2009 jeweils 17%).

Die Gewalt richtet sich in erster Linie gegen den politischen Gegner und – im geringeren Maße – gegen Polizeibeamte. Im Jahr 2010 wurden für den Freistaat Sachsen 68 gegen den politischen Gegner gerichtete Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund registriert.

Tatumfeld für die Gewalttaten sind in der Regel Demonstrationen. In erster Linie handelt es sich bei den festgestellten Gewalttaten, um Körperverletzungsdelikte und Widerstandshandlungen. Allein bei den Aktivitäten gegen den Aufmarsch der rechtsextremistischen JUNGEN LANDSMANNSCHAFT OSTDEUTSCHLAND e. V. (JLO) am 13. Februar 2010 in Dresden wurden 55 Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund festgestellt (2009: 39 Gewalttaten).

Aber auch abseits vom Demonstrationsgeschehen wurde Gewalt eingesetzt. So beispielsweise bei einer Brandstiftung am 2. Juli 2010 in Döbeln, als ein Pkw einer der rechtsextremistischen Szene zugerechneten Person in Brand gesetzt wurde. Auf einem daneben geparkten Pkw war dabei der Schriftzug „Wer Nazi ist, kriegt Probleme. Viele Grüße Antifa“ aufgebracht worden.

Parallel zu dem Anstieg der Gewaltstraftaten sind in den autonomen Szeneblättern INTERIM und RADIKAL militante Aktionen thematisiert worden. So wurden Herstellungsanleitungen für Brandsätze etc. veröffentlicht und Aktionsformen unter Einsatz von Gewalt diskutiert. Im Mittelpunkt dieser Debatte, an der sich in den Vorjahren auch sächsische AUTONOME in der Zeitschrift PHASE 2 beteiligt hatten, steht nicht die Frage nach der grundsätzlichen Rechtfertigung des Einsatzes von Gewalt zur Erreichung radikaler politischer Ziele – diese wird in der autonomen Szene vorausgesetzt –, sondern die Begründung konkreter Aktionen, deren Vermittelbarkeit und Einbindung in politische Kampagnen.

Diese Entwicklung belegt sowohl ein gesteigertes Aggressionsniveau gegenüber dem politischen Gegner und der Polizei als auch eine Nichtanerkennung des staatlichen Gewaltmonopols seitens der Linksextremisten.

### **Charakteristische Entwicklungen der autonomen Szene**

Die autonomen Zentren in Leipzig und Dresden haben sich weiter stabilisiert. In der Dresdner Szene dominieren nicht mehr die antideutsch<sup>57</sup> ausgerichteten AUTONOMEN. Durch die erfolgreiche Blockade des Trauermarsches der JLO konnten sich andere Akteure der autonomen Szene profilieren. Dieser Wechsel hat sich als entscheidende Bedingung für das Eingehen eines Bündnisses mit Nichtextremisten erwiesen, das auf einen gemeinsamen Aktionskonsens gestützt ist.

Die stärker antideutsch orientierte autonome Szene in Leipzig ist auf Grund ihrer ideologischen Festlegung und der Aufsplitterung in Kleingruppen weniger bereit, Bündnisse mit nicht antideutschen Autonomen oder Nichtextremisten einzugehen, was deren Aktions- und Mobilisierungspotenzial der Szene 2010 begrenzt hat.

Eine deutlich kleinere autonome Szene besteht in Chemnitz. In Mittel- und Kleinstädten sowie dem ländlichen Raum existieren einzelne autonome Szenen. Während sich im Vorjahr die Aktionen dieser autonomen Szenen vorwiegend auf die Mobilisierung zu Ereignissen in den Großstädten beschränkte, hat es im Berichtszeitraum vereinzelte eigenständige Aktionen in Klein- und Mittelstädten gegeben. Zwischen den lokalen Szenen bestehen zwar viel-

<sup>57</sup>

Näheres zu den „Antideutschen“ und antiimperialistischen AUTONOMEN siehe Broschüre des LfV Sachsen: „Autonome im Freistaat Sachsen“, Dresden 2010, S. 6 f. Abrufbar unter <http://www.verfassungsschutz.sachsen.de>.

fältige Kontakte und Verbindungen, aber auch im Jahr 2010 hat sich kein organisatorischer Rahmen entwickelt, der sie verbinden könnte. Ein Anstoß zu einer stärkeren Vernetzung ist offensichtlich auch nicht von dem „Antifa-Kongress“ am 28./29. November 2010 in Chemnitz ausgegangen, an dem unter anderem AUTONOME teilgenommen haben.

## **Aktionsfelder**

Wie bereits in den vergangenen Jahren stand auch im Berichtszeitraum wieder das Aktionsfeld „Antifaschismus“ im Mittelpunkt der Aktivitäten der sächsischen AUTONOMEN. In Dresden hat der Bedeutungsverlust der vormals Ton angegebenden „Antideutschen“ dazu geführt, dass 2010 bei den Protestaktionen am 13. Februar die Verhinderung des Aufzuges der Rechtsextremisten im Vordergrund stand und nicht das traditionelle Anliegen der „Antideutschen“ – der Protest gegen das Opfergedenken.

Der Kampf gegen „Rechts“ erschöpft das Aktionspotenzial der autonomen Szene in Sachsen weitgehend. Andere Themen nehmen einen deutlich geringeren Stellenwert ein.

Im Rahmen des Bemühens um autonome „Freiräume“ ereigneten sich im Berichtszeitraum mehreren Hausbesetzungen, die jedoch nur von kurzer Dauer waren. In diesem Zusammenhang ist es vereinzelt auch zu Solidaritätsaktionen gekommen, wie z. B. am 28. Januar 2011 im Leipziger Stadtteil Connewitz. Dort hatten ca. 80 Personen, darunter Vermummte, eine unangemeldete Demonstration durchgeführt, die sich gegen die angekündigte Räumung eines Objektes in Berlin gerichtet hatte.

Auf den Aktionsfeldern „Antirepression“ und „Antimilitarismus“ waren kaum nennenswerte Aktivitäten feststellbar. So konnte zur Bundeswehrtagung im November in Dresden nicht zu wirksamen Gegenaktionen mobilisiert werden.

Für Ereignisse außerhalb Sachsens, an denen AUTONOME beteiligt waren, wie etwa die Proteste gegen die Innenministerkonferenz im November in Hamburg oder die Teilnahme an den Protesten gegen Castor-Transporte, konnte nur eine geringe Mobilisierung in Sachsen festgestellt werden.

## **Aktionsformen**


Die Verhinderung des Aufmarsches der JLO am 13. Februar bewertete die Szene als spektakulären Erfolg und zugleich als beispielhaftes taktisches Vorgehen der beteiligten AUTONOMEN. Der Erfolg gründete sich insbesondere auf zwei Faktoren: das auf einen spektrenübergreifenden Aktionskonsens gestützte Bündnis mit Nichtextremisten und das Konzept der (rechtswidrigen) Massenblockade von Verkehrsknotenpunkten. Dieses Vorgehen erwies sich im Vergleich zu den Gegendemonstrationen der Vorjahre als ungleich wirkungsvolleres Mittel. Während die Blockaden wie beabsichtigt gewaltfrei verliefen, hatten AUTONOME im Unterschied zu dem Großteil der friedlichen Demonstranten auf Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung gesetzt. So wurde im Umfeld der Blockaden und auf den Anmarschwegen der Rechtsextremisten gezielt die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner gesucht. Ein wesentlicher Anstieg der Gewalttaten im Berichtszeitraum ist darauf zurückzuführen.

Auch wenn in Dresden Bündnisse über das extremistische Spektrum hinaus erfolgreich waren, war diese Taktik noch kein Vorbild für andere AUTONOME in Sachsen. So agierten Leipziger AUTONOME bei Demonstrationen weiterhin unabhängig von Bündnissen mit Nichtextremisten. Anlässlich einer Kundgebung von Rechtsextremisten am 16. Oktober in Leipzig haben autonome Gruppen ein szeneeinternes Bündnis gebildet, sich aber einer Zusammenarbeit mit einem nicht extremistischen Bündnis verweigert. AUTONOME waren auch hier an einzelnen gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Rechtsextremisten außerhalb des eigentlichen Demonstrationsgeschehens beteiligt.

## 2.3 Linksextremistische Parteien und innerparteiliche Zusammenschlüsse

### 2.3.1 DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP)

---

Mitglieder 2010 in Sachsen:	ca. 40
Mitglieder 2009 in Sachsen:	ca. 40
Mitglieder 2009 bundesweit:	ca. 4.000
Kennzeichen:	
Publikationen:	UNSERE ZEIT (UZ) (Zentralorgan, wöchentlich), LICHTBLICK-MITTEILUNGSBLATT DER DKP LEIPZIG (unregelmäßig)

---

#### Charakterisierung und Bedeutung

Die DKP ist eine linksextremistische Partei. Sie verfügt im Freistaat Sachsen nur über wenige Mitglieder. Zudem entfaltet sie hier kaum Außenwirkung.

#### Ideologie

Die DKP versteht sich selbst als „revolutionäre Partei der Arbeiterklasse“. Sie hält unverändert an ihrem Ziel „Sozialismus / Kommunismus“ als grundlegende Alternative zum Kapitalismus fest und bekennt sich zu den Theorien von Marx, Engels und Lenin als Anleitung für ihr Handeln.<sup>58</sup>

Sie sieht die „kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse“ als Ursache von „Ausbeutung und Entfremdung, Krieg, Verelendung und Zerstörung unserer natürlichen Umwelt“ an. Sie will die bestehenden Verhältnisse in einem revolutionären Umbruch „für eine neue Gesellschaftsordnung, den Sozialismus“ überwinden. Dabei wird der Sozialismus als Zwischenschritt zum Kommunismus betrachtet. Im Programm heißt es dazu: „Als erste Phase der Gesellschaftsformation ist der Sozialismus zugleich eine Etappe auf dem Weg zum Kommunismus.“<sup>59</sup> Die Vorstufe Sozialismus kann ihrem Verständnis nach nicht über Reformen, sondern nur durch tief greifende Umgestaltungen und die „revolutionäre Überwindung“<sup>60</sup> der Gesellschaftsordnung erreicht werden, die von der DKP als kapitalistische(n) Eigentums- und Machtverhältnisse<sup>61</sup> wahrgenommen wird.

#### Strukturen

Auf Grund ihrer dauerhaft geringen Mitgliederzahl ist die DKP im Freistaat Sachsen nicht als Landesverband organisiert. Zwar kam im Berichtsjahr zu den bereits bestehenden DKP-Gruppen Leipzig, Dresden, Zwickau und Erzgebirge/Vogtland die neue Gruppe Kreis Leipzig hinzu. Auf Grund der Fluktuation von Mitgliedern konnte dennoch kein Mitgliederzuwachs erreicht werden.

#### Aktivitäten

Auf ihrem 19. Parteitag wählte die DKP am 9./10. Oktober 2010 in Frankfurt am Main (Hessen) einen neuen Vorstand und erstmals eine Frau als Vorsitzende. Diese ging in ihrem Parteitagreferat auf die zentrale Frage ein, bei der die Partei aktuell in zwei Fraktionen geteilt ist: das Verhältnis der DKP zu gesellschaftlichen Bewegungen. Während sich ein Parteiflügel für gewerkschaftliche Allianzen und die Bildung breiter Bündnisse ausspricht, lehnt der

---

<sup>58</sup> Programm der DKP, 2006, Seiten 1 ff.

<sup>59</sup> Ebenda, Seite 7.


<sup>60</sup> Ebenda Seite 7.

<sup>61</sup> Ebenda Seite 7.

andere eine solche Öffnung ab und fordert stattdessen eine Rückbesinnung auf eine tradierte, vermeintlich unverfälschte Lehre des Marxismus-Leninismus. Für 2011 strebt die DKP eine Klärung der inhaltlichen Debatte an. Im neuen Parteivorstand sind beide Strömungen vertreten.

Im Freistaat Sachsen war die DKP lediglich anlässlich der Blockade des Aufmarsches von Rechtsextremisten am 13. Februar in Dresden aktiv. Hier waren neben sächsischen Parteianhängern auch DKP-Mitglieder und Funktionäre aus anderen Bundesländern vertreten.

### 2.3.2 MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD)

Mitglieder 2010 in Sachsen:	ca. 30
Mitglieder 2009 in Sachsen:	ca. 30
Mitglieder 2009 bundesweit:	ca. 2.000
Kennzeichen:	
Publikationen:	ROTE FAHNE (RF) (Zentralorgan, wöchentlich), STIMME VON UND FÜR ELBE-SAALE - ZEITUNG DER MLPD FÜR SACHSEN, SACHSEN-ANHALT UND THÜRINGEN (unregelmäßig)

#### Charakterisierung und Bedeutung

Die maoistisch-stalinistisch geprägte MLPD ist eine linksextremistische Partei. Ihre Mitgliederzahl stagniert im Freistaat Sachsen auf niedrigem Niveau. Der politische Einfluss der Partei ist hier gering.

#### Ideologie

Die MLPD hält unverändert an ihrer politisch-ideologischen Linie und an der Notwendigkeit des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse fest. Ihr Ziel „ist der revolutionäre Sturz der Diktatur des Monopolkapitals und die Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft“.<sup>62</sup>

#### Strukturen

Die MLPD ist in den Städten Dresden und Leipzig vertreten. Der Sitz der Geschäftsstelle des Landesverbandes Elbe-Saale befindet sich in Leipzig.

Die erklärte Absicht, verstärkt Betriebsgruppen in Großunternehmen aufzubauen, konnte sie bisher nicht umsetzen.

#### Aktivitäten

Nachdem die MLPD im Vorjahr im Rahmen der Bundestagswahl verstärkt in die Öffentlichkeit trat, war sie im Berichtsjahr im Freistaat Sachsen kaum wahrnehmbar. Sie trat einzig im Rahmen der Aktivitäten gegen den Aufmarsch von Rechtsextremisten am 13. Februar in Dresden in Erscheinung und beteiligte sich aktiv an den Blockaden. Dazu hatte sie selbst unter der Losung „Keinen Fußbreit den Faschisten“ aufgerufen.

### 2.3.3 Linksextremistische Strömungen innerhalb der Partei DIE LINKE.


Die Partei DIE LINKE. ist in Sachsen in ihrer Gesamtheit nicht extremistisch. Es gibt allerdings in der Partei DIE LINKE. extremistische Personenzusammenschlüsse, deren Ziel eine sozialistisch-kommunistische Staats- und Gesellschaftsordnung ist. Das sind in Sachsen die

<sup>62</sup> Präambel zum Statut der MLPD, Internetseite der MLPD, abgerufen am 10. November 2010.



KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE (KPF) und das MARXISTISCHE FORUM<sup>63</sup> (MF) Nur diese beiden Gruppen werden durch das Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet. Gemessen an der Gesamtmitgliederzahl der Partei ist die Anzahl derer, die diesen Zusammenschlüssen angehören, allerdings gering. Die KPF ist die mitgliederstärkere und zugleich einflussreichere Strömung von beiden.

### **KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE (KPF)**

Mitglieder 2010 in Sachsen:	ca. 160
Mitglieder 2009 in Sachsen:	ca. 160
Mitglieder 2009 bundesweit:	ca. 1.100
Kennzeichen:	
Publikation:	MITTEILUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE (monatlich)

### **Charakterisierung und Bedeutung**

Die linksextremistische KPF ist gemäß ihrer Satzung ein offen tätiger Zusammenschluss von Kommunistinnen und Kommunisten in der Partei DIE LINKE. Die sächsische KPF zählt bundesweit zu den mitgliederstärksten Landesorganisationen und besitzt dementsprechenden Einfluss innerhalb der KPF.

### **Ideologie**

Die KPF ist eine marxistisch-leninistische Organisation und bekennt sich zum Kommunismus. In einer Selbstdarstellung auf ihrer Internetseite heißt es: „Die Bewahrung und Weiterentwicklung marxistischen Gedankenguts ist wesentliches Anliegen der KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM. Die Plattform tritt (...) für den Sozialismus als Ziel der Veränderungen ein.“

In einem sächsischen Positionspapier der KPF vom April 2010 mit dem Namen „Sozialismus oder Barbarei!“ wird der Weg zum Ziel des Kommunismus wie folgt beschrieben: „Als erste Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation ist der Sozialismus zugleich eine Etappe auf dem Weg zum Kommunismus (...). Die Frage nach dem Weg der Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, also dem scheinbaren Widerspruch von Reform und Revolution, ist für uns eine strategische. Wir treten deshalb für kurz- und mittelfristige Veränderungen im Interesse aller Nichtbesitzenden als auch für die langfristige revolutionäre Überwindung des Kapitalismus ein. Der Übergang zum Kommunismus wird in einem langen Prozess durch den Aufbau des Sozialismus vorbereitet“.<sup>64</sup>

Die KPF befürwortet demnach den Aufbau einer mit dem Grundgesetz nicht zu vereinbarenden kommunistischen Staats- und Gesellschaftsordnung.

Die Bewertung durch die Verfassungsschutzbehörden hat auch das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster bestätigt. Das Gericht kam zu dem Ergebnis, dass die KPF (ebenso wie das MF) verfassungsfeindliche Ziele verfolgt. Die KPF strebe eine sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats im klassisch marxistisch-leninistischen Sinne an. Nach marxistisch-leninistischer Lehre ist die Diktatur des Proletariats eine notwendige Vorstufe zur Erreichung des Kommunismus.<sup>65</sup> Die im Grundgesetz garantierten Menschenrechte, das Recht auf Bildung und Ausübung der parlamentarischen Opposition, die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung sowie das Recht des Vol-

<sup>63</sup> OVG Münster, Urteil vom 13. Februar 2009 (Az. 16 A 845/08), S. 55 sowie BVerwG, Urteil vom 21. Juli 2010 (Az. 6C22.09), S. 23.

<sup>64</sup> Veröffentlicht auf der Internetseite der KPF-Sachsen, Auszug vom 15. April 2010.

<sup>65</sup> OVG Münster a.a.O., S. 52.

kes, die Volksvertretung in allgemeiner und gleicher Wahl zu wählen sind mit der Diktatur des Proletariats nicht zu vereinbaren.<sup>66</sup>

### **Strukturen**

Die KPF ist in Sachsen als landesweiter Zusammenschluss organisiert. Sie unterteilt sich in die regionalen Gruppen Chemnitz, Dresden, Leipzig sowie Ostsachsen. Die Treffen der Regionalgruppen finden größtenteils nicht öffentlich statt.

### **Aktivitäten**

Die sächsische KPF führte im Berichtsjahr zwei Landeskonferenzen durch. Sie begleitete die Programmdebatte in der Partei DIE LINKE. aktiv und sieht in der Beteiligung an der Programmdiskussion auch 2011 die Schwerpunkte ihrer politischer Aktivitäten<sup>67</sup>.

Bundesweit öffentlichkeitswirksam wurde die KPF-interne Auseinandersetzung über den „Umgang mit Aussteigern aus der Naziszene“, an der sich zum Teil auch die sächsische KPF beteiligte. Hintergrund war der im Mai erfolgte Ausschluss eines Mitgliedes mit rechts-extremistischer Vergangenheit aus der KPF-Sachsen durch den Bundeskoordinierungsrat der KPF.

Seit 2010 präsentiert sich der sächsische Landesverband in der Öffentlichkeit mit einer eigenen Internetseite. Wesentliches Informationsmedium für Mitglieder bleiben weiterhin die vom Bundeskoordinierungsrat monatlich herausgegebenen Hefte MITTEILUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER PARTEI DIE LINKE.

Die KPF hält an der Zusammenarbeit mit dem ebenfalls linksextremistischen MF fest und warb auf ihrer Bundeskonferenz im November für eine gemeinsame Podiumsdebatte 2011.

## **2.4 AUTONOME**

### **2.4.1 Charakterisierung und Bedeutung**

Die meisten Linksextremisten im Freistaat Sachsen gehören der autonomen Szene an. Diesem Spektrum sind etwa 370 Personen zuzurechnen. Auch bundesweit stellen AUTONOME den weitaus größten Teil des gewaltbereiten linksextremistischen Potenzials.

Öffentlichkeitswirksam tritt die sächsische autonome Szene vor allem mit Aktionen gegen rechtsextremistische Demonstrationen in Erscheinung. Die gegen den alljährlichen Aufzug von Rechtsextremisten im Zusammenhang mit dem Jahrestag der alliierten Luftangriffe auf Dresden am 13. Februar 1945 gerichteten Proteste haben sich für die Szene zwischenzeitlich zu einem Großereignis von bundesweiter Bedeutung entwickelt. Dabei bestimmen zunehmend bundesweite Aktionsbündnisse auch mit Nichtextremisten die Mobilisierung nach Dresden. Die „Massenblockaden“ am 13. Februar 2010 in Dresden waren von der linksextremistischen Szene als Erfolg gewertet worden. Auch Linksextremisten in anderen Bundesländern versuchen verstärkt, durch eine bundesweite Mobilisierung ein größeres Protestpotenzial für Aktionen gegen den politischen Gegner zu gewinnen. Entgegen diesem Trend setzt die autonome Szene in Leipzig weiter auf eigene, nur innerhalb ihres Kernpotenzials abgestimmte Aktionen und nutzt die Gegenveranstaltungen nichtextremistischer Organisationen und Bündnisse nur als Anlaufpunkte. Dadurch können sich Leipziger AUTONOME gegenüber der Dresdner Szene in ihren Aufrufen deutlich radikaler äußern und den Einsatz von Gewalt offen als legitimes Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele propagieren.

---

<sup>66</sup> Ebenda.

<sup>67</sup> Beschluss der KPF-Landeskonferenz Sachsen vom 11. Dezember 2010. Veröffentlicht auf der Internetseite der KPF Sachsen.

## 2.4.2 Ideologie

AUTONOME verfolgen kein geschlossenes ideologisches oder strategisches Konzept. Ihr Selbstverständnis ist vielmehr von Anti-Haltungen geprägt („antifaschistisch“, „antikapitalistisch“, „antisexistisch“ etc.). Dabei orientieren sie sich oftmals an diffusen anarchistischen oder kommunistischen Ideologiefragmenten. Sie sehen sich als Opposition zum „System“ und streben nach einem hierarchiefreien, selbstbestimmten Leben innerhalb „herrschaftsfreier Räume“ („Autonomie“). Zur Umsetzung ihrer Vorstellungen nutzen sie insbesondere die „Freiräume“, die ihnen besetzte Häuser oder selbst verwaltete Projekte bieten.

Das Gewaltmonopol des Staates wird von AUTONOMEN abgelehnt. Die Propagierung und Anwendung von Gewalt, insbesondere in ihrem „Kampf gegen Rechts“, sind für die Szene identitätsstiftend. „Militanz ist in unseren Augen notwendiger Bestandteil linksradikaler Politik, sowohl im allgemeinen Sinn der konsequenten, kämpferischen Haltung an sich, als auch im engeren Sinn von politischer Gewalt.“<sup>68</sup>

AUTONOME zielen – wie alle Linksextremisten – im Kern auf die Überwindung des „herrschenden Systems“. Der Antifaschismus ist für sie lediglich eines ihrer Aktionsfelder, mit dem sie ihr eigentliches Ziel erreichen wollen. Wenn der Faschismus zwangsläufig die Begleiterscheinung des bestehenden Staatswesens sei, könne erst die Überwindung dieser Staatsform den Faschismus endgültig auslöschen. Der Antifaschismuskampf kann deshalb nicht bei der Bekämpfung von Rechtsextremisten als den unmittelbaren politischen Gegnern Halt machen, sondern erfordert darüber hinaus – wenn er erfolgreich sein soll – den Kampf gegen das System.

In der bundesweit vertriebenen Szenezeitschrift INTERIM heißt es entsprechend: „Radikaler Antifaschismus bedeutet für uns mehr als nur gegen Nazis zu sein. Er bedeutet auch eine unvereinbare Haltung zu diesem System einzunehmen und die gesellschaftlichen Bedingungen radikal zu bekämpfen, welche immer wieder Rassismus, Sozialdarwinismus und letztendlich die Existenz von Neonazis reproduzieren. Daher akzeptieren wir keine gesetzlich vorgeschriebenen Regeln im Kampf gegen Neonazis und für eine herrschaftsfreie Welt.“<sup>69</sup>

Die ANTIFASCHISTISCHE LINKE BERLIN (ALB) drückt dies so aus: „Die autonome Antifa unterscheidet von den Akteuren der demokratischen Zivilgesellschaft die Analyse, dass Faschismus und faschistische Bewegungen nicht als Äußeres, der parlamentarischen Demokratie Wesensfremdes zu verstehen sind, sondern als daraus hervorgehend.“<sup>70</sup>

AUTONOME werden als gewaltbereit eingeschätzt. Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung wird von AUTONOMEN allgemein akzeptiert, insbesondere wenn sie sich gegen den politischen Gegner, die Polizei oder Sachen richtet. Das Gewaltmonopol des Staates gilt AUTONOMEN nicht als unabdingbare zivilisatorische Grundlage des demokratischen Rechtsstaates, sondern als Mechanismus zum Schutz der bestehenden Ordnung und zur Kriminalisierung anderer politischer Vorstellungen.

In Sachsen – und dieser Umstand stellt im Bundesvergleich eine Besonderheit dar – sind nach wie vor – vor allem in Leipzig – die so genannten „antideutschen“ AUTONOMEN aktiv. Die „Antideutschen“<sup>71</sup> lehnen die deutsche Nation entschieden ab. Sie unterstellen ihr ein latentes Großmachstreben, das letztlich zu einem Vierten Reich und zu einer Wiederholung des Dritten Reiches führen würde. Von den anderen AUTONOMEN unterscheidet sie ihre kompromisslose Unterstützung des Staates Israel. Allein dem Staat Israel wird bis zur weltweiten Überwindung des Antisemitismus ein Existenzrecht zugesprochen. Damit grenzen sie sich bewusst von der Mehrheit der AUTONOMEN ab, die eher pro-palästinensisch und israel-

<sup>68</sup> „A.G. Grauacke, Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren“, Berlin 2003, S. 380.

<sup>69</sup> INTERIM vom 11. Juni 2009, Beitrag „Einige Gedanken zu militantem Antifaschismus“.

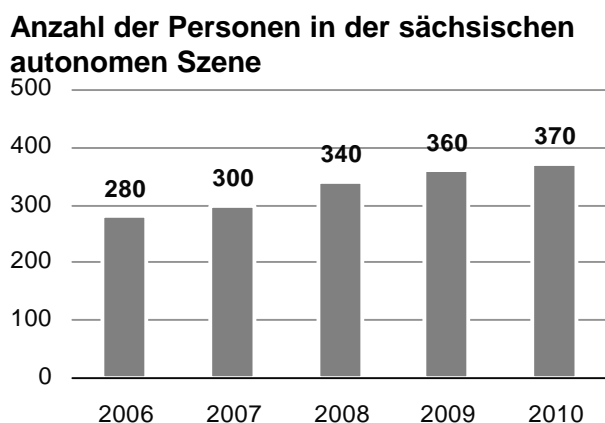
<sup>70</sup> ANTIFASCHISTISCHES INFOBLATT 77 4/2007, Beitrag „... Angriff!“.

<sup>71</sup> Siehe auch entsprechender Absatz im Abschnitt „IV. Glossar des Verfassungsschutzes“ und Broschüre des LfV Sachsen „Autonome Szene im Freistaat Sachsen“, Oktober 2010, S. 6.

kritisch eingestellt sind. Diese Unterschiede haben zur Folge, dass eine Vernetzung mit nicht „antideutsch“ eingestellten AUTONOMEN erschwert wird und das Mobilisierungspotenzial der „Antideutschen“ begrenzt bleibt.

### 2.4.3 Strukturen und Aktivitäten

Seit 2004 steigt die Zahl der AUTONOMEN in Sachsen stetig an. Entscheidend dafür waren u. a. die Wahlergebnisse der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) bei den Kommunal- und Landtagswahlen in Sachsen, die zu einer verstärkten Thematisierung des „Antifaschismuskampfes“ führten. Dadurch gewannen autonome Bestrebungen auch außerhalb der beiden autonomen Zentren Leipzig und Dresden wieder an Bedeutung.



Die Strukturen der autonomen Szene haben sich im Berichtsjahr verändert. Während ehemals die Szene dominierende Gruppen an Bedeutung verloren oder sich aufgelöst haben, sind gleichzeitig neue Gruppen entstanden. Die einzelnen autonomen Gruppierungen sind überwiegend in den örtlichen Szenen aktiv. Sie agieren weitgehend unabhängig voneinander.

#### Autonome Bestrebungen in Dresden – 13. Februar 2010

In Dresden war im Berichtsjahr ein leichter Anstieg des Personenpotenzials der autonomen Szene zu verzeichnen. Mit dem AK ANTIFA IM LIBERTÄREN NETZWERK DRESDEN (kurz: AK ANTIFA, früherer Gruppenname NO PASARÁN! DRESDEN) prägt seit 2010 eine relativ neue Gruppe das Erscheinungsbild der Dresdner autonomen Szene. Diese distanziert sich von den „antideutschen“<sup>72</sup> Positionen der ANTIFA DRESDEN<sup>73</sup>, die in der Vergangenheit den Ton angab. In bewusster Abgrenzung zu ihr definiert sie sich selbst als „antinational“ und „antimilitaristisch“. Gleichzeitig verzichtet sie auf „antideutsche“ Positionen und Slogans, die sich im Kontext des 13. Februar sowohl gegen den Trauermarsch der Rechtsextremisten als auch gegen das Kriegsgopfergedenken bürgerlicher Kreise richten. Durch diesen Verzicht schuf der AK ANTIFA wesentlich bessere Voraussetzungen für Bündnisse auch mit nichtextremistischen Partnern und ein „spektrrenübergreifendes Engagement“ im „Antifaschismuskampf“.

Aber auch der AK ANTIFA lehnt die freiheitliche demokratische Grundordnung ab und fordert indirekt deren Bekämpfung „mit allen Mitteln“.<sup>74</sup> Gewalt ist für die Gruppe taktisches Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele. In diesem Sinne äußerte sie sich zur geplanten Verhinderung eines Aufzuges von Rechtsextremisten am 13. Februar 2010 in Dresden: „Ein Protest, der

<sup>72</sup> Vgl. Broschüre des LfV Sachsen „Autonome Szene im Freistaat Sachsen“, Oktober 2010, S. 6.

<sup>73</sup> Vgl. Broschüre des LfV Sachsen „Autonome Szene im Freistaat Sachsen“, Oktober 2004, S. 20 sowie Sächsische Verfassungsschutzberichte 2009 und 2008.

<sup>74</sup> Internetseite INDYMEDIA, Beitrag „DD Antifaktion gegen Islamrassismus“ des AK ANTIFA DD: „Dieser Staat und sein System fördern und schützen Rassist\_innen. Diesem werden wir uns entgegenstellen. Mit allen Mitteln! Kampf dem Rassismus!“. Abgerufen am 26. Juli 2010.

sich allein auf militante Aktionsformen reduziert, verkennt den Umstand, dass dem Großaufgebot an Polizei und der hohen Anzahl an Neonazis mit rein taktischen Mitteln nicht beizukommen ist.<sup>75</sup>

Als Dresdner vor-Ort-Gruppe eines Bündnisses „no pasarán!“ hatte der AK ANTIFA eine Schlüsselrolle bei der Mobilisierung AUTONOMER zur Verhinderung des Aufzugs.

Neben dem AK ANTIFA gehörten zum Bündnis „no pasarán!“ auch die bereits 2009 anlässlich des 13. Februar in Dresden aktiv gewordene INTERVENTIONISTISCHE LINKE (IL)<sup>76</sup> und die ihr angeschlossenen mobilisierungsstarken linksextremistischen Gruppierungen ANTIFASCHISTISCHE LINKE BERLIN (ALB), FÜR EINE LINKE STRÖMUNG (F.e.I.S. Berlin) und AVANTI – PROJEKT UNDOGMATISCHE LINKE<sup>77</sup>. Dieses Bündnis konnte nahtlos an seine im Jahr 2009 durchgeführten Aktionen anknüpfen. Ein Ziel war es, über die bloße Verhinderung des „Naziaufmarsches“ hinaus, „gesellschaftliche Relevanz, Interventionsfähigkeit und politische Erfolge zu erlangen, um ihrem „Anspruch auf radikale Veränderungen“ Nachdruck zu verleihen.

Als Konsequenz aus den erfolglosen Blockadeversuchen am 14. Februar 2009 legte das Bündnis für 2010 bereits frühzeitig strategische Richtlinien fest. Diese sahen u. a. die Etablierung eines belastbaren Bündnisses mit der „Zivilgesellschaft“ vor. Den organisatorischen Rahmen hierfür lieferte ein Bündnis „Dresden nazifrei!“<sup>78</sup>, dessen Gründung im Herbst 2009 von AUTONOMEN geplant und organisiert worden war. Diesem Aktionsbündnis lag folgende, als „Aktionskonsens“ bezeichnete Absichtserklärung zu Grunde, die allen Beteiligten gleichermaßen gerecht wurde: „Wir leisten zivilen Ungehorsam gegen den Naziaufmarsch. Von uns geht dabei keine Eskalation aus. Unsere Massenblockaden sind Menschenblockaden. Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern.“ Aus der Sicht gewaltbereiter AUTONOMER bedeutete dies, dass alles, was nicht den Charakter einer Menschenblockade hatte – also auch Straf- und Gewalttaten – nicht im direkten Zusammenhang mit den gemeinsamen Blockaden, sondern außerhalb derselben stattfinden sollte, und dass derartige Aktivitäten bündniskonform seien. Auch dürfe es bei den Aktionen keine Trennung „in politischer Hinsicht“ geben. So konnten AUTONOME den „Aktionskonsens“ als Solidaritätserklärung an potenzielle Straf- und Gewalttäter interpretieren. Sie schlossen daher auch Gewalt von vornherein nicht aus: „Wenn sich einige Tausend Faschisten in der Stadt tummeln, kann die Notwendigkeit individueller und massenhafter Selbstverteidigung nicht realistisch ausgeschlossen werden.“<sup>79</sup> Der AK ANTIFA erklärte hierzu, die „Antifa“ habe für den 13. Februar eine „direkte Verteidigung gegen anreisende Nazis“ propagiert, und führte dazu beispielhaft das „Bepöbeln und Bewerfen“ von „Nazis“ an.<sup>80</sup>

Aufbauend auf ihrem Bündnis Konzept setzte die Szene nun nicht mehr auf eine zentrale Demonstration als Ausgangspunkt für Blockadeversuche, sondern auf dezentrale Massenblockaden. „Wir spielen Defensive. Die Faschisten wollen sich bewegen (...). Unsere Aufgabe besteht darin, Straßen und Plätze zu halten, die Feindbewegung zu verlangsamen, zu chaotisieren, zu stoppen und zurückzuwerfen.“<sup>81</sup> Dabei spielten auch Überlegungen eine Rolle, dass es politisch schwer vermittelbar sei, Blockaden mit Tausenden Teilnehmern zu räumen, zu denen zahlreiche nichtextremistische Gegner der Rechtsextremisten gehören.

---

<sup>75</sup> Internetseite des AK ANTIFA, Beitrag „Es geht weiter (...) Dresden 2010“ des Bündnisses „no pasarán!“. Abgerufen am 8. September 2009.

<sup>76</sup> Die IL ist ein Zusammenschluss von Gruppierungen des militanten autonomen / antiimperialistischen Spektrums, revolutionär-marxistischer Organisationen sowie zum Teil langjährig aktiver, nicht ausschließlich linksextremistischer Einzelpersonen.

<sup>77</sup> AVANTI entstand 1989 als Zusammenschluss zweier autonomer Gruppierungen aus Schleswig-Holstein. Ziel der Gruppe ist die revolutionäre Überwindung der bestehenden Gesellschaftsordnung. Vgl. Verfassungsschutzberichte des LfV Hamburg.

<sup>78</sup> Der offizielle Name lautet „Nazifrei! Dresden stellt sich quer“.

<sup>79</sup> Internetseite des AK ANTIFA, Beitrag „Taktik-Kassiber: In Dresden siegen“. Abgerufen am 25. Januar 2010.

<sup>80</sup> Interview der Zeitschrift „TERZ autonome Stadtzeitung für Politik und Kultur in Düsseldorf und Umgebung“, Ausgabe 04/10. Veröffentlicht auf der Internetseite der Zeitschrift am 8. April 2010.

<sup>81</sup> Internetseite des AK ANTIFA, Beitrag „Taktik-Kassiber: In Dresden siegen“. Abgerufen am 25. Januar 2010.

Am 13. Februar 2010 besetzten in der Dresdner Neustadt tausende Menschen, darunter zahlreiche Linksextremisten, an mehreren Stellen die vermutliche Demonstrationsstrecke der Rechtsextremisten. Gleichzeitig trug das „massenhaft militante Agieren von autonomen AntifaschistInnen“ – wie es später im ANTIFASCHISTISCHEN INFOBLATT hieß<sup>82</sup> – im Umfeld der Menschenblockaden zu einer Verschärfung der Lage bei. Es kam zu Angriffen auf anreisende Rechtsextremisten und deren Busse sowie zu Auseinandersetzungen zwischen Anhängern beider Lager. Etwa 300 Personen griffen zudem die Polizei mit Holzlatten und Steinen an.

An anderer Stelle überrannten mehrere hundert AUTONOME eine Polizeikette und verletzten drei Beamte. Außerdem wurden die Scheiben einer Bankfiliale und eines Autohauses zerstört.

Mehrfach war der Bahnverkehr durch Gleisbesetzungen behindert worden. Bereits am Morgen des 13. Februars hatten Unbekannte kurzzeitig den Zugverkehr im Stadtgebiet unterbrochen, indem sie am Rande der Bahnstrecke den Dachstuhl eines leer stehenden Hauses in Brand gesetzt hatten.

Nach Einschätzung der Polizei beteiligten sich am 13. Februar insgesamt etwa 3.000 gewaltbereite Linksextremisten an den Aktionen, darunter ca. 1.000 unmittelbar gewalttätige Personen.

Im Vergleich zu den Protesten im Jahr 2009 begingen Linksextremisten deutlich mehr Gewalttaten, die sich eher gegen politische Gegner als gegen die Polizei richteten. Bei den Tätern dürfte es sich mehrheitlich um sächsische Szeneanhänger gehandelt haben. Zumindest haben etwa 60% der ermittelten Tatverdächtigen ihren Wohnsitz in Sachsen, davon knapp die Hälfte in Dresden und Umgebung.

Nach Einschätzung der Autonomen hat das Konzept der „Massenblockaden“ maßgeblich zur Verhinderung des rechtsextremistischen Aufzuges beigetragen. „Der hier vereinbarte Aktionskonsens und die gleichzeitige Solidaritätserklärung an diejenigen, welche außerhalb von Massenblockaden agieren“ sei „für alle Seiten die Basis einer spektrübergreifenden Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe“ gewesen.<sup>83</sup> Durch „direkte Aktionen“ gegen Nazis hätten andernorts die Blockaden erst erfolgreich durchgeführt werden können. Das ANTIFA-RECHERCHETEAM DRESDEN (ART DRESDEN)<sup>84</sup> hob hervor, dass „viele, die in der umliegenden Gegend auf unterschiedlichste Art und Weise aktiv waren“, zur Verhinderung des Aufzuges der rechtsextremistischen Szene beigetragen hätten.<sup>85</sup>

Unter dem Dach des Aktionsbündnisses „Dresden nazifrei!“, begann auch „no pasarán!“ im Herbst 2010 mit seinen Vorbereitungen für den 13. Februar 2011. Die hierzu auf einer „Aktionskonferenz“ in Dresden vereinbarte Absichtserklärung entspricht weitgehend der als „Aktionskonsens“ bezeichneten Erklärung zum 13. Februar 2010.

Während sich der AK ANTIFA seit seiner Gründung im Jahr 2008 zur derzeit aktivsten autonomen Gruppierung in Dresden entwickelte, spielt die früher dominante ANTIFA DRESDEN, deren Anhänger regelmäßig „antideutschen“ Mobilisierungsansätzen folgen, nun nur noch eine untergeordnete Rolle. Am 13. Februar mobilisierten ihre Anhänger erstmals nicht mehr zu eigenen Aktivitäten, sondern verwiesen lediglich auf die von „no pasarán!“. Allerdings beteiligten sich am Vortag noch etwa 900 Personen an einem Aufzug dieses Spektrums unter dem Motto „Keine Versöhnung mit Deutschland“. Darunter befanden sich auch zahlreiche AUTONOME. Im Veranstaltungsaufwurf „Keine Versöhnung mit Deutschland! Deutsche Täter\_innen sind keine Opfer! Gegen jeden Geschichtsrevisionismus!“ hieß es, dass sich das „bürgerliche Gedenken“ in seiner Grundaussage nicht von dem der Nazis unterscheidet und sich der „Fokus linksradikaler Aktivitäten“ auch dagegen richten müsse.

---

<sup>82</sup> ANTIFASCHISTISCHES INFOBLATT, Ausgabe 1/2010, S. 27, Beitrag „Dresden stellt sich quer“ des ANTIFA RECHERCHE-TEAM DRESDEN.

<sup>83</sup> Internetseite der ALB, Beitrag „Auswertung vom AK ANTIFA zu Dresden 2010“.

<sup>84</sup> Hintergründe zum ART DRESDEN: siehe u. a. Broschüre des LfV Sachsen „Autonome Szene im Freistaat Sachsen“, Oktober 2004, Seite 20.

<sup>85</sup> GAMMA, Ausgabe 186, S. 4, Beitrag „Sie standen! Dresdner JLO-Großaufmarsch erfolgreich blockiert“.

Nach eigener Darstellung übernahm der AK ANTIFA in Dresden „immer mehr auch die kontinuierliche Antifaarbeit“. Bestätigt wird das durch seine Aktivitäten:

- Am 17. Juni 2010 versuchten Linksextremisten erfolglos, einen rechtsextremistischen Aufzug zu verhindern. Die Polizei musste dabei Auseinandersetzungen zwischen Anhängern beider Lager unterbinden. Zuvor hatte der AK ANTIFA zu „entschlossenem Handeln“ aufgefordert.
- Am 17. August 2010 griff eine Gruppe verummter Personen mehrere vermeintliche Rechtsextremisten mit Holzknüppeln an und verletzte sie. An der Kleidung der Angreifer sollen sich Abzeichen mit der Aufschrift „Antifa“ befunden haben.
- Als Reaktion auf die Brandanschläge auf zwei alternative Wohnprojekte im August 2010 mobilisierte der AK ANTIFA zu einer Demonstration am 18. September 2010. Im Anschluss an diese Veranstaltung verhinderte die Polizei das gewalttätige Vorgehen einer Personengruppe gegen einen Laden, in dem Kleidung einer bei Rechtsextremisten beliebten Marke angeboten wird. Das Geschehen stand im Zusammenhang mit der zeitweiligen Zunahme von Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremisten in Dresden.

Daneben setzten AUTONOME in Dresden ihre Aktivitäten zur Schaffung „selbstbestimmter Freiräume“ fort. Ein herausragendes Ereignis in diesem Zusammenhang waren die so genannten „Libertären Tage“ vom 1. bis 9. Mai 2010. In diesem Rahmen war auch eine Vortragsveranstaltung zum Thema „Hausbesetzung – wie geht das?“ angekündigt, in der praktische Aspekte des „Freiraumkampfes“ erläutert werden sollten. Am 7. Mai 2010 kam es zu einer Hausbesetzung, die von der Polizei beendet wurde. Dabei wurden sechs Beamte verletzt. Eine weitere Hausbesetzung fand am 8. Mai statt.

### **Autonome Bestrebungen in Leipzig**

Die autonome Szene Leipzig entfaltete im Berichtsjahr deutlich weniger öffentlichkeitswirksame Aktivitäten als im Vorjahr. Ursachen dafür waren sowohl das Fehlen eigener Aktionsthemen als auch geringere öffentlichkeitswirksame Aktivitäten des politischen Gegners. Die einzige größere rechtsextremistische Kundgebung am 16. Oktober 2010 war daher für sie das wichtigste Ereignis. Eigene Akzente, etwa in Form des Aufgreifens anderer Themenfelder, vermochten die Leipziger AUTONOMEN nicht zu setzen.

Für die Aktionen gegen die Kundgebung der rechtsextremistischen Szene am 16. Oktober 2010 hatte die Szene deutlich intensiver mobilisiert als zu einer ähnlichen Veranstaltung von Rechtsextremisten im Vorjahr.<sup>86</sup> In zahlreichen Bundesländern fanden Vorbereitungsveranstaltungen statt. Mobilisierungsvideos und Äußerungen im Internet ließen bereits im Vorfeld eine deutliche Gewaltbereitschaft erkennen. Öffentlich wurde aufgefordert, den Aufzug der Rechtsextremisten mit „allen Mitteln“ zu verhindern.

Trotz der Erfahrungen aus Dresden strebte die Leipziger autonome Szene erneut kein Zusammenwirken mit den nichtextremistischen Gegnern der rechtsextremistischen Veranstaltung an. AUTONOME beteiligten sich lediglich punktuell an deren Blockadeaktionen. Im Vergleich mit der Demonstration von Rechtsextremisten im Oktober 2009 kam es zu deutlich weniger gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei und dem politischen Gegner.

Ihre „antideutsche“ Ausrichtung untermauerte die Leipziger autonome Szene im Berichtsjahr mit vereinzelt Aktivitäten. Diese stießen allerdings auf wenig Resonanz. So wurden beispielsweise am 9. Januar 2010 Besucher einer Veranstaltung zu militärischen Aktivitäten Is-

<sup>86</sup>

An den Protesten gegen die Demonstration der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN beteiligten sich am 17. Oktober 2009 Polizeiangaben zufolge 2.500-3.000 Personen. Dabei reichte das politische Spektrum der Protestierenden wie bei den Protesten im Februar in Dresden von demokratischen Parteien über Bündnisse bis hin zu AUTONOMEN. Die AUTONOMEN nutzten die friedlichen Gegenveranstaltungen, um sich zusammenzuschließen und in Kleingruppen zu agieren. Es wurden Verkehrseinrichtungen beschädigt, Müllcontainer in Brand gesetzt und Polizeibeamte mit Steinen beworfen.

raels gegen den Iran am Besuch der Veranstaltung gehindert. Darüber hinaus mobilisierte die LEIPZIGER ANTIFA (LEA)<sup>87</sup> mit einer Veranstaltung am 25. August 2010 zum Thema „Solidarität mit Israel – Gegen Islamismus und Antisemitismus“ zur Teilnahme an einer bundesweiten Demonstration. Die unter dem gleichen Motto am 4. September 2010 in Berlin durchgeführte Veranstaltung richtete sich gegen die jährliche „al-Quds“-Demonstration<sup>88</sup> in Berlin. Neben LeA war auch von Gruppierungen der autonomen Szene Berlins für diese Demonstration geworben worden.

### **Autonome Bestrebungen außerhalb von Dresden und Leipzig**

Die Aktivitäten der autonomen Szene in anderen Regionen des Freistaates Sachsen sind unterschiedlich ausgeprägt und deutlich geringer als in den autonomen Zentren Dresden und Leipzig. Bedingt durch das autonome Hauptaktionsfeld „Antifaschismus“ liegen die regionalen Schwerpunkte vor allem in Gegenden mit einer ausgeprägten rechtsextremistischen Szene. Die regionale autonome Szene versucht in der Regel, mit eigenen Aktivitäten auf Veranstaltungen von Rechtsextremisten zu reagieren. Auf Grund des geringen örtlichen Personenpotenzials ist sie allerdings auf die Unterstützung von AUTONOMEN aus Dresden und Leipzig angewiesen. Fehlt diese, beteiligt man sich im Einzelfall lediglich an den Gegenaktivitäten nichtextremistischer Initiativen vor Ort.

Im Berichtsjahr waren u. a. folgende Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene Anlass für Gegenaktionen der autonomen Szene:

- Am 24. April 2010 führten Rechtsextremisten in Torgau (Landkreis Nordsachsen) eine Demonstration durch. Im Verlauf der Veranstaltung kam es zu tätlichen Angriffen auf die Demonstrationsteilnehmer und die Polizei. Die Gewalttäter kamen zum größten Teil aus dem Landkreis Nordsachsen, insbesondere aus Torgau. Einige wenige der Gewalttäter waren aus Leipzig angereist. Das Beispiel zeigt, dass sich trotz einer fehlenden aktiven und strukturierten autonomen Szene vor Ort Einzelpersonen aus der Region durchaus an gewalttätigen Gegenaktionen beteiligen.
- Am 1. Mai 2010 fand in Hoyerswerda (Landkreis Bautzen) eine Versammlung der rechtsextremistischen FREIEN KRÄFTE statt. Die autonome Szene ging bereits im Vorfeld selbst davon aus, die rechtsextremistische Demonstration nicht verhindern zu können. Deshalb war auf einer der Dresdner autonomen Szene zuzurechnenden Internetseite zu Aktionen im Vorfeld, während und nach dem rechtsextremistischen Aufmarsch aufgerufen worden. Diesem Aufruf folgend errichteten unbekannte Täter zwischen Hosena (Brandenburg) und Lauta (Sachsen) eine Barrikade auf dem Gleiskörper und verzögerten damit die Anreise der Rechtsextremisten.

Auch in Döbeln (Landkreis Mittelsachsen) kam es im Berichtszeitraum zu einer Vielzahl von Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund gegen den politischen Gegner. Bisher unbekannte Täter besprühten beispielsweise am 2. Juli 2010 einen Kleinwagen mit der Aufschrift „Wer Rechts ist kriegt Probleme – schöne Grüße Antifa“. Ein daneben geparktes Fahrzeug wurde in Brand gesetzt. Das Feuer griff auf diesen Kleinwagen über. An beiden Pkw entstand wirtschaftlicher Totalschaden. Die Halter der Fahrzeuge gehören zum Umfeld eines bekannten Rechtsextremisten aus der Region.

Zu Aktivitäten gegen eine rechtsextremistische Demonstration am 6. November 2010 ebenfalls in Döbeln hieß es zudem auf einer nur für dieses Ereignis eingerichteten Internetseite<sup>89</sup>

<sup>87</sup> Die LeA gehört dem „antideutschen“ Meinungsspektrum innerhalb der autonomen Szene an. Sie beteiligte sich 2008 als einzige sächsische Gruppierung an der in der bundesweiten autonomen Szene geführten Debatte „Antifa heißt (...)“. Dabei vertrat sie den Standpunkt, dass „Anti-Nazi-Aktionen“ allein noch keine radikale Gesellschaftskritik ist. Diese sei aber die Grundbedingung „linksradikaler Politik“. Es gelte vor allem, auch den bürgerlichen Staat und die „kapitalistische Gesellschaft“ zu bekämpfen, die von LeA als Verursacher der von ihr kritisierten politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen verantwortlich gemacht werden. Als ein Mittel der politischen Auseinandersetzung befürwortet LeA auch den Einsatz von Gewalt.

<sup>88</sup> Der iranische „Revolutionsführer“ Ayatollah Khomeini hatte 1979 den „al-Quds“-Tag initiiert, um die „Befreiung“ der auch für Muslime heiligen Stadt al-Quds (arabische Bezeichnung für Jerusalem) zu propagieren.

<sup>89</sup> Abgerufen am 5. November 2010.




unter der Überschrift „ES GIBT KEIN RECHT FÜR NAZIS – AUCH NICHT IM HINTERLAND“: „Den Nazis entgegenzutreten – MIT ALLEN MITTELN“.<sup>90</sup>

## 2.5 Sonstige linksextremistische Gruppierungen

### 2.5.1 ROTE HILFE e. V. (RH)

---

Mitglieder 2010 in Sachsen:	ca. 140
Mitglieder 2009 in Sachsen:	ca. 140
Mitglieder 2009 bundesweit:	ca. 5.300
Kennzeichen:	
Publikation:	DIE ROTE HILFE (vierteljährlich)

---

#### Charakterisierung und Bedeutung

Die RH ist ein von Linksextremisten getragener Verein, der sich als eine „parteionabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation“<sup>91</sup> versteht. Sie ist bundesweit tätig.<sup>92</sup> Die RH gewährt u. a. Linksextremisten Rechtshilfe, vermittelt Anwälte und leistet finanzielle Unterstützung bei Anwalts- und Prozesskosten. Die dadurch entstehenden Aufwendungen werden durch Einnahmen gedeckt, die überwiegend aus Mitgliedsbeiträgen und Spendengeldern erzielt werden.

#### Ideologie

Die RH wird von Linksextremisten unterschiedlicher ideologisch-politischer Ausrichtung getragen. Sie unterstützt Angehörige des gesamten linksextremistischen Spektrums politisch und finanziell, wenn sie im Zusammenhang mit ihren politischen Aktivitäten mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind. Die RH versteht ihr Engagement als „Kampf gegen die staatliche Repression“ und „politische Justiz“. Darüber hinaus betreut der Verein die so genannten „politischen Gefangenen“ im Falle einer Haftstrafe, um so den Zusammenhalt der Häftlinge mit der linksextremistischen Szene zu bewahren. Die Schaffung von Öffentlichkeit für den individuellen Fall und die moralische Unterstützung im Kreis Gleichgesinnter vermag Inhaftierte in ihrer Auffassung zu bestärken, dass sie Opfer einer „politischen“ Justiz geworden sind.

#### Strukturen

Das höchste Gremium der RH ist die Bundesdelegiertenversammlung. Gegliedert ist die RH in einen Bundesvorstand, in selbstständige Ortsgruppen sowie Kontaktstellen.

Im Freistaat Sachsen gehört die RH zu den mitgliederstärksten linksextremistischen Gruppierungen. Die Anzahl ihrer Mitglieder stieg hier seit dem Jahr 2004 von etwa 50 auf ca. 140 Mitglieder im Berichtsjahr an. Diese Zunahme ist auf den kontinuierlichen Ausbau der Strukturen zurückzuführen. Anlaufstellen der RH gibt es zwischenzeitlich in Chemnitz, Dresden und Leipzig. Die RH-Ortsgruppen unterhalten gute Kontakte in die gesamte sächsische linksextremistische Szene.

#### Aktivitäten

Das Aktionsniveau der RH wird stark von den Aktivitäten des autonomen Spektrums bestimmt. Im Vordergrund der Tätigkeit der RH steht nach wie vor die „Antirepressionsarbeit“.

---

<sup>90</sup> Weitere Beispiele für Gewalttaten: vgl. Abschnitt „III. Politisch motivierte Kriminalität, darunter Straftaten mit extremistischem Hintergrund“, Beitrag „Politisch motivierte Kriminalität 'links'“.

<sup>91</sup> Vgl. § 2 der Satzung des RH e. V.


<sup>92</sup> Zur Geschichte der RH siehe auch Broschüre des LfV Sachsen „Sächsisches Handbuch zum Extremismus und zu sicherheitsgefährdenden Bestrebungen“, S. 71 f.

Wie schon in den Vorjahren engagierte sich die RH in Sachsen auch im Berichtsjahr im Vorfeld größerer Protestveranstaltungen, an denen sich Linksextremisten beteiligen, so z. B. anlässlich des 13. Februar in Dresden bzw. des 16. Oktober in Leipzig. Sie war an der Vorbereitung und Durchführung aktiv, indem u. a. „Rechtshilfe“-Veranstaltungen zum Verhalten bei Festnahmen im Verlauf von Demonstrationen angeboten wurden.

Ferner stellt die RH für Veranstaltungen, bei denen Konflikte mit der Polizei zu erwarten sind, so genannte Ermittlungsausschüsse als zentrale Sammel- und Koordinationsstellen für Informationen über „repressive“ Maßnahmen zur Verfügung.

Zudem führte die RH Veranstaltungen durch, um ihrer Forderung nach Freilassung aller „politischen Gefangenen“ mehr Bedeutung beizumessen. So fanden im März in Dresden und Leipzig anlässlich des alljährlich in der linksextremistischen Szene begangenen „Kampftages für die Freilassung aller politischen Gefangenen“ Veranstaltungen zum Thema „drinnen und draußen ein Kampf? – zur Kommunikation mit Gefangenen“ statt.

## 2.5.2 Trotzismus / SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE e. V. (SAV)<sup>93</sup>

Mitglieder 2010 in Sachsen:	ca. 20
Mitglieder 2009 in Sachsen:	ca. 20
Mitglieder 2009 bundesweit:	ca. 400
Kennzeichen:	
Publikation:	SOLIDARITÄT-SOZIALISTISCHE ZEITUNG (monatlich)

### Charakterisierung und Bedeutung

Die trotzkistische SAV bezeichnet sich selbst als „revolutionäre, sozialistische Organisation“<sup>94</sup>. Die linksextremistische Gruppierung verfügt im Freistaat Sachsen nach wie vor über nur wenige Mitglieder. Im Berichtsjahr trat sie nur vereinzelt mit Aktionen in Erscheinung.

### Ideologie

Die SAV beruft sich auf die Lehren Leo Trotzki. Wesentliche Elemente des Trotzismus sind die Theorie der „permanenten Revolution“ und das Festhalten am „proletarischen Internationalismus“. Die SAV „will eine revolutionär-sozialistische Massenorganisation aufbauen. Sie strebt die Einheit aller revolutionär-marxistischen Kräfte in einer Internationale an.“<sup>95</sup> Trotzisten verfolgen zudem die Strategie, andere Parteien und Gruppierungen zu unterwandern, um diese für ihre Zwecke zu instrumentalisieren (Entrismus).

### Strukturen

Im Freistaat Sachsen ist die SAV mit Ortsgruppen in Dresden und Leipzig vertreten.

### Aktivitäten

In einem Beitrag in der Zeitschrift SOLIDARITÄT wurde unter dem Titel „Dresden: Nazis gestoppt! SAV bei Blockaden aktiv dabei“<sup>96</sup> über die Teilnahme von Mitgliedern der SAV an den gegen einen rechtsextremistischen Aufmarsch gerichteten Blockadeaktionen am 13. Februar in Dresden berichtet.

<sup>93</sup> Die ehem. Bezeichnung lautete Sozialistische Alternative Voran (SAV). Obwohl der Zusatz VORAN mittlerweile nicht mehr verwendet wird, lautet die Abkürzung nach wie vor SAV. Der eingetragene Verein hat seinen Sitz in Berlin.

<sup>94</sup> Statut der SAV in der Beschlussfassung der 12. Bundeskonferenz im Januar 2010, III. Ziele. Internetseite der SAV.

<sup>95</sup> Ebenda.

<sup>96</sup> SOLIDARITÄT, Nummer 88, Ausgabe März 2010, Seite 10.

### 2.5.3 GEGENSTANDPUNKT (GSP)

---

Mitglieder in Sachsen bzw. bundesweit:	keine Angaben
Publikation:	GEGENSTANDPUNKT (vierteljährlich)

#### **Charakterisierung und Bedeutung**

Die linksextremistische Gruppe GEGENSTANDPUNKT trat bis zum Jahr 1991 als MARXISTISCHE GRUPPE (MG) öffentlich in Erscheinung. Im Mai 1991 teilte die MG ihren Angehörigen die bundesweite Auflösung mit. Personell existiert die Gruppierung jedoch bundesweit unter verschiedenen Namen weiter.

#### **Ideologie**

Die Gruppierung vertritt einen modifizierten und elitären Marxismus. Ihr politisches Ziel ist die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung auf revolutionärem Weg. Durch eine radikal destruktive Kritik an den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen versucht sie, einer Revolution den Boden zu bereiten. Grundlage ihrer Ideologie sind die Erkenntnisse von Marx zu der „Kritik der politischen Ökonomie“.

#### **Aktivitäten**

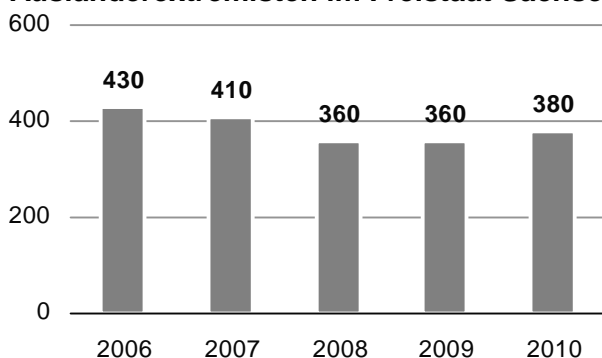
Unter der Bezeichnung GEGENSTANDPUNKT, die auf die seit 1992 von führenden MG-Funktionären herausgegebene gleichnamige Zeitschrift zurückgeht, finden regelmäßig öffentliche Diskussionsveranstaltungen statt. Laut der Internetpräsenz der Zeitschrift tritt in Leipzig eine „AG Politische Diskussion“ als Veranstalter von politischen Vorträgen der GEGENSTANDPUNKT-Redaktion auf. Sie entfaltet damit jedoch in Sachsen nur geringe Außenwirkung.

### 3. Islamismus bzw. islamistischer Terrorismus und sonstiger Ausländerextremismus

#### 3.1 Überblick in Zahlen<sup>97</sup>

Im Freistaat Sachsen gehörten 2010 ca. 380 Personen ausländerextremistischen Organisationen an. Ihre Zahl ist gegenüber dem Vorjahr (2009: ca. 360) leicht angestiegen. Damit sind insgesamt weniger als 1 % der in Sachsen lebenden Migranten bzw. Deutschen mit Migrationshintergrund in ausländerextremistischen Gruppierungen aktiv.

**Ausländerextremisten im Freistaat Sachsen**



Die Zahl der bekannten Personen, die islamistischen Bestrebungen zuzurechnen sind, stieg auf ca. 170 (2009: 120) an. Damit setzt sich der auch bundesweit seit Jahren zu beobachtende Trend eines stetigen Anstiegs dieses Personenpotenzials auch in Sachsen fort. Mittlerweile sind hier ca. 45 % aller Ausländerextremisten Anhänger islamistischer Strömungen und Gruppierungen.

Mit ca. 200 Personen (2009: 230) gehörten die meisten Ausländerextremisten im Freistaat Sachsen nach wie vor dem linksextremistischen Spektrum an. Dazu gehören die Nachfolge- und Nebenorganisationen der ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK) sowie iranische Organisationen. Ihr Anteil sank allerdings auf rund 53 % gegenüber 64 % im Jahr 2009. Das ist insbesondere auf einen zunehmenden Mitgliederschwund bei der PKK zurückzuführen.

Einzelne Personen in Sachsen, rund 2 % der Personen in ausländerextremistischen Organisationen, werden zudem national-extremistischen Organisationen zugerechnet.

Das Mobilisierungspotenzial einiger ausländerextremistischer Organisationen wie z. B. der PKK kann das ihrer Mitglieder teilweise um ein Vielfaches überschreiten. Hier sind auch Anhänger und Sympathisanten aus angrenzenden Bundesländern einzubeziehen.

<sup>97</sup>

Die Zahlenangaben sind z. T. geschätzt und gerundet. Den Verfassungsschutzbehörden liegen nicht zu allen in den Zahlenangaben erfassten Personen Einzelerkenntnisse vor. Grund hierfür ist der Auftrag der Strukturbeobachtung; umfassende personenbezogene Erkenntnisse zur gesamten Mitgliedschaft der beobachteten Organisationen sind dafür nicht immer zwingend erforderlich.

**Anzahl der Ausländerextremisten im Freistaat Sachsen  
(insgesamt: ca. 380 [2009: ca. 360 / bundesweit 2009: ca. 60.980])**

<b>Linksextremistische bzw. linksextremistisch geprägte Bestrebungen</b>	<b>Nationalistische bzw. nationalistisch geprägte Bestrebungen</b>	<b>Islamistische Bestrebungen</b>
2010: ca. 200 2009: ca. 230	2010: ca. 10 2009: ca. 10	2010: ca. 170 2009: ca. 120

davon u. a.:

<b>ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK) bzw. Nachfolgeorganisationen</b>
2010: ca. 150 2009: ca. 170
<b>Sonstige Gruppen</b>
2010: ca. 50 2009: ca. 60

## **3.2 Internationaler islamistischer Terrorismus**

### **3.2.1 Zur allgemeinen Lage in der Bundesrepublik Deutschland**

Der internationale islamistische Terrorismus ist seit mehreren Jahren die größte Bedrohung für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus der gesamten internationalen Staatengemeinschaft. Davon zeugen zahlreiche Ermittlungsverfahren und Exekutivmaßnahmen der Sicherheitsbehörden, gewonnene Erkenntnisse über Anschlagplanungen und die regelmäßig über verschiedene Medien verbreiteten Veröffentlichungen aus dem islamistisch-terroristischen Spektrum. Angehörige dieses Personenkreises in Deutschland reisten auch 2010 in das afghanisch-pakistanische Grenzgebiet, um sich einer terroristischen Ausbildung zu unterziehen oder an Kampfhandlungen in diesem Gebiet teilzunehmen. Auf Grund ihrer Radikalisierung bilden diese Personen ein hohes Sicherheitsrisiko für Deutschland und seine Interessen im Ausland.

In der zweiten Jahreshälfte 2010 verschärfte sich die Bedrohungslage auf Grund einiger den Sicherheitsbehörden bekanntgewordener Hinweise auf Anschlagplanungen von AL-QAIDA. Im Zielspektrum standen dabei insbesondere Orte mit hoher Symbolkraft und Infrastrukturbereiche. Ende Oktober wurden in Großbritannien und Dubai (Vereinigte Arabische Emirate) in Frachtflugzeugen vom Jemen aus versandte Pakete mit Sprengsätzen aufgefunden, die an Ziele in den USA adressiert waren. Einer der Sprengsätze war zuvor auf dem Flughafen Köln-Bonn umgeladen worden. Zu den Anschlagversuchen bekannte sich im Internet die Gruppe AL-QAIDA AUF DER ARABISCHEN HALBINSEL (AQAH), die eigenen Verlautbarungen zufolge dem Westen damit symbolhaft größtmöglichen wirtschaftlichen Schaden zufügen wollte. Die Vorfälle sind ein deutlicher Beleg für die gestiegene Anschlaggefahr, selbst wenn Deutschland nicht das Zielland für die Sendungen war.

### **3.2.2 Bedeutung des Internets**

Sowohl für Islamisten als auch für islamistische Terroristen ist das Internet nach wie vor das wichtigste Kommunikations- und Propagandamedium. Nicht gewaltbereiten Islamisten dient es zur Verbreitung ihrer Ideologien, gewaltbereiten Islamisten auch zum Aufruf zum Jihad. Online-Magazine, Gewalt verherrlichende Audios und Videos sowie Texte in jihadistischen Internetportalen haben entscheidenden Einfluss auf individuelle (Selbst-) Radikalisierungs-

prozesse. Hierdurch wurde die globale Entfaltung des internationalen islamistischen Terrorismus in den letzten Jahren erheblich gefördert.

Entsprechende Verlautbarungen wurden 2010 zunehmend auch in deutscher Sprache im Internet veröffentlicht. So riefen beispielsweise die ISLAMISCHE BEWEGUNG USBEKISTANS (IBU) und die ISLAMISCHE JIHAD UNION (IJU) zur Teilnahme am bewaffneten Jihad auf. Die DEUTSCHEN TALIBAN MUJAHIDIN (DTM) drohten, den bewaffneten Kampf in Afghanistan solange fortzusetzen, bis alle Besatzer das Land sowie alle anderen ehemals islamischen Länder verlassen hätten. Solche Veröffentlichungen zielen letztlich darauf ab, verstärkt Deutsch sprechende Muslime, d. h. Konvertiten und re-islamisierte Personen vor allem der zweiten und dritten Einwanderergeneration, zum Kampf an der Seite der Mujahidin in Afghanistan/Pakistan zu motivieren. Neben der weiterhin persönlichen Ansprache innerhalb von Islamisten-Gruppen ist das Internet zusätzlich eine wichtige Plattform für Radikalisierungsprozesse und die Rekrutierung von neuen Kämpfern „für die Sache Allahs“ geworden. Gängige Beispiele jihadistischer Propaganda sind:

- „Kreuzzug“ des Westens bzw. der Ungläubigen gegen den Islam,
- Darstellung der Muslime als Opfer,
- Darstellung des gewalttätigen Jihad als religiöse Pflicht,
- Ankündigung von Strafen für Nichterfüllung religiöser Pflichten,
- Paradies-Versprechen für potenzielle Selbstmordattentäter.

Zentrale Bedeutung hat das Internet auch für die Entwicklung der AL-QAIDA -Bewegung von einer Organisation zu einer weltweit agierenden Bewegung. Mit Hilfe des Internets kann AL-QAIDA ihre Funktion als geistige Inspirationsquelle für den globalen Jihad durch ständigen Kontakt mit ihren Anhängern aufrechterhalten. Professionelle Internetseiten bieten zudem ideologische Schulung aber auch konkrete Anleitungen zur Vorbereitung von Anschlagspannungen.

### **3.2.3 „Homegrown“-Terrorismus und Reisebewegungen**

Die Bildung eigenständiger terroristischer Gruppen in europäischen und anderen nicht islamischen Staaten durch Muslime der zweiten und dritten Einwanderergeneration und durch Konvertiten wird als „Homegrown“-Terrorismus bezeichnet. Die Gefahr, die von diesem hier sozialisierten und vermeintlich in die deutsche Gesellschaft integrierten Personenpotenzial ausgeht, ist in den letzten Jahren gestiegen.

Den Bundessicherheitsbehörden lagen Ende 2010 Informationen zu rund 220 Personen mit Deutschland-Bezug<sup>98</sup> und islamistisch-terroristischem Hintergrund vor, die seit Beginn der 1990er Jahre im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet eine paramilitärische Ausbildung absolviert haben sollen bzw. eine solche beabsichtigten. Ca. die Hälfte davon hält sich zwischenzeitlich wieder in Deutschland auf, einige von ihnen sind inhaftiert. Etwa 40 der 220 Personen haben sich mutmaßlich seit Beginn des Jahres 2001 an Kampfhandlungen in Krisenregionen beteiligt. Auch im Verlauf des Jahres 2010 hielten sich Personen mit Deutschland-Bezug in Regionen wie z. B. dem afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet auf, in denen sich Ausbildungslager islamistisch-terroristischer Organisationen befinden.

Einige Personen, die Deutschland in Richtung Afghanistan und Pakistan verlassen hatten, starben 2010 bei Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften. Unter ihnen war auch der deutsche Staatsbürger und Konvertit Eric BREININGER, der sich über Jahre hinweg in verschiedenen jihadistisch-propagandistischen Verlautbarungen im Internet sowohl mit Bezügen zur IJU als auch zur DTM zu Wort gemeldet hatte. Kurz nach seinem Tod Ende April tauchte im Internet seine angebliche Autobiographie auf. Darin wurde seine stufenweise Radikalisierung zum jihadistischen Kämpfer nachgezeichnet. BREININGERS Weg in den Jihad

---

<sup>98</sup> Dazu zählen deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund bzw. Konvertiten sowie in Deutschland aufhältig gewesene Personen anderer Staatsangehörigkeit.

begann demnach mit einer Sinn- und Identitätskrise und beruflichen Kontakten zu einem „praktizierenden Muslim“. Er identifizierte sich zunehmend mit dem neuen Glauben islamistisch-salafistischer Prägung und konvertierte zum Islam. Im Rahmen seiner Integration in eine islamistische Gruppe kam es zu einer zunehmenden Radikalisierung zum „Jihadisten“. Auf Initiative eines Mitglieds der so genannten Sauerlandgruppe<sup>99</sup> beschloss BREININGER, Deutschland zu verlassen und ein Arabisch-Sprachstudium in Ägypten aufzunehmen. Anschließend begab er sich in ein Trainingslager der IJU in Afghanistan. Bei einem Gefecht mit Sicherheitskräften im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet wurde er schließlich Ende April 2010 getötet.

Verschiedene Studien zu Radikalisierungsprozessen zeigen vergleichbare Verläufe wie bei Eric BREININGER auf. Sie verdeutlichen, dass neben dem jeweiligen Lebensumfeld das Internet zunehmend eine entscheidende Rolle bei der Radikalisierung vom Islamisten zum islamistischen Terroristen, und auch bei der Entstehung von „Homegrown“-Terrorismus, bildet.

Ein Zentrum der „Homegrown“-Terroristen in Deutschland, die Hamburger TAIBA-MOSCHEE, wurde im August 2010 geschlossen und ihr Trägerverein TAIBA, ARABISCH-DEUTSCHER KULTURVEREIN e. V. verboten. Durch diesen Trägerverein wurde „salafistisch-jihadistische“ Ideologie verbreitet. Die führenden Akteure des Vereins hatten zudem enge Verbindungen zur globalen jihadistischen Szene. Dessen Anhängern diente die Moschee in den letzten zehn Jahren als zentrale Anlaufstelle. So beispielsweise auch einigen der Todespiloten vom 11. September 2001, die hier zu Gast waren.

### **3.2.4 Lage im Freistaat Sachsen**

Obwohl im Freistaat Sachsen bisher keine Strukturen islamistischer Terrororganisationen bekannt sind, gilt die abstrakte Gefährdungslage für die Bundesrepublik Deutschland auch hier. Anschläge konspirativ agierender Terrorzellen oder fanatisierter Einzeltäter – ob zentral gesteuert oder autonom agierend – können daher nicht ausgeschlossen werden. Konkrete Hinweise liegen trotz intensiver Aufklärungsmaßnahmen der Sicherheitsbehörden für den Freistaat Sachsen nicht vor.

## **3.3 Islamismus**

Islamismus ist ein Sammelbegriff für verschiedene extremistische politische Ideologien, die auf islamisch-religiösen Überzeugungen basieren. Durch seine politische Ausrichtung lässt sich der Islamismus deutlich von der Religion des Islam abgrenzen. Islamistische Organisationen zielen mittels legalistischer Strategien darauf ab, die bestehende Gesellschaftsordnung durch ein auf islamischen Quellen basierendes Gesellschaftssystem zu ersetzen.

Im Freistaat Sachsen sind bislang einzelne islamistische Bestrebungen bekannt geworden.

---

<sup>99</sup>

Anfang März wurden gegen die Mitglieder der so genannten Sauerlandgruppe hohe Haftstrafen verhängt. Als IJU-Mitglieder hatten sie 2007 in Deutschland Sprengstoffanschläge, insbesondere gegen Amerikaner und US-amerikanische Einrichtungen, geplant. Mitte Oktober 2010 wurde eine weitere Person wegen Unterstützung und Mitgliedschaft in der IJU zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt.

### 3.3.1 Salafismus

Der Salafismus heutiger Prägung ist eine Variante des Islamismus und die gegenwärtig vermutlich am schnellsten wachsende islamistische Strömung. Er bezeichnet eine politische Ideologie, die sich in Glaube und Lebenspraxis am Frühislam des 7. Jahrhundert orientiert. Dabei gelten der Koran, das Leben des Propheten Muhammad (Sunna) sowie das Vorbild der ersten drei Generationen der Muslime, der so genannten „lauteren Vorfahren“ (al-salaf al-salih), als einzig gültiger Maßstab für eine islamisch-korrekte Lebensweise. Sämtliche Abweichungen von diesen gesetzten Normen gelten als unerlaubte Neuerungen und Verfälschungen des Islam und werden kategorisch abgelehnt.

In einer islamischen Herrschafts- und Gesellschaftsordnung salafistischer Prägung haben von Menschen erdachte Demokratieprinzipien keinen Platz. Die Herrschaft gebührt allein Allah.

Das salafistische Spektrum in Deutschland wird in eine politische und eine jihadistische Strömung unterteilt. Die Strömungen unterscheiden sich weniger in ihrer Zielsetzung als in der Wahl der Mittel. Die Übergänge sind oftmals fließend, wie an dem oben beschriebenen Radikalisierungsverlauf Eric BREININGERS deutlich wird. Beide Strömungen speisen sich aus denselben religiösen Glaubensfundamenten und den Schriften ihrer Vordenker und Wegbereiter. Auch ihre jeweiligen Ziele, insbesondere eine umfassende Islamisierung der Gesellschaft, sind gleich. Während jihadistisch-salafistische Gruppen jedoch versuchen, dieses Ziel mit Gewalt durchzusetzen, setzen die dem politischen Salafismus zuzurechnenden Bestrebungen auf Missionsarbeit (Dawa).

#### 3.3.1.1 Verbreitung und Aktivitäten

Die salafistische Szene in Deutschland wächst seit Jahren beständig. Deutschlandweit gibt es zahlreiche salafistische Einrichtungen. Träger der Einrichtungen sind Moscheen, Vereine oder Einzelpersonen. Diese sind jedoch nicht in hierarchisch gegliederte Organisationsstrukturen eingebunden wie dies bei anderen islamistischen Organisationen üblich ist. Formale Strukturen sind (bisher) kein Wesensmerkmal des Salafismus. Die Zugehörigkeit von Personen und Personenstrukturen zu einer salafistischen Bestrebung erfolgt vor allem über die gemeinsame salafistische Ideologie und deren gemeinschaftliche Verbreitung durch zahlreiche Aktivitäten.

Entscheidende Bedeutung für die zunehmende Verbreitung des Salafismus in Deutschland hat wiederum das Internet. Die Zahl salafistischer Seiten und Veröffentlichungen in deutscher Sprache, z. B. auf dem Internetportal YouTube nimmt stetig zu. Verschiedene Internetseiten bieten eine umfangreiche Palette von Ratgebern für eine salafistisch-korrekte Lebensweise und Prospekte sowie Publikationen zur salafistischen Ideologie. Auffällig ist, dass auch entsprechende Publikationen zunehmend in deutscher Übersetzung vorliegen.

Große Bedeutung für die Verbreitung der salafistischen Ideologie kommt auch den sogenannten Islamseminaren zu, die deutschlandweit durch salafistische Prediger mit oder ohne Migrationshintergrund durchgeführt werden. Die Veranstaltungen dienen neben der Kontaktpflege insbesondere der Gewinnung neuer junger Anhänger. Unter diesen Anhängern sind neben jungen Muslimen, die sich im Rahmen der Identitätssuche verstärkt dem Islam zuwenden, auch zunehmend deutsche Konvertiten. Das einfache und strenge Regelwerk des Salafismus, sein einfaches dualistisches Weltbild und die Aussicht auf die Heilsgewissheit der Gläubigen nach ihrem Tod scheint geeignet, Halt und Struktur im Alltag zu vermitteln und übt hierdurch eine erhebliche Anziehungskraft aus.

Dass Salafismus den geistigen Nährboden für eine Radikalisierung hin zum Terrorismus bilden kann, zeigt der oben dargestellte Radikalisierungsverlauf von Eric BREININGER. Das religiöse ideologische Fundament von Jihad befürwortenden Gruppen wie der AL-QAIDA und ihr angegliederten Organisationen ist letztlich dem salafistischen Bestrebungen sehr ähnlich.



Im Freistaat Sachsen wurden im Berichtsjahr die meisten öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten salafistischer Bestrebungen im Raum Leipzig registriert.

### **3.3.1.2 ISLAMISCHE GEMEINDE IN SACHSEN – AL-RAHMAN-MOSCHEE e. V.**

#### **Bedeutung**

Der Verein ISLAMISCHE GEMEINDE IN SACHSEN – AL-RAHMAN-MOSCHEE e. V. in Leipzig ist eine extremistische Bestrebung im Sinne des sächsischen Verfassungsschutzgesetzes. Er ist das Zentrum für die Verbreitung der salafistischen Ideologie in Sachsen. Innerhalb des deutschlandweit bestehenden salafistischen Netzwerkes hat er eine besondere und überregionale Bedeutung. Ein Grund dafür ist, dass der Imam der Moschee innerhalb der salafistischen Szene große Anerkennung und Wertschätzung als religiöse Autorität und Multiplikator der salafistischen Lehre erfährt. Im Internet wird er auf einer Vielzahl einschlägiger Seiten als kompetenter Ansprechpartner benannt.<sup>100</sup>

#### **Aktivitäten**

Wie bereits in den Vorjahren trat die AL-RAHMAN-MOSCHEE auch im Berichtszeitraum wieder mehrfach mit Infoständen in der Leipziger Innenstadt in Erscheinung. Durch Handzettel und Publikationen wurde über die salafistische Lehre des Islam informiert und hierzu gezielt Passanten angesprochen.

2010 wurden zahlreiche Lehrveranstaltungen durch den Imam der Moschee zu verschiedenen religiösen Themen im Kontext der salafistischen Ideologie sowohl in seiner Heimatgemeinde in der AL-RAHMAN-MOSCHEE als auch virtuell im Internet durchgeführt. Zudem wurde er häufig als Referent zu Islamseminaren und Vortragsveranstaltungen in anderen Bundesländern eingeladen. Diese Veranstaltungen wurden zumeist im Internet beworben.

Im Rahmen solcher Treffen kommt es regelmäßig zu Kontakten mit anderen Multiplikatoren der salafistischen Szene in Deutschland. Daraus entwickelte sich in den letzten Jahren ein deutschlandweit agierendes salafistisches Netzwerk, in das auch der Leipziger Imam aktiv eingebunden ist. Die Internetseiten der jeweiligen Akteure weisen häufig Links und Querverweise untereinander auf. Der Imam der Leipziger Moschee wird dort mehrfach als Ratgeber für islamische Fragen ausgewiesen.

#### **Tatsächliche Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung**

Aus den Inhalten einiger mit dem Leipziger Imam in Verbindung stehender Internetseiten, seinen Predigten und Auftritten bei verschiedenen Veranstaltungen und aus verteilten Publikationen ergeben sich tatsächliche Anhaltspunkte, dass der AL-RAHMAN-MOSCHEE e. V. Bestrebungen verfolgt, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. Zwar wurden entsprechende Verlinkungen der Internetseite der AL-RAHMAN-MOSCHEE mit anderen salafistischen Seiten im Laufe des Jahres 2010 entfernt, gleichwohl lassen sich nach wie vor von diesen Seiten direkte und unmittelbare Beziehungen zum Leipziger Moscheeverein und dem Imam herstellen, so u. a. über dort angegebene Kontaktdaten, Spendenaufrufe und inhaltliche Verweise. Die hier getroffenen Äußerungen, die tatsächliche Anhaltspunkte für eine gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebung bilden, sind dem Imam als maßgeblichem Verbreiter der salafistischen Ideologie in Deutschland zuzurechnen.

Nachfolgende Beispiele verdeutlichen, dass der Moscheeverein Bestrebungen verfolgt, die sich gegen die rechtsstaatliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, gegen Men-

<sup>100</sup> Z. B. Internetseite des Vereins EINLADUNG ZUM PARADIES e. V., Auszug vom 26. November 2010.

schenrechte wie z. B. die Religionsfreiheit oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere das friedlichen Zusammenleben der Völker, richten. Sie wurden im Internet veröffentlicht und sind dem Moscheeverein zurechenbar:

Der Aufsatz mit dem Titel „Die Erläuterung der jemandes Islam vernichtenden Faktoren“. Hier wird beispielsweise die Scharia als eine Werte- und Gesellschaftsordnung dargestellt, der man sich bedingungslos zu unterwerfen habe. U. a. heißt es dort:

- „Ähnlich ergeht es jemandem, wenn er glaubt, dass es ein Urteil gibt, das besser ist als ein Urteil des Propheten, wie z. B. jemandes Glaube, dass die menschengemachten Gesetze besser sind als die Urteile der Schari'a (göttliche Gesetzgebung), so wird solch einer gemäß der Übereinstimmung der Muslime zu einem Abtrünnigen. (...) Ebenso begehrt man gemäß dem Konsens der Muslime Unglaube, wenn man glaubt, dass das Richten nach der Scharia zwar besser ist als das Richten nach menschengemachten Gesetzen, jedoch das Richten nach menschengemachten Gesetzen als erlaubt ansieht. [...] Die Menschen haben in dieser Angelegenheit keine Wahl. (...) Daher ist das Richten nach der Scharia für jedermann eine Pflicht.“<sup>101</sup>

Ferner wird in diesem Aufsatz zur Feindschaft mit Nichtmuslimen aufgerufen, der Kontakt mit ihnen solle vermieden werden. Damit wird gezielt eine Segregation der Muslime von der „ungläubigen“ Mehrheitsgesellschaft gefordert und ein gedeihliches Miteinander zwischen Salafisten und „Ungläubigen“ (arabisch: kuffar) ausgeschlossen.

- „Man muss daran glauben, dass die Juden Ungläubige sind (...). Und er muss sich von ihnen und ihrer Religion loslösen, sie für das Wohlgefallen Allahs hassen und Feindschaft gegen sie hegen. Dies gilt auch für Christen.“<sup>102</sup>
- Ein weiteres Beispiel ist der Aufsatz mit dem Titel „Ruf zur Einheit der Religionen – Ein falscher und gefährlicher Ruf“. Hier heißt es:  
„Der Ruf zur Einheit der Religionen – manchmal irreführend als ‚Toleranz der Religionen‘ bezeichnet – zielt darauf ab, alles zu zerstören, was den Islam vom Kufr [Unglaube] unterscheidet. (...) Der Ruf zu und das Unterstützen der Konzepte für diese sog. Einheit der Religionen wird als Ridda (Abfall vom Glauben) betrachtet.“<sup>103</sup>

Freundschaft mit Nichtmuslimen ist nach salafistischer Lesart einer Abkehr vom Glauben gleichzusetzen. Nicht unerheblich ist dabei, dass nach tradierter Auffassung vieler Islamgelehrter die Abwendung vom Glauben mit dem Ausschluss aus der islamischen Gemeinschaft und schließlich mit dem Tod bestraft werden muss. Der Imam der AL-RAHMAN-MOSCHEE macht in verschiedenen im Internet kursierenden YouTube-Videos immer wieder deutlich, dass nach der Konversion zum Islam eine Rückkehr in die alte Religion nicht möglich ist.

Obwohl der Imam der Leipziger AL-RAHMAN-MOSCHEE in der Öffentlichkeit Demokratietreue, Toleranz und Integrationswilligkeit propagiert, zeigt die Auseinandersetzung mit den Glaubensfundamenten – wie sie in der Moschee gelehrt und im Internet verbreitet werden – in wesentlichen Punkten eine Unvereinbarkeit zwischen salafistischem Islamverständnis und den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

---

<sup>101</sup> Salafistische Internetseite, Aufsatz „Die Erläuterung der jemandes Islam vernichtenden Faktoren“, Auszug vom 17. August 2010.

<sup>102</sup> Ebenda.

<sup>103</sup> Salafistische Internetseite., Aufsatz „Der Ruf zur Einheit der Religionen – Ein falscher und gefährlicher Ruf“, Auszug vom 17. August 2010.

## 3.4 Kurdischer Extremismus

### ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK)

---

Mitglieder 2010 in Sachsen:	ca. 150
Mitglieder 2009 in Sachsen:	ca. 170
Mitglieder 2009 bundesweit:	ca. 11.500
Kennzeichen:	 
Publikationen:	SERXWEBUN (Unabhängigkeit), STERKA CIWAN (Stern der Jugend), (jeweils monatlich)

---

### Charakterisierung und Bedeutung

Die extremistisch-terroristische PKK ist eine streng hierarchisch gegliederte Kaderorganisation. Sie wurde 1978 in der Türkei mit der Absicht gegründet, einen selbständigen kurdischen Staat zu errichten. Seit 1984 verfolgte sie dieses Ziel auch mit militärischen Mitteln. Die PKK und ihre Nebenorganisationen benannten sich – insbesondere nach der Verurteilung ihres Führers Abdullah ÖCALAN – mehrfach um. Seit Mai 2007 trägt sie die Bezeichnung VEREINIGTE GEMEINSCHAFTEN KURDISTANS (KCK). In Europa vertritt die KOORDINATION DER KURDISCHEN DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT IN EUROPA (CDK) die Interessen der PKK. Alle vorgenannten Organisationen sind in der Bundesrepublik Deutschland von einem vereinsrechtlichen Betätigungsverbot gegen die PKK betroffen. Dieses Verbot wurde vom Bundesministerium des Innern im Jahr 1993 verfügt.

Im Vergleich mit anderen nicht islamistischen ausländerextremistischen Organisationen in Deutschland hat die PKK die meisten Anhänger. Sie führt regelmäßig Großveranstaltungen durch, zu denen bis zu mehrere zehntausend Personen mobilisiert werden. Darüber hinaus reagiert sie mit kleineren dezentralen Demonstrationen auf Ereignisse in der Türkei. Auch Ereignisse im Iran und Irak sowie in Syrien können Anlass sein.

### Ideologie

Die PKK sieht sich selbst als führende Kraft und Interessenvertreterin aller Kurden. Ihr Programm war anfangs kategorisch von marxistisch-leninistischen und nationalen Grundsätzen geprägt und favorisierte den aktiven „revolutionären Kampf“. Ziel war die Errichtung eines sozialistischen Kurdenstaates. Den Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele beschränkte sie nicht nur auf ihr Herkunftsland. Anfang der 1990er Jahre verübten ihre Anhänger in Deutschland u. a. Brandanschläge auf türkische Einrichtungen. Dabei wurde auch die Schädigung von Personen billigend in Kauf genommen. Seit Ende der 1990er Jahre richtet die Organisation ihre Strategie darauf aus, sich als politischer Gesprächspartner zu präsentieren. Einerseits proklamieren ihre Funktionäre eine gewaltfreie Form des Widerstandes. Andererseits wird der Bestand der Guerilla nicht in Frage gestellt. Sie hat die „legale Verteidigung“ zu sichern.

Seit März 2010 fordert Abdullah ÖCALAN eine „Demokratische Autonomie“ für das kurdische Volk. Diese habe eine politische, juristische, wirtschaftliche und kulturelle Dimension. Außerdem müsse dafür gesorgt werden, dass sich das kurdische Volk weiterhin selbst verteidigen könne.<sup>104</sup> Vorschläge der türkischen Regierung zu einer Verfassungsänderung wurden als nicht ausreichend abgelehnt. Für das diesbezügliche Referendum am 12. September 2010 hatten die Kader der KCK und die ihnen nahestehende PARTEI FÜR FRIEDEN UND DEMOKRATIE (BDP) ihre Anhänger zum Boykott der Abstimmung aufgerufen. Wenn sich die

---

<sup>104</sup> YENI ÖZGÜR POLITIKA vom 21. August 2010, Seite 1/3.

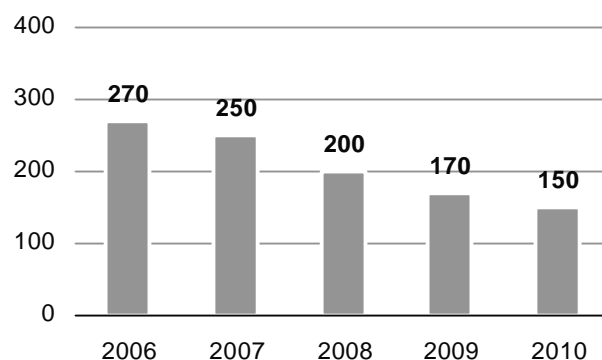
türkische Regierung nicht auf den Dialog für ein gemeinsames Leben mit gleichberechtigten Kurden einlassen wolle, werde man über die nötigen Konsequenzen nachdenken müssen, die gegebenenfalls bis hin zur Abspaltung vom türkischen Staat reichen könnten.<sup>105</sup>

## Strukturen

Die zentrale Führung der Organisation hat ihren Sitz im Nordirak. Deren Beschlüsse werden in Europa durch die CDK umgesetzt. Die Bundesrepublik Deutschland ist in die CDK-Bereiche Nord, Mitte und Süd aufgeteilt. Diese wiederum gliedern sich in insgesamt 28 Gebiete. In Deutschland hat die PKK seit Jahren etwa 11.500 Anhänger. Diese sind meist in örtlichen Vereinen organisiert. Der Dachverband der örtlichen Vereine ist die FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND e. V. (YEK-KOM). Daneben existieren zahlreiche Massenorganisationen der PKK, z. B. ihre Jugendorganisation KOMALEN CIWAN<sup>106</sup>.

Im Freistaat Sachsen ist die Anhängerzahl der PKK seit Jahren rückläufig. Sie wird gegenwärtig auf etwa 150 Personen geschätzt. Seit 1995 wurden hier YEK-KOM-Vereine in Dresden, Leipzig und Zwickau gegründet. Derzeit existiert nur noch der Verein KURDISCHES HAUS LEIPZIG e. V.

**Mitglieder bzw. Anhänger der PKK im Freistaat Sachsen**



## Aktivitäten

Die CDK agiert in Europa sowohl konspirativ als auch offiziell mit Hilfe ihrer verbundener Vereinigungen. Ein großer Teil ihrer konspirativen Tätigkeit besteht in der Beschaffung der finanziellen Mittel zur Unterhaltung des Organisationsapparates und zur Unterstützung des bewaffneten Kampfes in der Türkei. Haupteinnahmequelle sind die jährlichen Spendenkampagnen. Die PKK erzielt dabei allein in der Bundesrepublik Deutschland Summen von mehreren Millionen Euro. Im Zusammenhang mit dem militärischen Konflikt im Grenzgebiet der Türkei zum Nordirak oder den Haftbedingungen und dem Gesundheitszustand Abdullah ÖCALANS kommt es vereinzelt zu Brandanschlägen. Diese Aktionen sind mutmaßlich den KOMALEN CIWAN zuzuschreiben.

Der Freistaat Sachsen war von derartigen Vorkommnissen im Berichtszeitraum nicht betroffen.

Zu den offiziellen Aktivitäten gehören traditionelle Großveranstaltungen, wie die zentrale Feier anlässlich des kurdischen Neujahrsfestes Newroz. 2010 fand diese Großkundgebung am 20. März in Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) statt. Daran beteiligten sich etwa 20.000 Kurden aus ganz Deutschland.

Ein weiteres herausragendes Ereignis ist das Internationale kurdische Kulturfestival. Es fand am 18. September 2010 zum 18. Mal statt. An der Veranstaltung in Köln (Nordrhein-

<sup>105</sup> Interview des Vorsitzenden des Exekutivrates der KCK mit der Nachrichtenagentur „Firat“ (ANF). Veröffentlicht in der Nachrichtensendung des ROJ TV am 18. August 2010.

<sup>106</sup> Sinngemäße Übersetzung: Gemeinschaft der Jugendlichen.

Westfalen) nahmen zehntausende Kurden aus Deutschland und den angrenzenden Staaten teil.

Derartige Großveranstaltungen werden in Deutschland von der YEK-KOM organisiert und dienen der PKK u. a. als Plattform für die Verbreitung ihrer Ideologie. Traditionell werden Grußbotschaften Abdullah ÖCALANs und führender PKK-Kader verlesen oder per Videowand übertragen. Das Kurdistanfestival 2010 zeigte besonders deutlich, dass sich die Organisatoren und zahlreiche Veranstaltungsteilnehmer über das hier geltende Betätigungsverbot gegen die PKK hinwegsetzen. Das veranschaulichen der Schriftzug auf dem abgebildeten Einladungsplakat und die Vielzahl der von den Teilnehmern gezeigten verbotenen Symbole und Fahnen der PKK bzw. ihrer Nachfolgeorganisationen.

Außer solchen Großdemonstrationen finden bundesweit zu aktuellen Anlässen auch dezentrale Kundgebungen oder Saalveranstaltungen statt.

Im Freistaat Sachsen sind die Aktivitäten der PKK-Anhänger in den letzten Jahren stark rückläufig. Dies ist nicht zuletzt auf den restriktiven Umgang der Sicherheits- und Ordnungsbehörden mit entsprechenden Veranstaltungen zurückzuführen. Öffentliche Aktionen fanden hier letztmalig im Oktober 2008 statt. Seitdem beteiligten sich PKK-Anhänger aus dem Freistaat lediglich an Veranstaltungen in anderen Bundesländern.

Im Dezember 2010 verurteilte die 14. Strafkammer des Landgerichts Dresden den PKK-Verantwortlichen für den Raum Dresden zu einer Freiheitsstrafe von neun Monaten. Im Rahmen des gegen ihn laufenden Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Dresden hatte die Polizei festgestellt, dass er Propagandamaterial der PKK verkaufte. Bei einer anschließenden Durchsuchung wurden neben diversen Zeitschriften mit PKK-Bezug auch Spendengeldquittungen der laufenden Jahresspendenkampagne der PKK gefunden. Außerdem hatte er Eintrittskarten für verschiedene Veranstaltungen bei sich, u. a. auch für eine Großdemonstration in Straßburg (Frankreich) am 13. Februar 2010. Diese Veranstaltung findet in jedem Jahr im Februar statt, um gegen die Verbringung Abdullah ÖCALANs am 15. Februar 1999 aus Kenia in die Türkei und seine anschließende Verurteilung zu protestieren.

Die kurdische Tageszeitung YENI ÖZGÜR POLITIKA berichtet gelegentlich über die Ausrichtung von einzelnen internen Versammlungen im Freistaat Sachsen. So berichtete sie im März 2010 über eine „Volksversammlung“<sup>107</sup> in Dresden, an der mehrere hundert Personen teilgenommen haben sollen.<sup>108</sup> Außerdem sei im Juli 2010 in Chemnitz eine Gedenkveranstaltung für die Märtyrer der PKK durchgeführt worden.<sup>109</sup>

Im August 2010 wurde auf einer kurdischen Internetseite ein Beitrag mit dem Titel „Kurdische Vereinigungen in Europa unterstützen die Demokratische Autonomie“ veröffentlicht. Darin wird u. a. erklärt, dass die Demokratische Autonomie die einzige Möglichkeit zur friedlichen Lösung des Kurdenproblems darstelle.<sup>110</sup> Es folgt eine Auflistung von 228 Organisationen, die die BDP-Kampagne zum Boykott der Vorschläge der türkischen Regierung zur Verfassungsänderung unterstützen und die Vereinten Nationen sowie die Europäische Union aufrufen, an diesem Friedensprozess mitzuwirken. Darin werden auch der Verein LEIPZIG KURDISTAN VOLKSHAUS e. V. und der ZWICKAU KURDISTAN VOLKSHAUS e. V. genannt.

---

<sup>107</sup> Unter „Volksversammlung“ ist die Zusammenkunft der Vereinsmitglieder im örtlichen YEK-KOM-Verein zu verstehen.

<sup>108</sup> YENI ÖZGÜR POLITIKA, 31. März 2010, S.1/5.

<sup>109</sup> YENI ÖZGÜR POLITIKA, 20. Juli 2010, S.1/12.

<sup>110</sup> Vergleiche Abschnitt „Ideologie“.

## II. Spionageabwehr

Ausländische Nachrichtendienste sind in der Bundesrepublik Deutschland weiterhin aktiv. An ihren Zielrichtungen hat sich gegenüber dem Vorjahr nichts geändert. Im Fokus fremder Nachrichtendienste stehen weiterhin die Ausspähung hiesiger politischer Entscheidungsträger sowie die Beobachtung in Deutschland lebender Oppositioneller aus den jeweiligen Ländern. Daneben sind die Bereiche Wirtschaftsspionage, illegaler Wissenstransfer und Proliferation von besonderem Interesse. Eine wichtige Aufgabe des Verfassungsschutzes ist deshalb der Schutz einheimischer Wirtschaftsunternehmen und wissenschaftlicher Institutionen vor Spionage.

### Chinesische Nachrichtendienste

In der Bundesrepublik Deutschland sind mehrere Nachrichtendienste der Volksrepublik China aktiv. Für diese Dienste sind nicht nur klassische Aufklärungsziele in der Politik, Wirtschaft und im Militär von Interesse. Ihre Aktivitäten richten sich auch gegen oppositionelle Gruppierungen, die von der Kommunistischen Partei Chinas diffamierend als „Fünf Gifte“<sup>111</sup> bezeichnet und als Bedrohung angesehen werden.

Um über die Ziele und Arbeitsweisen chinesischer Nachrichtendienste aufzuklären, nahm das LfV Sachsen Kontakt zu Behörden, Wirtschaftsunternehmen, Forschungseinrichtungen und Privatpersonen auf.

### Russische Nachrichtendienste

Einen Schwerpunkt der Arbeit des Verfassungsschutzes ist die Abwehr von Aktivitäten russischer Nachrichtendienste. Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass diese nach wie vor Informationen aus den Bereichen Politik und Wirtschaft abschöpfen.

### Aktivitäten fremder Nachrichtendienste aus dem arabischen Raum

Diese Nachrichtendienste überwachen und forschen überwiegend in Deutschland lebende Oppositionelle sowie Angehörige der islamistischen Szene ihrer jeweiligen Heimatländer aus. In der Bundesrepublik Deutschland verfügen sie über gut besetzte Residenturen, insbesondere an den Botschaften.

### Internetattacken

Spionage mittels Internet ist effizient, kostengünstig und birgt nur ein geringes Entdeckungsrisiko. Die Bedrohung durch solche so genannte „electronic attacks“ ist nach wie vor hoch. Dabei werden mit Viren infizierte Dokumente zu verschiedenen Themen versandt oder Trojaner in firmeninterne Netzwerke geschleust. Oftmals werden diese Attacken von einem „social engineering“ begleitet. Darunter versteht man eine gezielte zwischenmenschliche Beeinflussung, durch die das Opfer veranlasst wird, vertrauliche Informationen preiszugeben – im Zusammenhang mit elektronischen Attacken auch „social hacking“ genannt.

### Wirtschaftsschutz / Prävention

Um über die Ziele und Arbeitsweisen fremder Nachrichtendienste aufzuklären, hat das LfV Sachsen 2010 Kontakt zu Behörden, Wirtschaftsunternehmen, Forschungseinrichtungen und Privatpersonen aufgenommen. Die Sensibilisierung und Aufklärung über Gefahren und Methoden fremder Nachrichtendienste sowie die Information über mögliche Gegenmaßnahmen sind das effektivste Mittel zur Abwehr von Wirtschaftsspionage. Der Fokus ist dabei auf kleine und mittelständische innovative Unternehmen gerichtet.

---

<sup>111</sup> Dazu zählen neben den Anhängern der Demokratiebewegung und Befürwortern einer Eigenstaatlichkeit Taiwans auch die nach einer tatsächlichen Autonomie strebenden Angehörigen ethnischer Minderheiten wie Tibeter und Uiguren sowie Mitglieder der Meditationsbewegung „Falun Gong“.

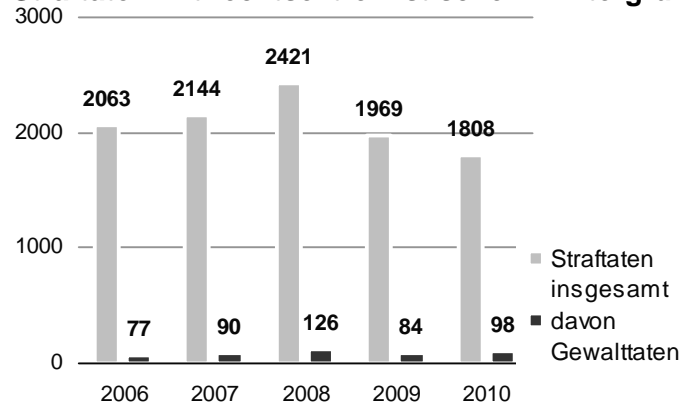
### III. Politisch motivierte Kriminalität – Straftaten mit extremistischem Hintergrund

#### Politisch motivierte Kriminalität „rechts“ – Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund

Der rückläufige Trend des Vorjahres setzte sich im Jahr 2010 bei der Anzahl aller Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund fort. Diese sanken um ca. 8 % auf 1.808 Delikte (2009: 1.969).

Allerdings stieg demgegenüber die Anzahl der Gewaltdelikte mit rechtsextremistischem Hintergrund um ca. 17 % auf 98 an (2009: 84). Damit stieg der Anteil der Gewalttaten an den Gesamtstraftaten auf ca. 5 % an (2009: etwa 4%).

**Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund**

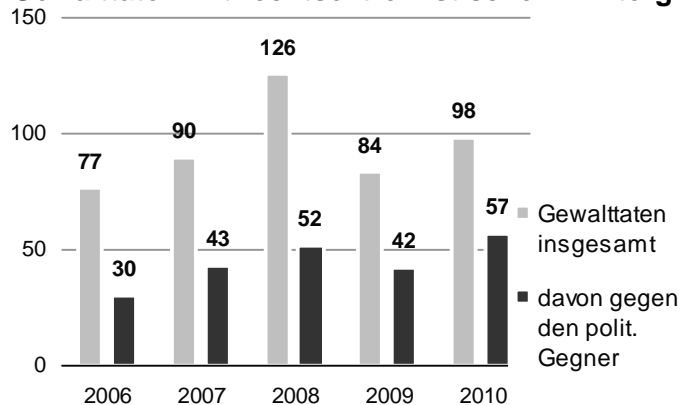


Die zunehmende Gewaltausübung bei rechtsextremistischen Straftaten war nicht nur quantitativ zu beobachten; auch die Qualität der Delikte entwickelte sich zunehmend hin zur Verübung von schwereren Straftaten. So stieg im Jahr 2010 die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Brandstiftungen erheblich auf 13 an (2009: 1). Außerdem wurden zwei Gewaltdelikte als versuchte Tötungsdelikte eingeordnet.

Zudem war eine erhebliche Zunahme der von Rechtsextremisten ausgehenden konfrontativen Gewalt zu verzeichnen. Waren 2006 noch 39 % der rechtsextremistischen Gewalttaten gegen den politischen Gegner gerichtet, betrug dieser Anteil 2010 mit 58 % deutlich mehr als die Hälfte aller Gewaltdelikte.

Die Anzahl der fremdenfeindlichen Gewaltdelikte ist im Berichtsjahr auf 27 gestiegen (2009: 25). Ihr Anteil an der Gesamtzahl der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten ist allerdings auf ca. 28 % (2009: ca. 30 %) gesunken.

**Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund**



Bei den gewalttätigen Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner war zu beobachten, dass die Schwere der Straftaten zugenommen hat. So wurden sachsenweit vermehrt brutale körperliche Angriffe durch Rechtsextremisten verübt und gemeingefährliche Mittel wie Brandbeschleuniger eingesetzt.

Z. B. wurde am frühen Morgen des 24. August ein Molotow-Cocktail in die bewohnten Räume eines der linksorientierten Szene zuzuordnenden Wohnprojektes in Dresden geworfen. Der Tat verdächtig wird ein Angehöriger der rechtsextremistischen Szene. Bereits am 19. August war im Erdgeschoss eines dem linksorientierten Spektrum zuzuordnenden Mehrfamilienhauses in Dresden ein Brand gelegt worden. Am 22. August soll eine Gruppe der rechtsextremistischen Szene mit acht bis zehn Personen eine Party von linksorientierten Personen in Meerane (Landkreis Zwickau) gestört und eine Schlägerei angezettelt haben. Ein weiterer Gewaltausbruch fand am 13. November in Limbach-Oberfrohna (Landkreis Zwickau) statt. Ein Rechtsextremist drang durch die eingeschlagene Fensterscheibe in die Räume eines Vereins ein und legte Feuer. Ausgangspunkt dieser Brandstiftung soll eine unmittelbar zuvor stattgefundenen Auseinandersetzung zwischen Angehörigen der rechtsextremistischen und der linksorientierten Szene gewesen sein.

Die Verschärfung der Auseinandersetzungen der politisch verfeindeten Szenen im Berichtsjahr wird auch durch eine so genannte „Outing-Aktion“ unterstrichen. Nach Auseinandersetzungen zwischen den politischen Gegnern im Landkreis Leipzig wurde von Rechtsextremisten – in Anlehnung an entsprechende Projekte der linken Szene – eine so genannte „Anti-Antifa-Plattform“ im Internet erstellt. Nach „zahlreichen linkskriminellen und gewalttätigen Übergriffen auf nationale Aktivisten in Geithain“<sup>112</sup> hätten die Initiatoren beschlossen, eine Bilderserie über die „linksextreme Szene“ in Geithain zu veröffentlichen. Nach jedem Überfall oder Angriff auf Nationalisten oder deren Eigentum werde ein weiterer Geithainer Antifaschist „aus der Anonymität gerissen“. „Rote haben Namen und Adressen – Kein Fußbreit den Antideutschen!“<sup>113</sup>. Auf der „Anti-Antifa-Plattform“ wurde am 4. April Bild und Adresse eines 15-jährigen vermeintlichen Linksextremisten mit weiteren Angaben veröffentlicht. Diese Person wurde einen Monat später von einem Rechtsextremisten an einer Tankstelle angegriffen und dabei lebensgefährlich verletzt.

Die konfrontative Gewalt wird durch Rechtsextremisten mehrheitlich bewusst und geplant gesucht und verübt. Gewalttaten, die sich spontan bei Tatgelegenheiten ereignen, wie beispielsweise am Rande von Demonstrationen, machen nur einen geringeren Anteil aus. Im Zusammenhang mit Demonstrationen wurden im Jahr 2010 16 Delikte bzw. 16% der Gewalttaten begangen (2009: 9 Delikte bzw. 11%).

Als ein Erklärungsversuch für den Anstieg der konfrontativen Gewalt kann die Studie einer Forschungsgruppe des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung an der TU Dresden<sup>114</sup> herangezogen werden. Ergebnis dieser Studie war, dass der Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag bei der Landtagswahl 2004 ein erklärender Faktor für den Anstieg der konfrontativen Gewalt ist<sup>115</sup>. Dies führte zu einer gesteigerten Präsenz des Themas „Rechtsextremismus“ in der Öffentlichkeit. Damit ging eine erhöhte Mobilisierung linksextremistischer Gewalttäter einher. Es kam zu einem Anstieg der von Linksextremisten ausgehenden Konfrontationsdelikte, insbesondere im Umfeld von rechtsextremistischen Demonstrationen. Laut der Studie folgte daraus wiederum eine unmittelbare Zunahme der von Rechtsextremisten ausgehenden Konfrontationsgewalt.

Nach der für die NPD im Ergebnis ähnlich verlaufenden sächsischen Landtagswahl 2009 könnte sich nun die damals zu beobachtende Entwicklung wiederholen haben.

Eine Auswertung der politisch motivierten Gewalttaten aus den Jahren 2007-2009 hat ergeben, dass nur ein geringer Teil der ermittelten Gewalttäter so genannte Mehrfachtäter – d. h.

---

<sup>112</sup> Auszug der Internetseite vom 4. April 2010.

<sup>113</sup> Ebenda.

<sup>114</sup> Backes, Mletzko, Stoye: NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt; 2010.

<sup>115</sup> Ebenda. S. 51.



an mehreren Gewalttaten beteiligt – waren. Allerdings wurden allein durch die Mehrfachtäter durchschnittlich rund ein Drittel aller Gewalttaten begangen, im Jahr 2009 sogar fast die Hälfte. Bei zwei Dritteln der untersuchten Mehrfachtäter war eine strukturelle Anbindung an Gruppierungen der rechtsextremistischen Szene bekannt. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die rechtsextremistischen Gruppierungen organisierte Gewalttätergruppierungen waren. Für solche Gruppierungen haben sich – abgesehen von den bereits bekannten Fällen – in der Untersuchung keine konkreten zusätzlichen Anhaltspunkte ergeben.

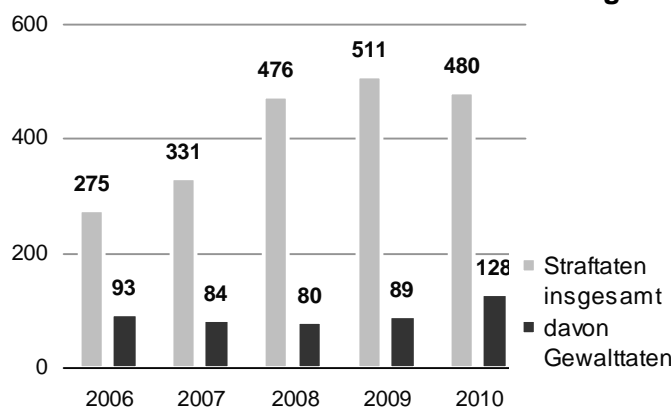
Die Verteilung sowohl der rechtsextremistischen Straftaten als auch der Gewalttaten auf die einzelnen Landesdirektionsbezirke gestaltet sich ähnlich wie im Vorjahr. Der Anteil war im Landesdirektionsbezirk Dresden mit 44 % aller Straftaten und 49% aller Gewalttaten am höchsten (2009: ca. 44 % bzw. ca. 45 %). Im Landesdirektionsbezirk Leipzig ereigneten sich 25 % aller Straftaten und 29 % aller Gewalttaten (2009: ca. 25 % bzw. ca. 32 %), während im Landesdirektionsbezirk Chemnitz 31 % aller Straftaten und 22 % aller Gewalttaten begangen wurden (2009: ca. 31 % bzw. 23 %).

Regionale Schwerpunkte der rechtsextremistischen Straftaten waren 2010 die Stadt Dresden (250) und der Landkreis Görlitz (175). Rechtsextremistische Gewalttaten wurden schwerpunktmäßig ebenfalls in der Stadt Dresden (20) und im Landkreis Görlitz (14) begangen. Während der Schwerpunkt in der Landeshauptstadt nicht überrascht, ist der Anstieg der Gewalttaten im Landkreis Görlitz (2009: sechs) beachtenswert. Die dortigen Straftaten ereigneten sich über das gesamte Jahr und waren über den ganzen Landkreis verteilt, ohne dass sich Häufungen abzeichnen.

### Politisch motivierte Kriminalität „links“ – Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund

Die Anzahl der Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund ging im Jahr 2010 leicht um ca. 6 % auf 480 Delikte zurück (2009: 511). Die Anzahl der Gewaltdelikte mit linksextremistischem Hintergrund erhöhte sich hingegen deutlich um ca. 44 % auf 128 Fälle (2009: 89). Damit stieg der Anteil der Gewalttaten an den Gesamtstraf-taten auf ca. 27 % an (2009: ca. 17 %).

**Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund**



Die linksextremistischen Straf- und Gewalttaten verteilten sich folgendermaßen auf die Landesdirektionsbezirke: ca. 51 % aller Straf- und ca. 57 % aller Gewalttaten wurden im Landesdirektionsbezirk Dresden begangen (2009: ca. 50 % bzw. ca. 62 %), ca. 29 % aller Straf- und ca. 32 % aller Gewalttaten im Landesdirektionsbezirk Leipzig (2009: ca. 27 % bzw. ca. 23 %) sowie ca. 19 % aller Straf- und ca. 11 % aller Gewalttaten im Landesdirektionsbezirk Chemnitz (2009: ca. 23 % bzw. ca. 15 %).

Der regionale Schwerpunkt der Straf- und Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund lag damit – wie schon im Vorjahr – im Landesdirektionsbezirk Dresden. Die meisten dieser Straf- und Gewalttaten wurden in der Stadt Dresden anlässlich der Aktivitäten von Extremisten zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg verübt. Im deutlichen

Abstand folgte die Stadt Leipzig. In Chemnitz und in den anderen Regionen des Freistaates war eine deutlich geringere Anzahl von Straf- und Gewalttaten zu verzeichnen.

Die Straftatenverteilung spiegelt damit die räumliche Verteilung der autonomen Szenen sowie die der rechtsextremistischen Demonstrationen wieder. Diese sind mehrheitlich dort begangen worden, wo es fest etablierte autonome Strukturen gibt. Anlass war zumeist die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner bei dessen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten.

Ein Großteil der Straftaten wurde im Zusammenhang mit linksextremistischen Aktivitäten gegen Demonstrationen von Rechtsextremisten verübt. Von den 480 Straftaten standen 228 im Zusammenhang mit Demonstrationen (2009: 134). Der Anteil dieser Straftaten lag im Berichtsjahr damit bei ca. 48 % (2009: ca. 26 %). Bei 88 dieser Straftaten handelte es sich um Gewaltdelikte (2009: 59). Damit stieg der Anteil der im Zusammenhang mit Demonstrationen verübten Gewaltdelikte an der Gesamtzahl der linksextremistisch motivierten Gewaltstraftaten auf ca. 69 % (2009: ca. 66 %).

Von den bei Demonstrationen begangenen Straftaten wurden ca. 62 % im Bereich der Landesdirektion Dresden verübt. Allein 105 Straftaten wurden anlässlich des 13. Februar 2010 registriert (2009: 68). Damit wurden ca. 46 % aller im Zusammenhang mit Demonstrationen stehenden linksextremistischen Straftaten im Rahmen der Aktivitäten der linksextremistischen Szene anlässlich des Gedenkens an die Bombardierung Dresdens am 13. Februar und des rechtsextremistischen Aufmarsches begangen. Die Gewalttaten richteten sich vorrangig gegen den politischen Gegner, weniger gegen die Polizei. Dies war eine Folge der von gewaltbereiten Linksextremisten gewählten Taktik, Rechtsextremisten außerhalb der Blockaden und der Versammlungsorte anzugreifen. Außerdem erfolgten Angriffe gegen Sachwerte, wobei insbesondere eine Bankfiliale und ein Autohaus für Luxusfahrzeuge angegriffen wurden. Für das Jahr 2011 zeichnet sich hingegen ein Anstieg der gegen Polizeibeamte verübten Straftaten im Zusammenhang mit dem 13. und 19. Februar ab. Es kam zu zahlreichen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und gewaltbereiten Linksextremisten, die Polizeisperren überwandern, um an die Blockadepunkte zu gelangen.

Auch im Bereich der Landesdirektion Leipzig war ein deutlicher Anstieg linksextremistischer Straftaten, die im Zusammenhang mit Demonstrationen begangen wurden, zu verzeichnen. Fast die Hälfte der hiesigen diesbezüglichen Straftaten wurde im Rahmen der Gegenaktivitäten anlässlich einer rechtsextremistischen Demonstration am 16. Oktober in Leipzig verübt. Unter anderem ereignete sich ein schwerer Landfriedensbruch im Stadtteil Leipzig-Grünau als eine größere – mutmaßlich linksextremistische – Personengruppe in einen Supermarkt eindrang, Waren entwendete und pyrotechnische Erzeugnisse zündete. Möglicherweise galt der Übergriff einer Gruppe von Rechtsextremisten, die sich im Markt aufgehalten hatte.

Aber auch im Landkreis Nordsachsen kam es zu einer Reihe von Straftaten. Diese standen zumeist im Zusammenhang mit den Gegenaktivitäten anlässlich der von Rechtsextremisten durchgeführten Demonstration am 24. April in Torgau. Die Angriffe richteten sich sowohl gegen eingesetzte Polizeibeamte als auch gegen Demonstrationsteilnehmer.

Der deutliche Anstieg der Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund belegt die zunehmende Gewaltbereitschaft innerhalb der linksextremistischen Szene. Die Deliktsart Körperverletzung nahm 2010 dabei einen Anteil von ca. 51 % ein und damit deutlich mehr als im Vorjahr (2009: ca. 36 %). Die Gewalttaten richteten sich mit einem Anteil von ca. 53 % (2009: ca. 45 %) in erster Linie gegen den politischen Gegner. Auch bei den Körperverletzungsdelikten richtete sich die Mehrzahl (ca. 65 %, 2009: ca. 62 %) gegen den politischen Gegner.

Der starke Anstieg der linksextremistischen Gewalttaten kann ein Anzeichen dafür sein, dass innerhalb der linksextremistischen Szene die Hemmschwelle für das Begehen von Straftaten gesunken ist und vermehrt tätliche Angriffe erfolgen. In Bezug auf die konfrontative Gewalt gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten liegt die Hemmschwelle ohnehin niedrig. In linksextremistischen Kreisen wird diese Gewalt weitgehend akzeptiert. Auf Grund der klaren Gegnerschaft bedarf es hier keiner weiteren Begründung. Es ist davon

auszugehen, dass auch künftig öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen von Rechtsextremisten Anlass zu linksextremistischen Straf- und Gewalttaten geben werden.

Der bereits im Vorjahr festgestellte Anstieg der linksextremistisch motivierten Brandanschläge setzte sich im Jahr 2010 fort (von 7 im Jahr 2009 auf 9 im Jahr 2010).

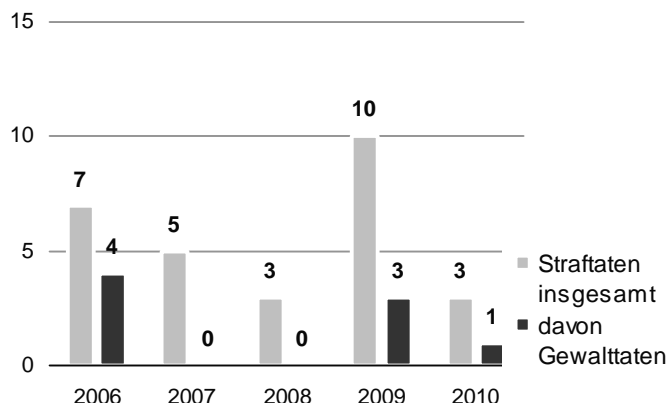
Während sich im Jahr 2009 eine Reihe von Brandanschlägen gegen Reviere und Einsatzfahrzeuge der Polizei richteten, geriet im Berichtsjahr zumeist der politische Gegner in den Fokus. Beispielsweise wurde am 2. Juli in Döbeln (Landkreis Mittelsachsen) das Fahrzeug eines Rechtsextremisten mit der Aufschrift „Wer Rechts ist kriegt Probleme – schöne Grüße Antifa“ besprüht und angezündet. Weitere Brandanschläge erfolgten am 12. März in Geithain (Landkreis Leipzig) auf einen vermeintlichen Treffpunkt von Rechtsextremisten und am 22./23. September in Zwickau auf den Sitz einer Firma, der unterstellt wird, vorwiegend rechtsextremistische Bekleidung zu vertreiben.

Aber auch die Bundeswehr wurde nach 2009 erneut Ziel eines Brandanschlages, als am 22. Oktober versucht wurde, eines ihrer Fahrzeuge in Brand zu setzen.

### Politisch motivierte Ausländerkriminalität – Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund

Im Jahr 2010 wurden drei Straftaten (2009: 10) festgestellt, die als extremistisch bewertet wurden, darunter ein Gewaltdelikt (2009: 3). Mit diesem Rückgang wurde wieder das niedrige Niveau aus dem Jahr 2008 erreicht.

**Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund**



Alle drei Delikte wurden von Einzelpersonen verübt, die dem islamistischen Spektrum zugeordnet werden. Mit den Aktionen brachten die Täter ihren Hass gegen den Staat Israel zum Ausdruck. Konkrete Bezüge zu extremistischen Organisationen konnten nicht festgestellt werden.

## IV. Glossar des Verfassungsschutzes

### **Anti-Antifa**

Unter dem Begriff „Anti-Antifa“ verfolgen Neonazis in Anlehnung an Terminologie und Vorgehensweise von Linksextremisten ein Konzept zur Erfassung und Veröffentlichung von Daten über politische Gegner. Mit der Begriffswahl wollen sie verdeutlichen, dass ihr Handeln eine Reaktion auf linksextremistische Aktivitäten darstellt und als solche auch militante Aktionsformen umfassen kann. Ihre Aktivitäten weisen bisher in der Regel einen propagandistischen Charakter auf und zielen vornehmlich auf die Verunsicherung des Gegners ab. Als Gegner werden dabei auch Angehörige der Sicherheitsbehörden angesehen.

### **Antideutsche**

Anhänger einer antideutschen Ideologie bilden eine Besonderheit innerhalb der gewaltbereiten linksextremistischen Szene und tragen zu einer deutlichen Polarisierung im linksextremistischen Gefüge bei. Hauptbestandteil antideutscher Ideologie ist die bedingungslose Solidarität mit der Politik des Staates Israels und dem jüdischen Volk. Antideutsche sprechen sich - in Befürchtung eines neuerlichen, von Deutschland ausgehenden Holocaust - für eine massive Unterstützung des Staates Israels und des Judentums aus und stehen oft positiv zu den USA als deren Schutzmacht. Antideutsche befürchten ein Erstarren des deutschen Nationalismus und ein großdeutsches „Viertes Reich“, sie lehnen daher einen deutschen Nationalstaat insgesamt ab. Im linksextremistischen Umfeld treten Antideutsche verstärkt durch Antisemitismusvorwürfe gegen rivalisierende linksextremistische Gruppierungen hervor.

### **Antifa, autonome**

Der „antifaschistische Kampf“ ist ein Hauptagitationsfeld von AUTONOMEN. Aus ihrer Sicht ist es geboten, den Kampf gegen Faschisten und Rassisten in die eigenen Hände zu nehmen. In autonomen Publikationen und Stellungnahmen wird für Gegenveranstaltungen zu rechtsextremistischen Kundgebungen geworben. Die Agitation richtet sich auch gegen bestimmte staatliche Einrichtungen oder ihre Repräsentanten. Darüber hinaus werden Adressen und „Steckbriefe“ von politischen Gegnern veröffentlicht, die nicht selten mit der Aufforderung verbunden sind, diese Personen auch anzugreifen. Im Rahmen der „antifaschistischen Selbsthilfe“ werden auch militante Aktionen befürwortet, die sich in erster Linie gegen den politischen Gegner, insbesondere tatsächliche oder vermeintliche „Nazis“ richten. Dadurch kommt es regelmäßig zu hohen Sachschäden, teilweise aber auch zu Personenschäden.

### **Antifaschismus**

„Antifaschismus“ als Begriff wird auch von Demokraten verwendet, um ihre Ablehnung des Rechtsextremismus zum Ausdruck zu bringen. Mehrheitlich nehmen jedoch Linksextremisten diesen Begriff für sich in Anspruch. Sie behaupten, dass der kapitalistische Staat den Faschismus hervorbringe, zumindest aber toleriere. Daher richtet sich der Antifaschismus nicht nur gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten, sondern immer auch gegen den Staat und seine Vertreter, insbesondere Angehörige der Sicherheitsbehörden.

### **Ausländerextremismus**

Extremistische Ausländerorganisationen verfolgen in Deutschland Ziele, die häufig durch aktuelle Ereignisse und politische Entwicklungen in ihren Heimatländern bestimmt sind. Entsprechend ihrer politischen Ausrichtung handelt es sich dabei zum Beispiel um linksextremistische Organisationen (z. B. die türkische REVOLUTIONÄRE VOLKSBEFREIUNGSPARTEI-FRONT (DHKP-C)), soweit sie in ihren Heimatländern ein sozialistisches bzw. kommunistisches Herrschaftssystem anstreben oder um nationalistische Organisationen, die ein überhöhtes Selbstverständnis von der eigenen Nation haben und die Rechte anderer Völker missachten. Daneben gibt es separatistische Organisationen, die eine Loslösung ihres Herkunftsgebietes aus einem bereits bestehenden Staatsgebilde und die Schaffung eines eigenen Staates verfolgen. Die größte von den Verfassungsschutzbehörden beobachtete ausländerextremistische Organisation in Deutschland ist nach wie vor die unter der Bezeichnung PKK bekannte ARBEITERPARTEI KURDISTANS.

Derartige Organisationen unterliegen der Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden, wenn:

- sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland richten, indem sie hier z. B. versuchen, eine ihren Grundsätzen entsprechende Parallelgesellschaft zu errichten,
- sie ihre politischen Auseinandersetzungen mit Gewalt auf deutschem Boden austragen und dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährden,
- sie vom Bundesgebiet aus Gewaltaktionen in anderen Staaten durchführen oder unterstützen und dadurch auswärtige Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu diesen Staaten gefährden,
- sich ihre Aktivitäten gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker, richten.

### **AUTONOME**

Kennzeichnend für die Bewegung der AUTONOMEN, die über kein einheitliches ideologisches Konzept verfügt, ist die Ablehnung staatlicher und gesellschaftlicher Normen und Zwänge, die Suche nach einem freien, selbstbestimmten Leben in herrschaftsfreien Räumen und der Widerstand gegen den demokratischen Staat und seine Institutionen, wobei Gewalt von AUTONOMEN grundsätzlich als Aktionsmittel („militante Politik“) akzeptiert ist. AUTONOME bilden den weitaus größten Anteil des gewaltbereiten linksextremistischen Personenpotenzials.

Das Selbstverständnis der heterogenen autonomen Bewegung ist geprägt von Anti-Einstellungen („antikapitalistisch“, „antifaschistisch“, „antipatriarchal“). Diffuse anarchistische und kommunistische Ideologiefragmente („Klassenkampf“, „Revolution“ oder „Imperialismus“) bilden den Rahmen ihrer oftmals spontanen Aktivitäten. Eine klassische Form autonomer Gewalt ist die so genannte Massenmilitanz. Das sind Straßenkrawalle, die sich im Rahmen von Demonstrationen oder im Anschluss daran entwickeln. Hierbei kommt es regelmäßig auch zu Gewaltexzessen.

### **AUTONOME NATIONALISTEN**

Mit den AUTONOMEN NATIONALISTEN tritt eine Strömung innerhalb des deutschen Neonationalsozialismus öffentlichkeitswirksam in Erscheinung, die sich in lokalen Gruppierungen organisiert. Angehörige der AUTONOMEN NATIONALISTEN treten oft mit einem hohen Maß an Gewaltbereitschaft gegen Polizeibeamte und politische Gegner auf, dies insbesondere bei öffentlichen Veranstaltungen, wo sich AUTONOME NATIONALISTEN bisweilen verummmt zu so genannten „Schwarzen Blöcken“ zusammenschließen. Zudem übernehmen sie in Teilen Stilelemente anderer Jugendsubkulturen und treten ähnlich gekleidet auf wie militante Linksextremisten (AUTONOME). Innerhalb der Neonazi-Szene sind AUTONOME NATIONALISTEN vor allem wegen ihres öffentlichen Erscheinungsbildes und ihrer Gewaltbereitschaft umstritten. Dessen ungeachtet beteiligen sich zunehmend auch FREIE NATIONALISTEN anlassbezogen an der Aktionsform des „Schwarzen Blockes“ der AUTONOMEN NATIONALISTEN.

### **Bestrebungen, extremistische**

Nach allgemeinem Sprachgebrauch sind Bestrebungen alle auf ein Ziel gerichteten Aktivitäten. Extremistische Bestrebungen im Sinne des Verfassungsschutzgesetzes sind Aktivitäten mit der Zielrichtung, die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu beseitigen. Dazu gehören Vorbereitungshandlungen, Agitation und Gewaltakte.

Es ist zu unterscheiden zwischen

- Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes,
- Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes,
- Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes sind solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, die Freiheit des Bundes oder eines Landes von fremder Herrschaft aufzuheben, ihre staatliche Einheit zu beseitigen oder ein zu ihm gehörendes Gebiet abzutrennen.

Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes sind solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, den Bund, Länder oder deren Einrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit erheblich zu beeinträchtigen.

Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, einen der zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu zählenden Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.

Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, sind Bestrebungen, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet sind oder auf Grund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut des Bundesverfassungsschutzgesetzes oder eines Landesverfassungsschutzgesetzes erheblich zu beschädigen.

### **Extremismus/Radikalismus**

Die Verfassungsschutzbehörden unterscheiden zwischen „Extremismus“ und „Radikalismus“, obwohl beide Begriffe oft synonym gebraucht werden. Bei „Radikalismus“ handelt es sich zwar auch um eine überspitzte, zum Extremen neigende Denk- und Handlungsweise, die gesellschaftliche Probleme und Konflikte bereits „von der Wurzel (lat. radix) her“ anpacken will. Im Unterschied zum „Extremismus“ sollen jedoch weder der demokratische Verfassungsstaat noch die damit verbundenen Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung beseitigt werden. So sind z. B. Kapitalismuskritiker, die grundsätzliche Zweifel an der Struktur unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung äußern und sie von Grund auf verändern wollen, noch keine Extremisten. Radikale politische Auffassungen haben in unserer pluralistischen Gesellschaftsordnung ihren legitimen Platz. Auch wer seine radikalen Zielvorstellungen realisieren will, muss nicht befürchten, dass er vom Verfassungsschutz beobachtet wird, jedenfalls nicht, so lange er die Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung nicht bekämpft. Als extremistisch werden dagegen die Aktivitäten bezeichnet, die darauf abzielen, die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu beseitigen.

### **Fanzine**

Der Begriff setzt sich aus den Worten „Fan“ und „Magazine“ zusammen und bezeichnet in der Regel subkulturelle Publikationen. In der rechtsextremistischen Szene informieren diese Publikationen über Musikgruppen, Tonträger, Konzerte sowie sonstige Szeneveranstaltungen. Aktivisten und rechtsextremistische Gruppierungen erhalten in Interviews Gelegenheit zur Selbstdarstellung und zur Verbreitung ihres Gedankengutes.

### **FREIE NATIONALISTEN / FREIE KRÄFTE**

Das Konzept der FREIEN NATIONALISTEN (auch FREIE KRÄFTE genannt) wurde Mitte der 1990er Jahre von Neonazis als Reaktion auf die zahlreichen Vereinsverbote entwickelt. Ziel war es, die zersplitterte neonazistische Szene unter Verzicht auf vereinsmäßige Strukturen („Organisierung ohne Organisation“) zu bündeln, ihre Aktionsfähigkeit zu erhöhen und gleichzeitig Verbotsmaßnahmen zu verhindern. Ein Großteil der FREIEN NATIONALISTEN sammelte sich in rechtsextremistischen Kameradschaften. Ab Mitte der 2000er Jahre setzte ein erneuter Strukturwandel in der Kameradschaftsszene ein, der von einer weiteren Lockerung der Organisationsstrukturen gekennzeichnet war. Damit wurde das Ziel verfolgt, dem Staat noch weniger Angriffsfläche zu bieten.

## **Freiheitliche demokratische Grundordnung**

Damit ist nicht die Verfassung bzw. das Grundgesetz in seiner Gesamtheit gemeint, sondern die unabänderlichen obersten Wertprinzipien als Kernbestand der Demokratie. Diese fundamentalen Wertprinzipien bestimmen die Gesetzgebung des Bundes und der Länder, so auch die Verfassungsschutzgesetze.

Zu diesen Grundsätzen gehören folgende Verfassungsprinzipien:

- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch Organe der Gesetzgebung und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,
- die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

## **Fremdenfeindlichkeit**

Fremdenfeindlichkeit richtet sich gegen Menschen, die sich durch Herkunft, Nationalität, Religion oder Hautfarbe von der als „normal“ erachteten Umwelt unterscheiden.

Die mit dieser Zuweisung typischerweise verbundenen vermeintlich minderwertigen Eigenschaften werden als Rechtfertigung für einschlägige Straftaten missbraucht. Insbesondere das rechtsextremistische Weltbild ist geprägt von einer Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit, aus der u. a. Fremdenfeindlichkeit resultiert.

## **Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ)**

Das 2004 eingerichtete "Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum" (GTAZ) in Berlin-Treptow mit einer "Nachrichtendienstlichen Informations- und Analysestelle" (NIAS) sowie einer "Polizeilichen Informations- und Analysestelle" (PIAS) konzentriert die Experten für Terrorismusabwehr der deutschen Sicherheitsbehörden an einem Ort. Im GTAZ sind die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, das Bundeskriminalamt (BKA), die Landeskriminalämter und der Bundesnachrichtendienst (BND) eingebunden. Weitere Teilnehmer sind Bundespolizei, Zollkriminalamt, Militärischer Abschirmdienst (MAD), Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und Vertreter der Generalbundesanwaltschaft. Die Abstimmung von Bewertungen und von Maßnahmen bei sicherheitsrelevanten Sachverhalten mit Terrorismusbezug wird erleichtert und beschleunigt.

## **Gemeinsames Internetzentrum (GIZ)**

Das GIZ führt seit 2007 die offene Beobachtung des Internets nach islamistischen Inhalten durch. Dort sind sprachkundige Experten der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder tätig.

## **Islamismus**

Der Begriff des Islamismus bezeichnet eine religiös motivierte Form des politischen Extremismus. Islamisten sehen in den Schriften und Geboten des Islam nicht nur Regeln für die Ausübung der Religion, sondern auch Handlungsanweisungen für eine islamistische Staats- und Gesellschaftsordnung. Ein Grundgedanke dieser islamistischen Ideologie ist die Behauptung, alle Staatsgewalt könne ausschließlich von Gott (Allah) ausgehen. Damit richten sich islamistische Bestrebungen gegen die Wertvorstellungen des GG, insbesondere gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Islamisten halten die Etablierung einer islami-

schen Gesellschaftsordnung für unabdingbar. Dieser Ordnung sollen letztlich sowohl Muslime als auch Nicht-Muslime unterworfen werden.

Islamistische Organisationen – mit Ausnahme islamistisch-terroristischer Organisationen – lassen sich grob in zwei Kategorien einteilen:

- Organisationen, die in ihren Herkunftsländern die konsequente Umgestaltung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnungen nach ihrem Verständnis der islamischen Rechtsordnung (Scharia) anstreben. In Deutschland liegt ihr Schwerpunkt auf propagandistischen Aktivitäten sowie der Sammlung von Spendengeldern, um die Mutterorganisationen in den Herkunftsländern zu unterstützen.
- Andere islamistische Gruppierungen in Deutschland verfolgen eine umfassendere, auch politisch motivierte Strategie. Auch sie streben eine Änderung der Staats- und Gesellschaftsordnung in ihren Herkunftsländern zugunsten eines islamischen Staatswesens an. Sie bemühen sich jedoch im Rahmen einer legalistischen Strategie, ihren Anhängern in Deutschland größere Freiräume für ein schariakonformes Leben zu schaffen.

### **Islamistischer Terrorismus**

Islamistischer Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für islamistische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129 a Abs. 1 Strafgesetzbuch (StGB) genannt sind, oder durch andere Straftaten, die zur Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

Unter „Homegrown“-Terrorismus sind islamistische Strukturen oder Strukturansätze zu verstehen, die sich aus radikalisierten Personen ab der zweiten Einwanderergeneration sowie radikalisierten Konvertiten zusammensetzen. Die Personen sind zumeist in europäischen Ländern geboren und/oder aufgewachsen, stehen jedoch aufgrund religiöser, gesellschaftlicher, kultureller oder psychologischer Faktoren dem hiesigen Wertesystem ablehnend gegenüber und erachten die Errichtung einer islamistischen Gesellschaftsordnung für erstrebenswert. Gemeinsames Kennzeichen dieses Personenkreises ist, dass er von der pan-islamischen „al-Qaida“-Ideologie beeinflusst wird.

Lediglich ein sehr kleiner Teil zum Islam konvertierter Personen macht sich islamistisches Gedankengut zu eigen und engagiert sich für islamistische Ziele. Die Rolle von Konvertiten in islamistischen/islamistisch-terroristischen Strukturen erklärt sich u. a. aus der Motivation, sich gegenüber Glaubensbrüdern als besonders gute Muslime (hier: Islamisten) beweisen zu wollen. Sie weisen zudem aufgrund ihrer Kenntnis der westlichen Gegebenheiten strategische Vorteile auf.

### **Jihad**

Die wörtliche Übersetzung dieses Begriffs ist „Anstrengung“ oder „Bemühung“. Es gibt zwei Formen des Jihad: die geistig-spirituelle Bemühung des Gläubigen um das richtige religiöse und moralische Verhalten gegenüber Gott und den Mitmenschen (so genannter großer Jihad) oder der kämpferische Einsatz zur Verteidigung oder Ausdehnung des islamischen Herrschaftsgebiets (so genannter kleiner Jihad). Von militanten Gruppen wird der Jihad häufig als religiöse Legitimation für Terroranschläge verwendet. Islamistische Terroristen führen unter dem Leitprinzip dieses Jihad ihren gewalttätigen Kampf/„heiligen Krieg“ gegen die angeblichen Feinde des Islam.



## **KAMERADSCHAFTEN, rechtsextremistische (im Freistaat Sachsen)**

Bei KAMERADSCHAFTEN handelt sich um Gruppierungen, die

- einen abgegrenzten Aktivistenstamm mit beabsichtigter geringer Fluktuation besitzen,
- eine lediglich lokale oder maximal regionale Ausdehnung aufweisen,
- eine zumindest rudimentäre Struktur besitzen und
- die Bereitschaft zu gemeinsamer politischer Arbeit auf Basis einer rechtsextremistischen, insbesondere neonationalsozialistischen Grundorientierung haben.

Die KAMERADSCHAFTEN sind im Wesentlichen von zwei Formen bestimmt:

- **Skinhead-KAMERADSCHAFTEN**  
Diese besitzen keine festen Führungsstrukturen und sind von Spontaneität und Aktivismus geprägt. Dementsprechend beschränken sich ihre Aktivitäten hauptsächlich auf den regionalen Bereich und auf die Teilnahme an rechtsextremistischen Konzerten.
- **Neonationalsozialistische KAMERADSCHAFTEN**  
Diese weisen klar erkennbare Führungsstrukturen auf und sind stark politisch ausgerichtet. In ihren weltanschaulichen Grundpositionen werden zunehmend antikapitalistische Elemente sichtbar. Gefordert werden ein Nationaler Sozialismus und die Volksgemeinschaft. In letzter Zeit favorisieren neonationalsozialistische Kameradschaften die Auflösung ihrer Strukturen unter der Bezeichnung FREIE KRÄFTE.

## **Linksextremismus**

Mit diesem Begriff werden Bestrebungen von Personenzusammenschlüssen bezeichnet, für die alle oder einige der folgenden Merkmale charakteristisch sind:

- Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus als „wissenschaftliche“ Anleitung zum Handeln; daneben, je nach Ausprägung der Partei oder Gruppierung, Rückgriff auch auf Theorien weiterer Ideologen wie Stalin, Trotzki, Mao Zedong und andere,
- Bekenntnis zur sozialistischen oder kommunistischen Transformation der Gesellschaft mittels eines revolutionären Umsturzes oder langfristiger revolutionärer Veränderungen,
- Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats oder zu einer herrschaftsfreien (anarchistischen) Gesellschaft,
- Bekenntnis zur revolutionären Gewalt als bevorzugte oder – je nach den konkreten Bedingungen – taktisch einzusetzende Kampfform.

Linksextremistische Parteien und Gruppierungen lassen sich grob in zwei Hauptströmungen einteilen:

- **Dogmatische Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten:** In Parteien oder anderen festgefügtten Vereinigungen organisiert, verfolgen sie die erklärte Absicht, eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaftsordnung zu errichten,
- **AUTONOME, Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre:** In losen Zusammenhängen, seltener in Parteien oder formalen Vereinigungen agierend, streben sie ein herrschaftsfreies, selbstbestimmtes Leben frei von jeglicher staatlicher Autorität an.

## **Mujahid**

Als Mujahidin (wörtlich: Plural für „Kämpfer im Jihad“) werden Islamisten bezeichnet, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie sich

- am „gewaltsamen Jihad“ selbst beteiligen oder beteiligt haben oder
- für die Teilnahme am „gewaltsamen Jihad“ ausbilden lassen oder bereits haben ausbilden lassen oder

- am „gewaltsamen Jihad“ beteiligen werden, z. B. auf Grund entsprechender Äußerungen.

Arabische Muslime verschiedener Nationalität stellen einen überproportional großen Teil der Mujahidin.

### **Neonazismus / Neonationalsozialismus**

Der Neonationalsozialismus bezieht sich auf die Weltanschauung des „Dritten Reiches“ und macht diese zur Grundlage seiner politischen Zielvorstellungen. Elementare Bestandteile der neonationalsozialistischen Weltanschauung sind Nationalismus und Rassismus sowie die Forderung nach einem autoritären „Führerstaat“ unter Ausschaltung wesentlicher Elemente demokratischer Gewaltenteilung. Abgrenzungskriterien zum subkulturell geprägten Rechts-extremismus sind der bei Neonazi-Aktivist\*innen stärker ausgeprägte Wille zur politischen Arbeit sowie eine intensivere Auseinandersetzung mit inhaltlichen Aspekten des Weltbildes.

### **Politisch motivierte Kriminalität (PMK)**

Das Definitionssystem „Politisch motivierte Kriminalität“ wurde zum 1. Januar 2001 eingeführt. Erfasst werden alle Straftaten, die einen oder mehrere Straftatbestände der sog. klassischen Staatsschutzdelikte erfüllen sowie Straftaten, bei denen Anhaltspunkte für eine politische Motivation gegeben sind. Die Daten werden im Polizeibereich erhoben und zentral durch das Bundeskriminalamt unter verschiedenen Gesichtspunkten differenziert dargestellt. Die Straftaten werden folgenden Phänomenbereichen zugeordnet:

- Politisch motivierte Kriminalität – rechts,
- Politisch motivierte Kriminalität – links,
- Politisch motivierte Ausländerkriminalität,
- Sonstige politisch motivierte Straftaten mit extremistischem Hintergrund.

### **Proliferation**

Als Proliferation bezeichnet man die Weiterverbreitung von atomaren, biologischen oder chemischen Massenvernichtungswaffen und entsprechenden Waffenträgersystemen bzw. der zu deren Herstellung verwendeten Produkte, einschließlich des dazu erforderlichen Know-how.

### **Rechtsextremismus**

Unter Rechtsextremismus werden Bestrebungen verstanden, die sich gegen die im Grundgesetz konkretisierte fundamentale Gleichheit der Menschen richten und die universelle Geltung der Menschenrechte ablehnen. Rechtsextremisten sind Feinde des demokratischen Verfassungsstaates, sie haben ein autoritäres Staatsverständnis, das bis hin zur Forderung nach einem nach dem Führerprinzip aufgebauten Staatswesen ausgeprägt ist. Das rechtsextremistische Weltbild ist geprägt von einer Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit, aus der u. a. Fremdenfeindlichkeit resultiert. Dabei herrscht die Auffassung vor, die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder „Rasse“ bestimme den Wert eines Menschen. Offener oder immanenter Bestandteil aller rechtsextremistischen Bestrebungen ist zudem der Antisemitismus. Individuelle Rechte und gesellschaftliche Interessenvertretungen treten zugunsten kollektivistischer „volksgemeinschaftlicher“ Konstrukte zurück (Antipluralismus).

s. a. SKINHEADS, AUTONOME NATIONALISTEN, Neonazismus, KAMERADSCHAFTEN, FREIE NATIONALISTEN/FREIE KRÄFTE, Fanzine

### **Salafismus**

Die salafistische Bewegung strebt eine Rückkehr zum Vorbild der „lauteren Vorfahren“ (as-salaf as-salih) und damit zu einem fiktiven „Urislam“ an. Zentrale Merkmale dieser Religionsinterpretation sind die strikte Konzentration auf Koran und Prophetentradition (Sunna) als handlungsweisende Texte, die Ablehnung aller Neuerungen, die als unvereinbar mit dem „wahren islamischen Geist“ gelten, das unbedingte Bekenntnis zur Einheit Gottes (tauhid),

die Durchsetzung des religiösen Gesetzes (Scharia) sowie eine Vielzahl an Kleidungs- und Verhaltensvorschriften.

Viele der dabei vertretenen Ansichten kollidieren mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

### **SKINHEADS, rechtsextremistische**

Rechtsextremistische SKINHEADS sind immer noch ein Bestandteil des rechtsextremistischen Spektrums in Deutschland, auch wenn ihr Anteil und ihre Bedeutung im Vergleich zu den 1990er Jahren deutlich zurückgegangen sind. Ihr Lebensstil ist subkulturell geprägt und häufig mehr auf Freizeitgestaltung als auf politische Arbeit ausgerichtet. Auch verfügen die meisten SKINHEADS nicht über ein gefestigtes rechtsextremistisches Weltbild. Sie vertreten jedoch rechtsextremistische Anschauungen, die sich in Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und der Verherrlichung des Nationalsozialismus zeigen. Rechtsextremistische SKINHEADS stellen ihre Zugehörigkeit zur „weißen Rasse“ und deren angebliche Überlegenheit in den Mittelpunkt und definieren ihre Feindbilder auf diese Weise. Die rassistische Einstellung wird mit dem Schlagwort „white power“ zusammengefasst.

Jugendliche finden auch über die Zugehörigkeit zur rechtsextremistischen SKINHEAD-Subkultur und insbesondere über die für die Szene wichtige rechtsextremistische Musik Zugang zu einer nationalistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Gedankenwelt. Musik spielt nicht nur für die SKINHEAD-Bewegung eine wichtige identitätsstiftende Rolle. Texte von rechtsextremistischen Musikgruppen prägen weltanschauliche Vorstellungen, Konzerte haben eine bedeutende Rolle für den Zusammenhalt und das Gemeinschaftsgefühl der Szene. Oft sind Musik und Konzerte Anknüpfungspunkte für rechtsextremistische Parteien oder Neonazis, die hierüber versuchen, Jugendliche an ihre politischen Vorstellungen heranzuführen.

Weltweite Strömungen innerhalb der SKINHEAD-Szene mit einer gewissen sceneinternen Bedeutung sind BLOOD & HONOUR und die HAMMERSKINS, beides rassistische Bewegungen, die ein elitäres Selbstverständnis pflegen. Vor allem BLOOD & HONOUR, dessen deutscher Zweig, die BLOOD & HONOUR-DIVISION DEUTSCHLAND, im Jahr 2000 durch den Bundesinnenminister verboten wurde, trat in der Vergangenheit immer wieder durch die Organisation von rechtsextremistischen Konzerten in Erscheinung.

### **Spionage**

Als Spionage wird die Tätigkeit für den Nachrichtendienst einer fremden Macht bezeichnet, die auf die Mitteilung oder Lieferung von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gerichtet ist. Die Beschaffung von Informationen, vor allem aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Militär, erfolgt zumeist unter Anwendung geheimer Mittel und Methoden. Soweit Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichtet ist, kommt eine Strafbarkeit gemäß §§ 93 ff. StGB in Betracht.

### **Subkultureller Rechtsextremismus**

s. SKINHEADS, rechtsextremistische

### **Spionageabwehr**

Die Spionageabwehr beschäftigt sich mit der Aufklärung und Abwehr bzw. Verhinderung von Spionageaktivitäten fremder Nachrichtendienste. Dazu sammelt sie Informationen über sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten fremder Nachrichtendienste in der Bundesrepublik Deutschland und wertet sie aus, mit dem Ziel, Erkenntnisse über Struktur, Aktivitäten, Arbeitsmethoden, nachrichtendienstliche Mittel und Zielobjekte dieser Nachrichtendienste zu gewinnen.

Die Spionageabwehr gehört gemäß § 3 Abs. 1, Nr. 2 Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) zu den Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder.

### **Terrorismus**

Terrorismus ist nach der Definition der Verfassungsschutzbehörden der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum ande-

rer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129a Abs. 1 StGB genannt sind, oder durch andere Straftaten, die zur Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

### **Verfassungsfeindlich**

Verfassungsfeindlich (= extremistisch) sind politische Aktivitäten, die gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet sind und darauf abzielen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen.

s. a. verfassungswidrig

### **Verfassungsschutzbehörden**

Das Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) verpflichtet Bund und Länder, eigene Verfassungsschutzbehörden aufzubauen. Der Bund kam dieser Pflicht durch Errichtung des BfV am 7. November 1950 nach. Die Länder folgten alsbald nach. Auch in den neuen Bundesländern wurden nach der Wiedervereinigung Deutschlands schrittweise Behörden für Verfassungsschutz aufgebaut, so dass es nun 16 Landesbehörden für Verfassungsschutz in Deutschland gibt. Einige Länder errichteten eigenständige Verfassungsschutzbehörden, andere wiesen die Aufgabe des nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes einer Abteilung ihres Innenministeriums/-senats zu. Hierfür gelten die jeweiligen Verfassungsschutzgesetze der Länder.

### **Verfassungswidrig**

Umgangssprachlich häufig synonym mit „verfassungsfeindlich“ zu finden.

Über die Frage der Verfassungswidrigkeit einer Partei entscheidet das Bundesverfassungsgericht (Art. 21 Abs. 2 GG; §§ 13 Nr. 2, 43 ff. BVerfGG).

Parteien sind verfassungswidrig, wenn sie nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden. Es genügt nicht, wenn die Partei die freiheitliche demokratische Ordnung nicht anerkennt, sie ablehnt oder ihr andere Prinzipien entgegenhält. Es muss vielmehr eine aktiv-kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden verfassungsmäßigen Ordnung hinzukommen. Die Organisation muss also planvoll das Funktionieren dieser Ordnung beeinträchtigen und im weiteren Verlauf diese Ordnung selbst beseitigen wollen.

### **Wirtschaftsschutz**

Als Wirtschaftsschutz werden staatliche Maßnahmen bezeichnet, die dem Schutz deutscher Unternehmen und Forschungseinrichtungen vor einem durch Spionage betriebenen Know-how-Abfluss sowie vor Bedrohungen durch Rechts- und Linksextremisten, durch ausländische Extremisten sowie durch islamistische Terroristen dienen.

### **Wirtschaftsspionage**

Wirtschaftsspionage ist Teil der Spionage, der die staatlich gelenkte oder gestützte, von fremden Nachrichtendiensten ausgehende Ausforschung von Wirtschaftsunternehmen und Forschungseinrichtungen beinhaltet. Betreibt hingegen ein konkurrierendes Unternehmen eine private Ausforschung, handelt es sich um Konkurrenzausspähung, die häufig auch Industriespionage genannt wird. In den Zuständigkeitsbereich der Verfassungsschutzbehörden fällt ausschließlich die Wirtschaftsspionage.

**Herausgeber:**

Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen

**Redaktionsschluss:**

31. Dezember 2010

**Auflage:**

80 Exemplare

**Bezug:**

Diese Druckschrift kann kostenfrei bezogen werden beim:

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen

Neuländer Straße 60, 01129 Dresden

Telefon: +49 351 85850

Telefax: +49 351 8585500

E-Mail: [verfassungsschutz@lfv.smi.sachsen.de](mailto:verfassungsschutz@lfv.smi.sachsen.de)

[www.verfassungsschutz.sachsen.de](http://www.verfassungsschutz.sachsen.de)

**Verteilerhinweis:**

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

**Copyright**

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

